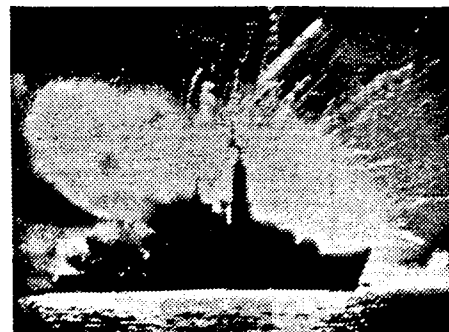


Politische Berichte



5. Juni 1982
Jg. 3 Nr. 12

G 7756 D Preis:
2,50



Malwinenkrieg: Thatcher kündigt ein Blutbad an — sie will Argentinien einen Denkzettel verpassen Seite 7



12. DGB-Bundeskongress: Widerstand gegen Verschlechterung der Lebensbedingungen angekündigt Seite 10



BRD-Konjunktur: Das „Wachstumsprogramm“ der Kapitalisten: Sie wollen sich hemmungslos bereichern Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Westeuropa: Die EG profiliert sich als Kriegspakt. Ziel: Behauptung des „EG-Territoriums“ und Unterwerfung des Schuldners Seite 3

Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen für die imperiale Tradition Spaniens Seite 4

Die BRD strebt ein europäisches Kriegs Bündnis an Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Malwinenkrieg: Thatcher kündigt ein Blutbad an — sie will Argentinien einen Denktzettel verpassen Seite 7

„Freiheit für Heß“: CDU-Abgeordnete „bewältigen Vergangenheit“ Seite 7

Arbeitslosigkeit: Arbeit zu jedem Preis und zu jeder Bedingung Seite 8

FDP: Weitere Aufweichung des Krankenschutzes Seite 9

„Gesundheitssicherstellung“: Verschärfung der Notstandsvollmachten Seite 9

12. DGB-Bundeskongreß: Widerstand gegen Verschlechterung der Lebensbedingungen angekündigt Seite 10

Katholische Kirche: Erst Päckchen, dann Höffner nach Polen Seite 11

DDR: Erpressung durch BRD zeigt geringe Wirkung ... Seite 12

BRD-Konjunktur: Das „Wachstumsprogramm“ der Kapitalisten: Sie wollen sich hemmungslos bereichern .. Seite 13

Kapitalisten zum Haushalt '83: Kapitalsteuern senken, Ausgaben kürzen Seite 14

Rückgang der Teuerungsrate? Seite 16

Die Kapitalisten erklären: Steuern? Wir? — für diesen — unseren — Staat? Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Göttingen: Taxifahrer kämpfen für die Wahl und Arbeit eines Betriebsrates Seite 19

Kultusministerkonferenz: „Gesamtschulkompromiß“ Seite 19

Erziehungsgeld der CDU: Die Schuhputzerin oder: wie wirken 400 DM? Seite 20

Werften: Belegschaften gegen Fusion Seite 21

Hoesch: „Leistungsanreize“ — Teil der Rationalisierung Seite 21

Strompreise: Kapitalisten fordern billigere Energie, Erhöhungen für Haushalte geplant Seite 22

Stellungnahmen zu Energiepreisen Seite 23

Hauptschule: Ausbildungsniveau wird gesenkt Seite 23

Studentenprozesse: Strafantrag für T. Brückner gestellt Seite 23

Bayernvertrag: „Zwang ist Gift im Gesundheitswesen“ Seite 24

„Existenzgründungen“: Videocolor in die Türkei? Seite 24

Ausländische Arbeiter in Hamburg: „Die Frau arbeitet in der Fischfabrik. Sie kriegt 800 DM netto. Sie arbeitet auch jeden zweiten Sonnabend“ Seite 25

Gewerkschaften und Initiativen gegen arbeiterfeindliche Ausländerpolitik Seite 26

Stichwort: Ausländer in Hamburg Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Italien: Kapitalisten wollen Tarifrechte der Gewerkschaften beseitigen Seite 29

Rotterdam: Hafenarbeiter lehnen „letztes Angebot“ ab Seite 29

TUC-Aktionsfriede: Kein Burgfriede in England Seite 30

El Salvador: Regierung verabschiedet „Landreform“gesetz Seite 30

USA — Mexiko: USA erhöht Quoten für ausländische Arbeiter Seite 31

Süd-Süd-Konferenz: Entwicklungsländer verstärken Zusammenarbeit Seite 31

Chinesische Landwirtschaft: „Wer reich wird, verdient Ruhm“ — Auswirkungen der Haushaltsproduktion Seite 32

Einkommensungleichheit in der VR China Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Schauspielhaus Bochum: Antifaschistisch, antinational: P.P. Zahls Theaterstück „Johann Georg Elser“ Seite 34

Auf der Suche nach dem Gewissen Seite 34

Vernichtungsgghettos der Nazis in Polen Seite 34

„Die Stunde des Siegers“ Seite 35

Slime: Eine antiimperialistische und antifaschistische Punkband Seite 35

Viktor Agartz: Kampf um die Grundsatzforderungen des DGB nach 1945 Seite 36

1954: „Sie stürmen jetzt wieder, die Deutschen“ Seite 37

Umsatz und Pro-Kopf-Umsatz bei Groß- und Mittelbetrieben Seite 38

Diskussionsbeiträge zu methodischen Problemen einer Steuerindizierung Seite 39

Die EG profiliert sich als Kriegspakt. Ziel: Behauptung des „EG-Territoriums“ und Unterwerfung des Schuldners

Am 19. Mai, wenige Tage, nachdem die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft mehrheitlich ihre Sanktionen gegen Argentinien um eine Woche verlängert hatten, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ in einem Kommentar: „... erhält die Verlängerungswoche der Europäer den Charakter eines Ultimatums, bei dem unklar bleibt, gegen wen es sich richtet. Könnte es gar die Briten dazu treiben, nun ganz rasch zuzuschlagen?“ Es konnte. Am 21. Mai landeten britische Truppen auf den Malwinen. Der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Südatlantik erhielt von Thatcher den Befehl, binnen „weniger Tage“ die größte Hafenstadt der Malwinen einzunehmen, Argentinien zur Kapitulation zu zwingen und die britische Souveränität über die Malwinen wie-

in der EG sind in die Aggression zur Unterwerfung Argentinien verstrickt. Nicht nur Großbritannien, sondern die EG – als EG – verfährt in diesem Krieg um die Malwinen koloniale Interessen, und damit auch und in vorderster Front die BRD.

„Sollten die Falkland-Inseln für immer ein europäischer Außenposten bleiben?“, fragt in dem schon zitierten Kommentar die „FAZ“ und beschwört die „Solidarität“. Die „Zeit“ verweist auf ein starkes Interesse gerade auch der westdeutschen Imperialisten an dem „europäischen Außenposten“: „Nicht um ein paar Schafherden wird dort gekämpft, sondern um ein gewaltiges Binnenmeer von der Größe Europas mit all seinen Reichtümern in und unter Wasser. Noch ist

perialisten klar, die sich hinter der „Solidarität mit Großbritannien“ verbergen: „EG-Mitglied Großbritannien hatte seine Partner ja um Hilfe wegen einer Inselgruppe gebeten, die aufgrund des Beitrittsvertrages von 1972 zu den ‚überseeischen Territorien‘ der Gemeinschaft gehört.“

Kaum jemals zuvor ist der Charakter der EG als nach innen und außen aggressives Bündnis der westeuropäischen Bourgeoisien so deutlich hervorgetreten wie in dem Krieg um die Malwinen. Bei Gründung der EWG 1957 und beim Beitritt Großbritanniens übernahm die EG die meisten Kolonien der alten westeuropäischen Kolonialmächte als ihre „überseeischen Länder und Hoheitsgebiete“, und wengleich viele der damals noch kolonial unterdrückten Völker ihre nationale Unabhängigkeit erkämpfen konnten, ist doch das verbliebene Kolonialgebiet, das die EG als „EG-Territorium“ beansprucht, noch bedeutend. Doch erstmals in der Auseinandersetzung mit Argentinien versucht die EG, ihren Anspruch, und nicht einfach den Anspruch eines ihrer Mitgliedsländer, mit allen Mitteln der Aggression durchzusetzen.

Daß die verschiedenen Beteiligten diese Aggression überhaupt ausüben können, ohne im Inneren auf großen Widerstand zu stoßen, hat wesentlich zwei Gründe. Erstens ziehen sie sich – mit Ausnahme Großbritanniens – fast vollständig hinter die EG und ihre Institutionen zurück. Beschlossen hat die Sanktionen auf Vorschlag der EG-Kommission der EG-Rat, gewiß mit den Stimmen der meisten Außenminister, aber immerhin trägt die Verantwortung die EG, und die Bundesregierung etwa tritt im Zusammenhang mit den Sanktionen kaum in Erscheinung, ja kann sich sogar in Distanz zu den britischen Kriegsaktionen üben, als hätte sie nicht das Geringste damit zu tun. Zweitens haben sie ihr Opfer, an dem sich die EG als Kriegspakt bewähren sollte, geschickt ausgewählt: Die Junta, die in Argentinien die Macht innehat, ist zu Recht verhaßt, und so können sie mit gewissem Erfolg ihrer brutalen Verletzung der Souveränität Argentinien den Mantel des „Antifaschismus“ umhängen.

Infamer jedoch könnten die westeuropäischen Imperialisten ihre Aggressionsziele kaum verhüllen. Sie wollen nicht nur verhindern, daß ein wichtiger Stützpunkt aus ihrem sich in alle Kon-



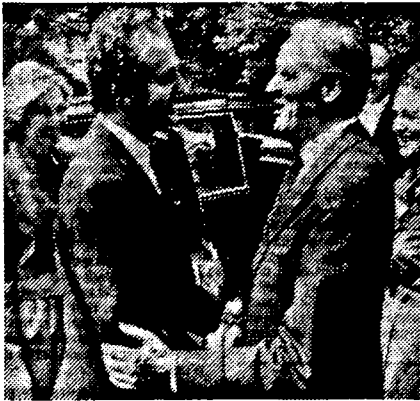
Kämpfer der algerischen Nationalen Befreiungsfront FLN, kurz vor der Befreiung Algeriens. Bis zur Unabhängigkeit 1962 zählten die westeuropäischen Imperialisten auch die zuvor französische Kolonie zum „EG-Territorium“, wie heute noch unter anderem: Neukaledonien und zugehörige Gebiete, die französischen Niederlassungen in Ozeanien, die australen und antarktischen Gebiete, die Niederländischen Antillen, Bermuda, Brunei, Falklandinseln und Nebengebiete oder die Turks- und Caicosinseln.

derherzustellen. Gleichzeitig lehnte Großbritannien alle Verhandlungen über einen Waffenstillstand ab. Das Ultimatum der EG hatte seinen Zweck erreicht. Am 24. Mai verlängerten die BRD, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Griechenland die Sanktionen gegen Argentinien, diesmal auf unbefristete Zeit. Diese Geschehnisse räumen jeden Zweifel aus: Nicht nur Großbritannien, sondern fast alle imperialistischen Mächte

diese Fläche rechtlich Teil des sogenannten EG-Meeres. Gewinnt Argentinien die Auseinandersetzung, so geht Großbritannien der ganze Südatlantik verloren. Das hätte dann auch Konsequenzen für das EG-Mitglied Bundesrepublik – sofern sich die Europäer auf die gemeinsame Nutzung des ‚EG-Meeres‘ einigen.“ Und auch das von der EG-Kommission herausgegebene „EG-Magazin“ stellt unzweideutig die Ansprüche der westeuropäischen Im-

Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen für die imperiale Tradition Spaniens

Weihnachten 1949 brachten Aachener Bourgeois unter Mithilfe des Domprobstes den Internationalen Karlspreis zur Welt. Prämiert wird die beste Leistung zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Imperialisten. Offizielles Ziel ist die „Förderung der Vereinigten Staaten von Europa durch ... Appell an die öffentliche Meinung“. Die Wahl der Preisträger, für die die zur Medaille gehörenden 5000 DM ein Trinkgeld sind, markiert den Aufschwung der EG und des Einflusses in der NATO.



Zwei gläubige Demokraten: „Europa ist transeuropäisch“

In seinen Lebenserinnerungen preist Konrad Adenauer, Preisträger 1954, Winston Churchill, der den Preis ein Jahr später erhielt, für seinen frühen Blick für die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der alten Imperialisten gegen das Schicksal, „Untergebene der Supermächte“ zu sein. Churchill hatte schon am 19.9.1946 in Zürich ein „Heilmittel“ propagiert, das „innerhalb weniger Jahre ganz Europa, oder doch dessen größten Teil, so frei und glücklich machen könnte, wie es heute die Schweiz ist. Dieses Mittel besteht in der Erneuerung der europäischen Völkerfamilie, oder doch einer so großen Zahl ihrer Mitglieder, als es im Rahmen des Möglichen liegt ... Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa errichten.“ Für einen weiteren Fortschritt steht Robert Schuman, 1958 Präsident des Europaparlaments, von den Bourgeois geschätzt als Initiator der 1950 geschaffenen Montanunion. Nach Spaak, Generalsekretär der NATO, wurde 1959 der ehemalige US-Außenminister Marshall gekürt wegen seiner Verdienste um das schnelle Wiedererstarken des deutschen Kapitalismus als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Seitdem ist der Preis zumeist an Staatsoberhäupter bzw. Minister solcher Länder verliehen worden, die der EG beigetreten waren oder kurz davor standen, so 1978 an Konstantin Karamanlis, Ministerpräsident der Republik Griechenland.

Am diesjährigen Himmelfahrtstag wurde das Werk zusammen mit dem Gedenken an das 25jährige Bestehen der Römischen Verträge gekrönt durch die Auszeichnung des spanischen Königs. Bescheiden, wie er selber sagte, dankend, erläuterte Juan Carlos die Verdienste seines Vorfahren Karls V. statt des Namenspatrons Karls des Großen: „Er trug in ganz außerordentlichem Maße dazu bei, den Einfluß Europas über die Weltmeere hinweg zu verbreiten und die Geschichte und Politik des Westens mitzugestalten ... Die spanische Monarchie wurde bald zur ‚hispanischen Monarchie‘, die verschiedene Länder beider Hemisphären unter derselben Krone umschloß: es war die erste wirkliche Errungenschaft der westlichen Welt ... Europa ist transeuropäisch, war immer so beschaffen, über sich hinauszugehen, auf andere Völker auszustrahlen.“ Er verkannte auch nicht die Aufgaben in Europa, das noch etwas größer werden müsse durch den Ein-schluß des griechischen und byzantinischen Europa, „welches hauptsächlich bei den slawischen Völkern zu suchen ist und welches sich auf Grund politischer Spaltung so oft vom restlichen Teil losgesagt hat, aber dennoch von allen echten Europäern als integraler Bestandteil angesehen wird.“ Die Festredner sprachen ihre Hoffnungen aus, auf welche Weise Spanien Europa bereichern werde. Bundeskanzler Schmidt wies auf den Kampf gegen den Islam hin und die Funktion Spaniens als Brückenkopf nach Afrika. Tindemans, 1976 selbst Preisträger, schwärmte in seiner Preisrede mehr von den Traditionen in Amerika: „Nach unserer Überzeugung kann Spanien mit diesen historisch gewachsenen Bindungen, die heute noch intensiv gepflegt werden, dazu beitragen, daß sich die Europäische Gemeinschaft der Welt zuwendet ... Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung Lateinamerikas wächst ständig. Spanien ist dazu berufen, dort unsere Ziele verständlich zu machen.“

Quellenhinweis: K. Adenauer, Erinnerungen, 1955 – 1959, Stuttgart 1967

tinente erstreckenden Stützpunktsystem herausgebrochen und damit womöglich dessen endgültige Vernichtung eingeleitet wird. Sie wollen die Niederlage Argentinien, wollen als imperialistische Gläubigermächte den Schuldner in die Knie zwingen.

Mit fast 36 Mrd. \$ Schulden gehört Argentinien zu den – pro Kopf gerechnet – höchstverschuldeten Ländern der Welt. Seit geraumer Zeit schon spekulieren die Imperialisten auf den Staatsbankrott, der noch in diesem Jahr eintreten könnte, wenn Argentinien den Schuldendienst von 7,2 Mrd. \$ nicht aufbringen und sich nicht durch Umschuldung eine Atempause verschaffen kann. Fast alle der sogenannten „Schwellenländer“, vor allem in Lateinamerika, sind in ähnlicher Lage wie Argentinien. Tatsächlich, müssen die Imperialisten befürchten, daß der Gedanke, sich durch „einseitige“ Einstellung der Zahlungen von der ungeheuren Last der Schulden zu befreien, Verbreitung findet. Aus und vorbei wär's mit der Absicht, die Volkswirtschaften dieser Länder direkt unter eigene Regie zu nehmen und aus ihnen herauszupressen, was nur herauszupressen ist. So versuchen sie mit der Aggression gegen Argentinien, klare Verhältnisse zu schaffen, und zwar durch die Niederlage in einer Auseinandersetzung, die scheinbar nichts mit dem Gläubiger-Schuldner-Verhältnis zu tun hat.

Der Erfolg dieser Aggression wird für alle Länder der Dritten Welt eine Niederlage bedeuten, vor allem für die Länder, die sich wie Argentinien aufgrund der Entwicklung der industriellen Produktion und der Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung ohne große Komplikationen aus der imperialistisch beherrschten Weltwirtschaft herauslösen und ihre Wirtschaft unabhängig von jeder fremden Kontrolle entwickeln könnten.

Der Erfolg dieser Aggression wird des weiteren die westeuropäischen Imperialisten und ihre Interessen an der Neuaufteilung der Welt bedeutend stärken. Wer nicht bedingungslos für die Niederlage Großbritanniens und der in der EG verbündeten Imperialisten im Krieg um die Malwinen eintritt, wird sich nicht wundern müssen, wenn sich die westeuropäischen Imperialisten binnen kurzem auf eine „gemeinsame Sicherheitspolitik“ einigen, so wie sie Genscher vor einigen Monaten erst vorgeschlagen hat: „Die Abstimmung im Bereich der Sicherheit soll ein einheitliches Vorgehen fördern, das auf die Wahrung der Unabhängigkeit Europas, den Schutz seiner lebenswichtigen Interessen und die Stärkung seiner Sicherheit gerichtet ist.“

Im Krieg um die Malwinen haben die westeuropäischen Imperialisten auf ge-

meinsame Militäraktionen noch verzichtet. Man soll sich dadurch nicht täuschen lassen: Sie standen in den zahlreichen Außenministertreffen zur Debatte. Wie sonst hätte der britische Landwirtschaftsminister unmittelbar nach dem Außenministertreffen am 8./9.5. auf den Gedanken kommen können zu verkünden, „die neun anderen könnten ‚glücklich und dankbar sein‘, daß London die kriegsrische Abwehr des Aggressors ganz allein übernommen habe“? (nach „EG-Magazin“)

Da für die EG große Interessen auf dem Spiele stehen, ist der Kampf um die Führung in der EG um so heftiger entbrannt. Italien, Dänemark und Irland haben sich, aus unterschiedlichen Interessen, dem EG-Sanktionsbeschluß gegen Argentinien nicht angeschlossen. Noch konnten sie ausscheren, aber sie verzichteten auf ihr Veto, das den Sanktionsbeschluß verhindert hätte. In dem ganz anderen Zusammenhang der EG-Agrarpreiserhöhungen, aber zeitgleich, hat die EG nun erstmals seit 1966 einen Mehrheitsbeschluß gegen das Veto eines Mitgliedslandes – nicht zufällig gegen Großbritannien – gefällt. Den westdeutschen Imperialisten war das bisher geltende Prinzip der Einstimmigkeit, das ihnen die Durchsetzung ihrer Interessen in der EG und die Zwangsverpflichtung anderer EG-Länder auf ihre Interessen in der Welt erschwerte, längst ein Dorn im Auge. Durchgesetzt hatte dieses Prinzip seinerzeit Frankreich, wohl zum Schutz gegen die Führungsansprüche der BRD. Nach dem „privaten“ Treffen zwischen Schmidt und Mitterand setzten sie es gemeinsam putschmäßig außer Kraft. Das Beispiel für zukünftige Entscheidungen ist statuiert.

Quellenhinweis: EG-Magazin 5/82; Europa-Archiv 2/82; Europäische Gemeinschaften, Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1973; Frankfurter Allgemeine, Ausgaben Mai 1982; Zeit v. 21.5.82



EG-Mitbegründer Adenauer: durch die Mitgliedschaft wurde die BRD zum Miteigentümer eines nach wie vor großen kolonialen Stützpunktsystems

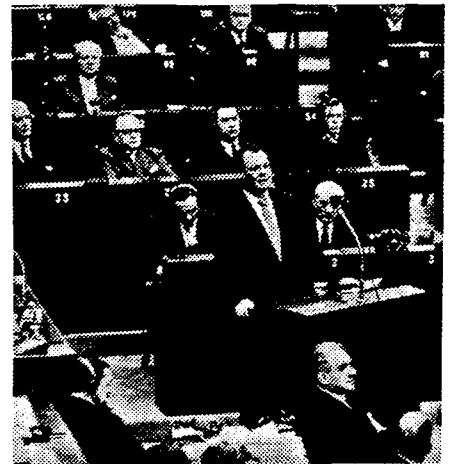
Die BRD strebt ein europäisches Kriegsbündnis an

Im Juni dieses Jahres wird die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) über die weitere Zukunft des Militärbündnisses beraten. Die WEU ist als westeuropäisches Militärbündnis fester Bestandteil der NATO. Sie hat von sich aus keine wichtigen Initiativen ergriffen. Die WEU wurde 1948 gegründet und richtete sich formal gegen die Wiedererstarkung Deutschlands, tatsächlich aber gegen die Sowjetunion. Mit dem Eintritt in die NATO am 23. Oktober 1954 trat die BRD auch der WEU bei. Damit war ein westeuropäisches Militärbündnis hergestellt, das sich gegen die osteuropäischen Staaten richtet, die sich ein Jahr später im Warschauer Pakt zusammenschlossen. Die BRD mußte mit dem Beitritt weitgehende Zusatzbestimmungen eingehen, die verhindern sollten, daß die BRD als imperialistischer Konkurrent wiedererstarkt. In den Zusatzbestimmungen war die Größe der Streitkräfte geregelt. Der Bau von Atomwaffen, chemischen und biologischen Waffen war ihr untersagt, für verschiedene Waffen wurden Auflagen erteilt und zahlreiche Kriegsmaterial unter Rüstungskontrolle der WEU gestellt. Die BRD baute schnell ihren Einfluß aus und konnte mehrmals in der WEU darauf hinwirken, daß die Rüstungsbeschränkungen erheblich gelockert wurden. 1980 wurden sogar sämtliche Auflagen für den Bau von Kriegsschiffen aufgehoben. Die BRD war wieder zur größten Militärmacht in Westeuropa mit den höchsten Verteidigungsausgaben geworden.

Im November letzten Jahres brachten die BRD und Italien zusammen einen Vorschlag für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union im Europaparlament ein. Im Dezember letzten Jahres wurde auf der Versammlung der WEU eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Zusammenschluß der WEU mit der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union prüfen soll. Für die erste Phase empfiehlt die Versammlung der WEU, daß beide Organisationen Beobachter entsenden, wenn sicherheitspolitische Fragen z.B. im Europaparlament erörtert werden. Seit Jahren hat die BRD erheblichen Einfluß auf die Eingliederung weiterer Staaten in die EG genommen. Dabei konnte die BRD ihren Einfluß in der EG vergrößern. Jetzt will die Bundesregierung die EG von einer Wirtschaftsgemein-

schaft vertraglich auch zu einer Kriegsgemeinschaft ausbauen.

Dies ist keine Konkurrenz oder Schwächung der NATO. Die BRD drängt auf eine gewisse Arbeitsteilung, wobei sie anstrebt, die dominierende und bestimmende Macht in Westeuropa zu sein und zusammen mit den USA die Säulen des NATO-Bündnisses zu bilden. Zwar baut die BRD auch ihren Einfluß außerhalb Europas aus, so konnte sie z.B. das Operationsgebiet der Bundesmarine erheblich erweitern, aber auf Angebote der USA, auch Truppen im Persischen Golf einzusetzen, reagieren



1959: Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg

Bundesregierung und CDU/CSU verhalten. Dies könnte auch die Kräfte und Möglichkeiten der BRD überfordern und dazu führen, daß der Einfluß in der EG nicht weiter gesteigert werden kann. Außerdem ist der innere Widerstand gegen solche Pläne nicht gering, dagegen der „europäische Gedanke“ weit verbreitet, er wird sogar von Teilen der sogenannten Friedensbewegung vertreten.

Mittlerweile scheint auch Frankreich die westdeutsch-italienische Initiative für eine Europäische Union zu unterstützen. Der französische Außenminister Cheysson tritt für eine „europäische Verteidigungskonzeption“ ein. Frankreich kündigte an, die BRD dabei zu unterstützen, daß alle Bestimmungen des WEU-Vertrages, die die BRD als diskriminierend empfindet, abgeschafft werden. Sollte eine Vertragsrevision der Zusatzbestimmungen der WEU nicht möglich sein, sollten nach Cheysson die Rüstungskontrollagenturen auf Eis gelegt werden.

Quellenhinweis: Wehrpolitische Information 5/82; EG-Magazin 2/82

Genosse Mugabe besucht Westdeutschland

Zu einem dreitägigen Staatsbesuch war Genosse Robert Mugabe, Premierminister von Zimbabwe, Ende Mai in Bonn. In Verhandlungen mit der Bundesregierung wurde ein Kapitalhilfeabkommen in Höhe von 70 Mio. DM abgeschlossen. Zimbabwes neuer Dreijahres-Aufbauplan sieht Gesamtinvestitionen in Landwirtschaft und Industrie in Höhe von etwa 8 Mio. DM vor. Ein Teil der Mittel soll im Ausland eingebracht werden. Der Plan tritt im Juli in Kraft.

Am 25.5. trafen Genosse Mugabe und die Minister Makoni (Industrie), Mutumbuka (Außenbeziehungen), Shava (Arbeitskraft) und Norman (Landwirtschaft) mit Vertretern politischer, humanitärer und kirchlicher Organisationen zusammen, die den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen Imperialismus und Kolonialismus

unterstützt hatten. In einer kurzen Ansprache hob Genosse Mugabe die große Bedeutung dieser Unterstützung hervor und forderte alle Organisationen auf, den Aufbau Zimbabwes und damit die Änderung der Lage der Massen zu unterstützen. Er bekräftigte Zimbabwes Entschlossenheit, den Kampf für die Befreiung Namibias und Azanias zu unterstützen, z.B. durch Hilfe für die Befreiungsbewegungen PAC und ANC. Zur Verbesserung der Lage der Bauern sagte Genosse Mugabe, die Regierung plane in den nächsten Jahren die Umsiedlung von 162000 Familien. Dazu sei nicht nur Land, sondern seien auch Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Straßen notwendig. Zur Organisation der Landwirtschaft sagte er: „Wir wollen soviel Bauern wie möglich in Kooperativen eingliedern und ein kooperatives System errichten. Wir ha-



ben bei unseren Reisen in verschiedene Länder kooperative Systeme uns angesehen. Im letzten Jahr waren wir in China und haben ihr System von bestehenden Kommunen im Süden besichtigt, wir haben auch in Nordkorea das Kooperativ-System gesehen, ähnlich in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien.“ Die Ansiedlung der Bauern sei ein Schwerpunkt der Tätigkeit seiner Regierung, sagte Genosse Mugabe.

Es pflingst um Deutschland

Pfingsten, bei Gelegenheit der Schlesier-, Sudetendeutschen- und Ostpreußentreffen, stieß der im Amt des Bundestagsvizepräsidenten befindliche CDU-Mann Windelen den Ruf aus: Ostpreußen ist deutsches Land! Wie in den Jahren zuvor nicht mehr gerieten die landsmannschaftlichen Treffen fort vom vorgeschobenen Zweck der Pflege von Kindheitserinnerungen & Kulturgut hin zu Manifestationen politischer Ansprüche. Das politische Klima erlaubte, je forderter solches. Immerhin hat Großbritannien eine Flotte auf fast den entgegengesetzten Punkt des Erdballs entsandt – um „britisches Territorium“ zu schützen. Britisches Territorium in deutsche Nutzanwendung übersetzt heißt deutsches Land. Wenn die EG sich für so entlegenes britisches Territorium stark macht, wie so dann nicht für so nahe gelegenes, zu Fuß erreichbares, die EG und deren Territorium prachtvoll arrondierendes deutsches Land? Dies fragt sich gewiß, wer in jenen Landstrichen mehr gelassen hat als seine Kindheitsjahre, z.B. Ritzgüter oder Fabriken. Die Sudetendeutschen, deren Verbandsvorstand nunmehr der bayerischen Staatsregie-

rung entnommen wurde, tagten unter der Losung: „Nie wieder Knechtschaft, nie wieder Herrschaft, dann (vielleicht) Frieden – so mag sich die Parole entschlüsseln lassen. Wie hätte Schmidt zurückstehen können, wenn deutsche Landsleute so Zeichen in die Zeit zu schreiben verstehen. Der Hamburger Landsmann Mittwoch drauf in „Bild“: „Im übrigen wird nächstes Jahr die neue Autobahn Berlin – Hamburg fertig, über die im Januar 1983 die ersten Autos rollen können. Das ist für die Menschen bei uns, in Berlin und in der DDR viel wichtiger als die Sonntagsreden, daß Ostpreußen oder Sudetenland deutsch sind.“ Schon erstaunlich, wie Schmidt den Glanz eines Autobahnerbauers und Korridorstrategen nicht etwa scheut, sondern sucht.

Herstatt-Prozeß vor der Einstellung?

Am 26. Juni sind es genau acht Jahre, seit die Kölner Herstatt-Bank 1974 wegen der bei betrügerischen Devisenspekulationen erlittenen Verluste Pleite machte. Zeit genug also, um den Strafprozeß gegen die beteiligten Manager sanft einschlafen zu lassen? Beim Landgericht Köln, wo seit dem

23.3.79 das Verfahren gegen die Herstatt-Manager läuft, sieht alles danach aus. Ende April schied der dritte Berufsrichter nach insgesamt 100 Befangenheitsanträgen gegen ihn aus dem Prozeß aus. Gelingt es den Verteidigern jetzt, auch noch den letzten verbliebenen Berufsrichter, der von Anfang an an dem Prozeß teilnahm, wegen „Befangenheit“ abzulehnen, so ist das Verfahren endgültig geplatzt. Sowieso tritt für drei der sechs noch verbliebenen Angeklagten Mitte nächsten Jahres die Verjährung aller Straftaten in Kraft – bei 80000 zu untersuchenden Devisengeschäften und bisher 500 Beweisanträgen dürfte es eine Kleinigkeit sein, das Verfahren bis dahin zu verschleppen. Die Kölner Richter beginnen deshalb schon jetzt, eine sang- und klanglose Einstellung des Verfahrens vorzubereiten. Gegenüber dem „Handelsblatt“ ließen sie Mitte Mai verlauten, bei solchen Wirtschaftsstrafsachen seien Haftstrafen sowieso nicht üblich: „Wenn nach sieben oder neun Jahren der Angeklagte in seinem Prozeß geständig ist und sich seit der Tat korrekt verhalten hat, dann ist eine harte Strafe wenig sinnvoll... Also führt man auf Biegen oder Brechen eine Strafe herbei, die auf Bewährung ausgesetzt werden kann.“

Reaktionären Umtrieben entgegentreten

„Willkommen in Deutschland, Mr. President“, mit dieser Aussage und einem Schwarz-Rot-Goldenen Herzen für die USA mobilisiert die „Konservative Aktion“ anlässlich des Reagan-Besuchs am 10. Juni in Bonn. Sie sprechen reaktionäre, konservative und faschistische Kräfte an, sich für deutsch-amerikanische Freundschaft zu engagieren. Sie rufen zu einer Spendensammlung auf, um eine großangelegte Anzeigenkampagne in den zehn größten Tageszeitungen finanzieren zu können. Löwenthal, Pachman und Axel C. Springer werden auf Veranstaltungen der „Konservativen Aktion“ als Redner auftreten. Am 9. Juni wird in Westberlin eine „Freundschaftsdemonstration“ vor dem Amerika-Haus stattfinden, am 10. um 18 Uhr in Hamburg und Düsseldorf vor dem amerikanischen Generalkonsulat. In Flugblättern betreiben sie Volksverhetzung. Die Wiedervereinigung wird nicht wie im Grundgesetz als „Selbstbestimmung“ des ganzen deutschen Volkes aufgeworfen. Sie gehen noch einen Schritt weiter und fordern den Angriff auf die DDR und die Länder des Warschauer Vertrages: „Die Unfreiheit im kommunistisch beherrschten Teil unseres Vaterlandes macht die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zur vorrangigen Aufgabe einer verantwortlichen Politik.“ Die Befreiung der „deutschen Volksgenossen“ im Osten war am 22. Juni 1941 ein Grund der Kriegserklärung Hitlers gegen die Sowjetunion. Die „Konservative Aktion“ nutzt den politischen Spielraum, den die CDU/CSU mit der Mobilisierung ihrer Großdemonstration in Bonn und München „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ geschaffen haben. Anders als bei der Breshnew-Demonstration der CDU, an der sich im Oktober Faschisten beteiligten, sind diese Kräfte jetzt schon vorher tätig. Kohl kündigte an, die Demonstration werde die größte einer einzigen politischen Partei: zusammen mit Faschisten!

Zur gleichen Zeit finden am 5. Juni in verschiedenen Orten Gegendemonstrationen statt, die auch vom BWK unterstützt werden. Für den 10. Juni ruft der BWK dazu auf, an der Demonstration der Marxistischen Gruppe, 13 Uhr, Bonn, Schlachthof, teilzunehmen.

Malwinenkrieg

Thatcher kündigt ein Blutbad an – sie will Argentinien einen Denktzettel verpassen

Innerhalb der nächsten 48 Stunden werde die Entscheidung fallen, der letzte und wichtigste argentinische Stützpunkt auf „Ost-Falkland“ erobert und die Kapitulation der argentinischen Truppen erzwungen werden, hatte die britische Regierung Montag früh (31.5.) angekündigt. Schon

mit der Entfesselung eines Krieges geantwortet, den sie bis heute nicht erklärt hat und in dem sie alle Mittel anwendet und anzuwenden bereit ist, um Argentinien zu unterwerfen. Sie hat, vor den Kriegshandlungen, den von US-Außenminister Haig vorgeschlagenen „Kompromiß“, dem Argentinien



Argentinische Soldaten auf den Malwinen. Im Hintergrund Gebäude der „Falkland-Island-Company“, der „Besitzerin“ der Inseln

schwelgt, man kann es nicht anders nennen, die imperialistische Presse in Siegestrunkenheit. Am Dienstagabend wandte sich die britische Regierung an den UNO-Generalsekretär mit der Aufforderung, er solle auf Argentinien einwirken und so ein Blutbad verhindern. Das heißt, die britischen Imperialisten haben vor, ein Blutbad anzurichten, und sie haben vor, die Verantwortung dafür Argentinien, genauer der argentinischen Junta, anzuhängen. Dies stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Mit einer militärischen Aktion hat Argentinien, nachdem die britischen Imperialisten 15 Jahre lang die Verhandlungen über die Wiederherstellung der argentinischen Souveränität über die Malwinen verschleppt hatten, die Inselgruppe vor der Küste besetzt. Dies war eine vielleicht abenteuerliche, auf jeden Fall aber begrenzte Maßnahme. Auch in den nachfolgenden Wochen hat die Junta von sich aus jede militärische Ausweitung des Konflikts sorgfältig vermieden, so sorgfältig, daß darin eher die Unterschätzung der Entschlossenheit der britischen Imperialisten zum Ausdruck kommt als etwa der Blutdurst, den die Imperialisten der Junta zuschreiben.

Die britische Regierung dagegen hat auf die begrenzte Aktion Argentinien

schon zugestimmt hatte, obwohl er den gerechten Souveränitätsforderungen bei weitem nicht nachkam, abgelehnt und auch weiterhin alle Verhandlungsergebnisse sabotiert. Sie hat, wider alles Völkerrecht, außerhalb der von ihr erklärten „Sperrzone“ von 200 Meilen um die Malwinen einen uralten, von den USA übernommenen argentinischen Kreuzer versenken lassen, von dem sie sich wahrscheinlich die Konstruktionspläne aus den USA hat kommen lassen und von dem sie mit Sicherheit wußte, daß er ihrer Flotte nicht gefährlich werden konnte; hunderte junge argentinische Soldaten, die sich zum Teil zur Ausbildung auf dem Kreuzer befunden haben müssen, kamen ums Leben. Ganz offen haben die britischen Imperialisten die Bombardierung des argentinischen Festlands und sogar den Einsatz ihrer mitgeführten Atomraketen erörtert, und wer will bezweifeln, daß sie zu dieser Eskalation fähig sind, wenn ihrem Flottenunternehmen die Niederlage droht?

Mit ihrer grausamen und vor nichts zurückschreckenden Entschlossenheit, Argentinien zu demütigen, haben die britischen Imperialisten, so jedenfalls scheint es, die Oberhand gewonnen. Ob die argentinischen Truppen Port Stanley verteidigen können, ist trotz

des erbitterten Widerstandes, den sie bisher leisteten, ungewiß.

Die Hauptursache für die mögliche Niederlage liegt darin, daß Argentinien unter der Junta, die auch nach Beginn der militärischen Aggression Großbritanniens und ihrer Unterstützung durch die USA und die Europäische Gemeinschaft nicht aufgehört hat, auf den Ausgleich mit den Imperialisten zu spekulieren, auf alle notwendigen politischen, antiimperialistischen Maßnahmen verzichtet hat. Die Beschlagnahmung des imperialistischen Eigentums und die Einstellung aller Schuldenzahlungen hätte die Imperialisten weit schwerer getroffen als die Versenkung einiger britischer Kriegsschiffe, so erfreulich sie war, und hätte auch das imperialistische Bündnis zum Platzen bringen können. Weil sie auf diese Maßnahmen verzichtete, hat die Junta nach der Besetzung der Inseln den Imperialisten die Initiative überlassen, die diese zur schrankenlosen Ausweitung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Aggression nutzen konnten. Für Argentinien wären die Folgen einer Niederlage verheerend. Die Imperialisten würden sich nicht mit der Wiederherstellung ihres kolonialen Besitzstandes begnügen, sondern Argentinien die Kriegskosten auflasten und das ohnehin schon hochverschuldete Land vollends ihrem Diktat unterwerfen.

Noch aber sind sie nicht am Ziel. Mit jedem Tag, den Argentinien Widerstand leistet, mit jedem britischen Kriegsschiff, das es versenken kann, mit jedem britischen Soldaten, den die Thatcher-Regierung verheizt, verschärfen sich die Widersprüche in Großbritannien, wächst der Widerstand gegen diesen Krieg. Gerade deshalb, und nicht nur wegen der zunehmend ungünstigen Wetterverhältnisse, drängt den Imperialisten die Zeit.

Quellenhinweis: FAZ, April/Mai 1982

„Freiheit für Heß“ CDU-Abgeordnete „bewältigen Vergangenheit“

„Aus Anlass des 37. Jahrestages des Kriegsendes“ haben die CDU-Abgeordneten Erhard und Mertes die Bundesregierung aufgefordert, „mit äußerstem Nachdruck dafür einzutreten, daß alle Haftstrafen der Kriegsverurteilten beendet werden.“ Insbesondere wollen sie die Freilassung von Rudolf Heß erwirken, der 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanglichem Gefängnis verurteilt worden war. Eine – neuerliche – regelrechte Kampagne kündigt sich an, denn die beiden Unionspolitiker beabsichtigen, unter den Abgeord-

neten aller Fraktionen Unterschriften für ihre „Initiative“ zu sammeln.

Ihre Begründung deutet die Absicht an, die noch jede der zahlreichen, von alten und Neo-Faschisten, von Unionspolitikern und „Menschenrechtlern“ veranstalteten Kampagnen „Freiheit für Rudolf Heß“ verfolgte. „Der Internationale Militärgerichtshof der vier Siegermächte hat ihn (Heß, d.Red.) von der Anklage, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen begangen zu haben, ausdrücklich freigesprochen,“ schreiben Erhard und Mertes in ihrer Erklärung. Das trifft zu, wenngleich die Vertreter der Sowjetunion die vorliegenden Beweise für ausreichend auch zur Verurteilung in diesen Anklagepunkten hielten. „Das über ihn verhängte Urteil ist international umstritten,“ fahren Erhard und Mertes fort. Verurteilt wurde Heß wegen Verschwörung zu Verbrechen gegen den Frieden und wegen verübter Verbrechen gegen den Frieden durch Planung, Vorbereitung, Entfesselung und Führung von Angriffskriegen. Daß der Stellvertreter Hitlers bedeutenden Anteil an der Vorbereitung und Entfesselung des Krieges hatte, können die Christdemokraten kaum leugnen. Nein, ihre Attacke gilt dem Nürnberger Urteil selbst.

Denn mit diesem Urteil wurde die faschistische Propaganda für die „Zerstörung der europäischen Ordnung, die seit dem Versailler Vertrag bestanden hatte, und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches über die Grenzen von 1914 hinaus“ als Planung und Vorbereitung zum Angriffskrieg gebrandmarkt. „Dieses bedeutete notwendigerweise die Besitzergreifung fremden Staatsgebietes. Wenn diese Ziele erreicht werden sollten, so mußte ein Krieg als unvermeidlich, zumindest aber als höchstwahrscheinlich betrachtet werden.“ (S.40) Gewiß, die Erbfolger der deutschen Reichsbourgeoisie lassen keine Gelegenheit aus, ihre Bereitschaft zum „Gewaltverzicht“ herauszukehren. Aber ihre Ansprüche auf „Deutschland in den Grenzen von 1937“ bedeuten notwendigerweise die Besitzergreifung fremden Staatsgebietes, wie mit dem Kultusministerbeschluß von 1980 in den Schulbüchern deutlich vermerkt, und die Revision der „Ordnung von Jalta“, auf die die Reaktionäre erklärtermaßen hinarbeiten, macht einen Krieg unvermeidlich, zumindest aber höchstwahrscheinlich. Mit der Freilassung von Heß streben die Unionspolitiker, gerade weil sie auf das „umstrittene“ Urteil verweisen, die Reinwaschung der faschistischen Kriegsziele an – und damit zugleich der Kriegsziele der westdeutschen Imperialisten.

Quellenhinweis: Erhard, Mertes, Erklärung aus Anlaß des 37. Jahrestages des Kriegsendes, Bonn, 7.5.82; Das Urteil von Nürnberg 1946, div Dokumente, München 1979.

Arbeitslosigkeit

Arbeit zu jedem Preis und zu jeder Bedingung

Die amtliche Arbeitslosenzahl bezifferte die Bundesanstalt für Arbeit im April 1982 auf 1 710 100 (Quote 7,2%). Die tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt höher, weil sich viele nicht arbeitslos melden, da sie keine Zahlungen zu erwarten haben. Diese „stille Reserve“ wird 1982 zwischen 800 000 und 900 000 liegen. Das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung, das soeben den Bundesrat passiert hat, wird in der neusten Ausgabe der Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Instituts der BfA in seiner Wirkung mit einem „Strohfeuer“ verglichen. Gefordert werden „Zukunftsinvestitionen“ für die exportabhängige Industrie. Die BfA befindet sich damit in enger Nachbarschaft mit der CSU.

Entscheidend für die Beurteilung des Arbeitsmarktes ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Entlassungen und Stellenangebot (siehe Politische Berichte Nr. 18/81, S. 12). Ende 1979, Anfang 1980 beginnen die Arbeitslo-

senzahlen zu steigen, und der Bestand an „offenen Stellen“ beginnt zu fallen. Die Spanne zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen entwickelt sich mit wachsender Progression. Im April 1982 betrug der Bestand an offenen Stellen 127 534. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den offenen Stellen ändert sich je nach der Höhe des Einkommens. Von den Montierern und Metallhilfsarbeitern, die niedrig bezahlt werden, waren im September 1981 77 532 arbeitslos. Auf diese Berufssparte kamen 2 688 „offene Stellen“. Bei den technischen Berufen waren im September 1981 38 863 arbeitslos. Das Stellenangebot belief sich hier auf 15 339. Die Laufzeit der „offenen“ Stellen fällt. Ende September 1981 waren 57% der im September gemeldeten Stellen wieder besetzt. Im September 1979 waren dies 49%.

15,9% der im September 1981 erfaßten Arbeitslosen waren weniger als ein Monat arbeitslos. Im September 1979

Zusammensetzung des Arbeitsmarktes September '81 zu September '79

	(1) Sept. 1981	(2) Sept. 1979	(3) Zunahme (1):(2)	(4) Anteile in Prozent Sept. '81	(5) Sept. '79
alle Arbeitslose	1 256 396	736 690	1,71	100,0	100,0
männliche Arbeitslose	616 329	316 875	1,95	49,1	43,0
weibliche Arbeitslose	640 067	419 815	1,52	50,9	57,0
ausländische Arbeitslose	181 061	77 436	2,34	14,4	10,5
Arbeiter	821 067	437 677	1,88	65,4	59,4
Angestellte	435 329	299 013	1,46	34,6	40,6
Nichtfacharbeiter	631 786	339 537	1,86	50,3	46,1
Facharbeiter	182 248	93 857	1,94	14,5	12,7
Angestellte, einfache Tätigk.	160 256	110 194	1,45	12,8	15,0
Angestellte, gehobene T.	282 106	193 102	1,46	22,5	26,2
Alterszusammensetzung					
jünger als 20 Jahre	135 371	68 593	1,97	10,8	9,3
20 bis 25 Jahre	239 639	123 709	1,94	19,1	16,8
25 bis 35 Jahre	334 199	180 758	1,85	26,6	24,5
35 bis 45 Jahre	215 623	129 144	1,67	17,2	17,5
45 bis 55 Jahre	173 499	111 406	1,56	13,8	15,1
älter als 55 Jahre	158 065	123 080	1,28	12,6	16,7
Dauer der Arbeitslosigkeit					
weniger als 1 Monat	200 182	122 341	1,64	15,9	16,6
1 bis 3 Monate	331 763	185 894	1,78	26,4	25,2
3 bis 6 Monate	245 384	134 767	1,82	19,5	18,3
6 Monate bis 1 Jahr	275 681	147 350	1,87	21,9	20,0
1 bis 2 Jahre	130 747	85 189	1,53	10,4	11,6
2 Jahre und länger	72 639	61 149	1,19	5,8	8,3
Laufzeit der Stellenangebote					
unter 1 Monat	48 310	81 799	0,59	27,4	25,5
1 bis 3 Monate	48 477	93 730	0,52	27,5	29,3
3 bis 6 Monate	31 361	71 550	0,44	17,8	22,3
6 Monate und länger	39 879	63 878	0,62	22,6	20,0

waren dies 16,6%. Der Zwang, Arbeit zu jedem Preis und zu jeden Bedingungen anzunehmen, wächst, insbesondere für die niedrigst bezahlten Tätigkeiten, auch auf die Gefahr hin, erneut arbeitslos zu werden. Aus einer Abgangsstichprobe, die im Mai/Juni 1980 durchgeführt wurde, ergibt sich, daß die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Jahr zuvor, also 1979, direkt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Bei einem beendeten Beschäftigungsverhältnis betrug die durchschnittliche Dauer 14,1 Wochen, bei zwei Beschäftigungsverhältnissen 8,3 Wochen, bei fünf beendeten Beschäftigungsverhältnissen 4,2 Wochen.

Obwohl es der BfA gelingt, unter Anwendung der Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes die „Mobilität“ zu steigern, der Bestand bei kurzer Arbeitslosigkeit abnimmt, nimmt der Bestand bei der mittleren Dauer der Arbeitslosigkeit zu (drei Monate bis ein Jahr), am stärksten im Bereich der Dauer von einem halben bis zu einem Jahr. Der Bestand ab einem Jahr Arbeitslosigkeit nimmt wieder ab. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt nimmt gegenwärtig leicht zu. Die Sonderuntersuchung der BfA vom Mai/Juni 1980 enthält folgenden Sachverhalt:

Ausländische männliche Beschäftigte hatten eine durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 8,6 Wochen bei einem Median von 4,2 Wochen (der Median ist die Zeitspanne, in der 50% der Betroffenen wieder Anstellung finden). Die deutschen männlichen Beschäftigten hatten eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 14,7 Wochen bei einem Median von 6,2 Wochen. Die ausländischen Frauen hatten eine durchschnittliche Dauer von 15,3 Wochen bei einem Median von 9,3 Wochen und die deutschen weiblichen Beschäftigten hatten eine Dauer von 19,3 Wochen bei einem Median von 10,3 Wochen. Demnach sind die weiblichen Beschäftigten länger in der Arbeitslosigkeit, und die Zeitspanne, bis 50% von ihnen die Arbeitslosigkeit verläßt, ist länger als bei den männlichen Erwerbstätigen.

Diese statistischen Sachverhalte deuten darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit bei den Frauen mehr als bei den männlichen Beschäftigten zur Reproduktion genutzt wird. Eine weibliche Erwerbsperson z.B., die davon ausgehen muß, keine Beschäftigung mehr zu finden, wird versuchen, das Arbeitslosengeld so lange wie möglich zu erhalten. Die BfA versucht, diese Tendenz durch Streichung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zu begegnen. Im September 1981 erhielten 21,4% aller Arbeitslosen keine Zahlungen. Bei den deutschen männlichen Erwerbstätigen waren es 14,3%, bei den

ausländischen männlichen Erwerbstätigen waren es 26%, bei den deutschen weiblichen Erwerbstätigen waren es 25,5% und bei den ausländischen weiblichen Erwerbstätigen waren es 31,3%. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, um so größer ist der Prozentsatz der Arbeitslosen, der keine Zahlung erhält. Von den männlichen Erwerbstätigen, die zwischen einem halben Jahr und einem Jahr arbeitslos waren, erhielten 15,2% keine Zahlung, bei den Frauen waren es 23,7%. Von den männlichen Erwerbstätigen, die zwischen einem und zwei Jahren arbeitslos waren, erhielten 27,7% keine Zahlungen, bei den Frauen waren es 61%.

Quellenhinweis: Sonderdruck, Strukturanalyse der Bestände an Arbeitslosen und an offenen Stellen von Ende September 1981; Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/81 und 1/82; Pressemitteilungen der BfA.

FDP Weitere Aufweichung des Krankenschutzes

Mit immer neuen Vorschlägen wartet die FDP auf, die für die Arbeiter und Angestellten das Kranksein unbezahlbar machen. FDP-Sozialexperte Schmidt-Kempton verlangt laut „Bild“ höhere Zahlungen der Versicherten für Leistungen der Krankenkassen. Entweder soll jeder Versicherte einen Beitrag bis 300 DM selbst zahlen „wie bei der Auto-Kasko-Versicherung“, oder die Zahlung soll nach Einkommen gestaffelt werden. Anders seien Beitragserhöhungen nicht zu vermeiden. Lamsdorff hatte vor sechs Monaten die Diskussion eröffnet um die Einführung der Karenztage während der Lohnfortzahlung. Beide FDP-Vorschläge zielen darauf ab, dem Streben der Kapitalisten nach Senkung der Lohnnebenkosten, worunter sie u.a. ihre Anteile an den Sozialversicherungsbeiträgen und die Lohnfortzahlung rechnen, nachzukommen.

Setzt die FDP ihre Vorschläge durch, so muß die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten teuer zahlen für jede Krankheit – entweder durch Lohnausfall bei Arbeitsunfähigkeit und Kostensteigerung für Arzneimittel und Arzt oder mit dem vollständigen Ruin der Gesundheit. 1981 sank der Krankenstand auf 5,2%. Das ist der niedrigste Stand seit 1970. Selbst das Ministerium für Arbeit und Soziales nimmt als Ursache für den Rückgang nicht plötzliche Verbesserung des Gesundheitszustandes der Lohnabhängigen an. Ehrenberg wertete den niedrigen Krankenstand als „Beweis für eine beispielhafte Arbeitsmoral“.

Vieles spricht dafür, daß die Kapitalisten den Krankenstand reduzierten

Kranke nach Altersgruppen in Prozent der Altersgruppe der Wohnbevölkerung

Alter	1976	1978
0—15.....	7,4	8,2
15—40.....	7,9	8,9
40—65.....	17,2	19,8
über 65	34,0	27,6
gesamt.....	14,3	14,8

Quelle: Wirtschaft und Statistik 3/82

Arbeitsunfähigkeitsfälle der Pflichtmitglieder nach Altersgruppen / 1979

Alter	Fälle	je 100 Mitgl.
0—15.....	4730	546,2
15—40.....	6887255	139,3
40—65.....	4125965	113,2
über 65	129597	183,1
gesamt.....	11147547	128,7

Quelle: Bundesverband der Ortskrankenkassen

durch Entlassung der häufig oder chronisch kranken Arbeiter. Seit geraumer Zeit weisen die Statistiken der gesetzlichen Krankenkassen für die Altersgruppe der 40- bis 65-jährigen einen erheblich niedrigeren Krankenstand aus als für die jüngeren Pflichtmitglieder. Die Ergebnisse der Umfragen für den amtlichen Mikrozensus zeigen gerade das Gegenteil: Der Anteil der Befragten in dieser Altersgruppe, die angaben, zum Zeitpunkt der Befragung krank zu sein, ist erheblich höher als bei den jüngeren Befragten. Selbst wenn man den höheren Anteil an Frührentnern in dieser Altersgruppe berücksichtigt, ergibt sich eine beträchtliche Zahl von Leuten, die eher krank arbeiten gehen als zu Hause zu bleiben. Die Kapitalisten haben den Entlassungsdruck auf diese Altersgruppe erheblich verschärft, noch weniger lassen sich arbeitsunfähig schreiben. Die Kombination der FDP-Vorschläge mit dem Druck des Arbeitsmarktes kann die Beseitigung verschlissener Arbeitskraft aus der Produktion erheblich beschleunigen.

Quellenhinweis: Bild, 27.5.82; Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialpolitische Informationen, 15.2.82

„Gesundheitssicherstellung“ Verschärfung der Notstandsvollmachten

„Die Bundesregierung sieht keine Chance, die Bevölkerung ... im Falle eines Atomkriegs medizinisch zu versorgen. Sie hält die ... Instrumente des medizinischen Katastrophenschutzes, für die die Länder zuständig sind, nicht für ausreichend, um die Gesundheitsvorsorge bei einem konventionellen Krieg ... sicherzustellen. Anke Fuchs will deshalb den Referentenentwurf für ein „Gesundheits sicherstel-

lungsgesetz' erst weiter verfolgen, wenn die Länder ihre medizinischen Katastrophenschutzeinrichtungen ausgebaut haben." (Süddt. Ztg., 11.5.)

Die neue Gesundheitsministerin erfüllt damit genau die Vorstellungen der CDU/CSU aus deren Entwurf für ein Gesundheitsschutzgesetz, ein „Rahmen- und Organisationsgesetz“, „das die Länder verpflichtet, nach einheitlichen Zielvorgaben zu verfahren, ... jedoch nach örtlichen Verhältnissen“. (Pressedienst der CDU/CSU, 9.3.82)

In dem seit dem 1.1.1982 gültigen „Landesgesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz“ von Rheinland-Pfalz ist dies beispielhaft umgesetzt: „§28 (1) Jede über 18 Jahre alte Person ist auf Anordnung des Einsatzleiters ... im Rahmen ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten zur Hilfeleistung verpflichtet ... (3) Auf Anordnung des Einsatzleiters ... sind Geräte, Materialien, bauliche Anlagen oder Einrichtungen sowie sonstige Sach- und Werkleistungen von jedermann zur Verfügung zu stellen ... (4) Die Aufgabenträger sind berechtigt, Personen ... vorher zu erfassen; die betreffenden Personen sind

verpflichtet, die notwendigen Auskünfte zu geben ... (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für Übungen entsprechend“.

Das bedeutet: mit sofortiger Wirkung sind auf örtlicher Ebene Notstandsbestimmungen in Kraft, die bisher bundesstaatliche Gesetzgebung und in der Regel die Erklärung des Spannungs- und Verteidigungsfalls zur Voraussetzung hatten.

Die Zugeständnisse der Bundesregierung an Argumente der Gegner der Kriegsvorbereitung durch Katastrophenmedizin sind nur scheinbar. Was die Regierung praktisch macht, ist ein Erfolg der Reaktion. Zugleich ein Versuch, der Bewegung da den Wind aus den Segeln zu nehmen, wo sie ihre Angriffe auf die Katastrophenmedizin auf das Argument beschränkt, in einem Atomkrieg sei jede medizinische Hilfe sinnlos.

Auf einem Treffen von Ärzte- und Beschäftigteninitiativen gegen den Atomkrieg am 17./18.5.82 in München wurde mehrheitlich beschlossen, jede Form der Kriegsvorbereitung durch Katastrophenmedizin zu bekämpfen und dafür verstärkt in den Gewerkschaften einzutreten.

Diese „Einsicht auf Teilgebieten“ ist – nach dem Antragsmaterial zu urteilen – nicht positiv in einem Antrag zur Tarifpolitik wiederzufinden, sondern die Tarifabschlüsse 1982 werden eher kritisch beurteilt. So heißt es in einem Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (die noch einen Lohn- und Gehaltsabschluß tätigen muß):

„... DGB und Gewerkschaften müssen der alljährlichen Herbst-Propaganda-Aktion der Arbeitgeber zur Vorbereitung der Lohn- und Gehaltstarifrunde verstärkt durch gemeinsame Aussagen, Veröffentlichungen und Aktionen entgegentreten ... Gewerkschaften, die aufgrund von Laufzeiten und Verhandlungsterminen zeitlich vor anderen in tarifpolitischen Auseinandersetzungen eintreten, müssen gegenüber der auf sie konzentrierten Propaganda der Arbeitgeber und weiter Teile der veröffentlichten Meinung Unterstützung durch den DGB und die übrigen Gewerkschaften beanspruchen können ...“

Dieser Wunsch der Antragsteller nach verstärkter Auseinandersetzung mit der Kapitalistenpropaganda wird dann aus den Interessen der Lohnabhängigen begründet: „Der Kampf gegen unsoziale Rationalisierungsfolgen – wie vor allem die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Verschärfung des Leistungsdrucks – machen verstärkte und verbreiterte gewerkschaftliche Aktivitäten auf dem Gebiet der qualitativen Tarifpolitik erforderlich ...“

Bundespräsident Carstens hatte in seiner Ansprache versucht, auf diese Bestrebungen des gewerkschaftlichen Kampfes einzuwirken und den Delegierten ein schwarz-rot-goldenes „Gesamtwohl“-Serum einzupflegen: „Ebenso haben die Gewerkschaften bei der Durchsetzung ihrer Forderungen im allgemeinen die Möglichkeiten und die Grenzen der Volkswirtschaft nicht aus den Augen verloren. Sie sind zwar ein Verband, der für die Interessen seiner Mitglieder eintritt, gleichzeitig aber tragen sie Verantwortung für das Ganze, für die Ausgewogenheit im Zusammenspiel unseres demokratischen Staates.“

Gerade diese politische Einstellung, die Bundespräsident Carstens in seiner Ansprache bestärken wollte, hatte dazu geführt, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften schlechte Tarifabschlüsse und die „Operation 82“ (Haushaltsbeschlüsse 1982) schlucken mußten, auch wenn Teile des DGB den konsequenten Kampf gewünscht hatten. Der Landesbezirk Baden-Württemberg des DGB hat einen Antrag gestellt, worin die Demonstration am 7. November 1981 als Beispiel dafür angeführt wird, wie der Kampf gegen sol-

12. DGB-Bundeskongreß

Widerstand gegen Verschlechterung der Lebensbedingungen angekündigt

Vom 16. – 22.5. fand in Westberlin der 12. ordentliche Bundeskongreß des DGB statt. Die Delegierten behandelten ca. 400 Anträge und wählten einen neuen Vorstand. Ernst Breit, der zum neuen Vorsitzenden des DGB gewählt worden ist, stellte in seiner Schlußrede des Kongresses fest: „Wer glaubt, die Lasten der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise, wer glaubt, die Krise öffentlicher Haushalte auf den Rücken der Arbeitnehmer abwälzen zu können, der trifft auf unseren entschiedenen Widerstand.“

Jeder, der mit dem gewerkschaftlichen Kampf der Lohnabhängigen befaßt ist, weiß, daß der Widerstand des DGB und der Einzelgewerkschaften nicht so „entschieden“ war, wie der neue Vorsitzende dies zum Ausdruck gebracht hat, sondern die Kapitalisten, Regierung und Opposition mangels gewerkschaftlicher Gegenwehr verschiedene Zumutungen gegen die lohnabhängige Bevölkerung durchsetzen konnten. Dies muß auch die Erkenntnis von größeren Teilen der DGB-Mitglieder sein, denn in zahlreichen Anträgen kommt der Wunsch zum Ausdruck, endlich etwas Handfestes gegen die Reaktion zu unternehmen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentiert am Ende des Kon-

gresses: „Laut sind in Berlin von allen Politikern die jüngsten Tarifabschlüsse gelobt worden. Doch was nutzt Einsicht auf Teilgebieten, wenn diese Organisationen mit Hilfe ihrer gewaltigen Macht nur eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zulassen, die ihren Konzepten entspricht?“



Ernst Breit, der neue Vorsitzende des DGB

che Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung geführt werden müßte:

„Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Gewerkschaften werden aufgefordert, bei weiteren, gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kürzungen und einseitigen Belastungen bundesweite Abwehraktionen durchzusetzen.“ Weiter heißt es in diesem Antrag:

stungsverdichtung führen. Betriebswirtschaftlich sind Teilzeitarbeitsplätze ein Mittel zur Senkung der Lohnkosten. Teilzeitarbeit steigert die Arbeitsintensität für alle Arbeitnehmer ...“

Diese Anträge sind nützlich, weil mit ihnen versucht wird, gegen die Auswirkungen kapitalistischer Rationalisierung und der Einführung neuer Auspressungsmethoden Schranken zu er-



Der DGB-Kongreß hat sich gegen weitere Lohn- und Lebensstandardsenkungen ausgesprochen

„1. Lohnkürzungen und Lohnverzicht sind untaugliche Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die Schuldenlast der öffentlichen Hand.

2. Die Lohnfortzahlung ist ein Pfeiler der sozialen Ordnung unseres Staates. Die Lohnfortzahlung ist im harten gewerkschaftlichen Kampf errungen worden, sie darf in keiner Weise eingeschränkt werden.

3. Das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe sind in bisheriger Höhe beizubehalten ...“

Da die Haushaltsoperation '83 von Regierungs- und Oppositionsseite schon intensiv vorbereitet wird und ebenfalls die Zielvorstellungen von BDI und BDA bekannt sind, müßten diesem Antrag zufolge sofort vom DGB praktische Konsequenzen folgen.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat einen Antrag gestellt zur Teilzeitarbeit, worin es heißt:

„Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der hohen Frauenarbeitslosigkeit, wird der Öffentlichkeit vermehrt vorgeschlagen, Teilzeitarbeit weiter auszudehnen und Arbeitsverhältnisse mit individuellen flexiblen Arbeitszeiten einzurichten. In dieser Diskussion spielt das „job-sharing“ eine besondere Rolle ... Die Ausweitung der Teilzeitarbeit ... sind Rationalisierungsmaßnahmen, die zur Arbeitsplatzvernichtung und Lei-

richten. Zu bestimmten Auswirkungen sind jedoch noch keine Antworten gefunden worden. So gibt es Arbeiten, die aufgrund ihrer Intensität und Gesundheitsschädigung nicht länger als z.B. vier Stunden verrichtet werden dürften. Dann gelingt es den Kapitalisten durch fortgesetzte Verjüngung der Belegschaften, das Arbeitstempo zu steigern, was durch frühere Verrentung der abgenutzten Arbeitskräfte nicht verhindert wird, sondern nur Ergebnis dieser Intensivierung der Arbeit ist. Mit der Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich können solche Verhältnisse kaum geändert werden.

Es bleibt aber festzustellen, daß auf diesem Feld des gewerkschaftlichen Kampfes die Anträge noch am besten geeignet sind, den notwendigen Abwehrkampf gegen die Kapitalisten zu führen. Bei diesen Auseinandersetzungen, die den Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital berühren, kann die Gewerkschaft die Kraft ihrer Organisation zur Geltung bringen.

In Fragen der „Allgemeinen Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik“, der „Internationalen Politik“, der „Wirtschaftspolitik“ akzeptiert der DGB in letzter Konsequenz die Entscheidungen des Parlaments und des Bundesverfassungsgerichts. Be-

stenfalls wird durch Appelle und Aktionen auf die Politik der bürgerlichen Parteien Einfluß genommen, doch es entspricht nicht der Strategie und Taktik des DGB, gefaßte Parlamentsbeschlüsse, wie z.B. die die Interessen der Arbeiterbevölkerung stark berührenden Haushaltsbeschlüsse, umzustößen.

Dies gilt im besonderen Maße bei der Politik des DGB gegen die Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungsmaßnahmen der westdeutschen Imperialisten. Bei diesem Thema gab es auch die heftigsten Auseinandersetzungen auf dem Kongreß. Der DGB-Bundesvorstand versuchte durch Nichterwähnung des „NATO-Nachrüstungsbeschlusses“ die Möglichkeit der Kritik der Regierungs- und Oppositionspolitik zu schwächen. Als Kompromiß hat jetzt der Kongreß verabschiedet, daß gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Ost und West eingetreten werden soll.

Es wird sich zeigen, ob der DGB die teuren Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten, die sich im Inneren vor allem gegen die Arbeiterbevölkerung und nach außen gegen die Staaten des Warschauer Paktes richten, akzeptieren wird und dies auf Kosten nicht nur der DGB-Mitglieder, sondern der ganzen werktätigen Bevölkerung. Entschieden ist diese Frage nicht.

Andererseits gibt es keinen Beschluß des DGB, daß zur Sicherung von „Frieden und Freiheit“ Opfer von den Arbeitern und Angestellten gebracht werden müßten, sondern der neue DGB-Vorsitzende hat ausdrücklich betont:

„Unser Einsatz für die Arbeitnehmer ist der Kampf um die Sicherung und Ausweitung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in unserem Land, und dabei wird es bleiben!“

Quellenhinweis: Antragsmaterial des 12. ordentlichen DGB-Kongresses; FAZ v. 22.5.82; Bulletin der Bundesregierung vom 19.5.82

Katholische Kirche Erst Päckchen, dann Höffner nach Polen

Beim Empfang zum „Welttag der Kommunikation“ am 19.5.82 teilte Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln, der Welt mit, er werde in der Pfingstwoche an der Spitze einer westdeutschen Bischofsdelegation nach Polen reisen. Auf was es bei der Kommunikation ankommt, wird in wissenschaftlichen katholischen Kreisen erörtert unter dem Schlachtruf „Die Katholizität ist in Gefahr“. Ausgestoßen wurde er von dem Redaktionskomitee der Zeitschrift „Concilium“, verant-



Kardinal Höffner beim Gegenbesuch beim polnischen Primas 1980

wortet von dem Tübinger Professor Greinacher.

Im Rahmen einer speziellen Abart der Dreiweltheorie, in der die Erste und die Zweite Welt westlich und östlich des „Eisernen Vorhangs“ angesiedelt werden, werden die Katholiken aufgefordert, sich nicht vom Weltkirchenrat beschämen zu lassen, durch den „eher noch etwas mehr an Kommunikation verwirklicht wird als in der katholischen Kirche, wo es doch vom Anspruch und den zentralistischen Strukturen her doch näherliegen würde“. Päckchen seien nicht genug, nötig seien „Reisen, Briefe ... Verwirklichung von Patenschaften von Gemeinde zu Gemeinde“, begründet durch die fetteren Jahre in den kapitalistischen Ländern: „Vor allem aber auf den Christen in der Ersten Welt lastet die moralische Verpflichtung, den ihnen zukommenden finanziellen und politischen Freiraum voll auszuschöpfen, um mit den Christen in der Zweiten Welt in Verbindung zu treten.“

Der letzte polnische Primas, Kardinal Wyszyński, weilt seit einem Jahr nicht mehr auf der Erde. Höffner kommt es nun zu, mit dessen Nachfolger Glomp zu konferieren, um im Sinne des Papstes „Grenzen zu überwinden“. Zur Debatte steht die Absicht des polnischen Klerus, eine schlagkräftige Laienorganisation zu schaffen. Schritte dazu sind angegeben in den zehn Thesen, die vom „Gesellschaftlichen Rat beim Primas von Polen“ ausgearbeitet, von Glomp gebilligt und am 8.4.82 an die Bischöfe verschickt wurde mit einem Begleitbrief: „Leider gibt es zu wenige Katholiken, die für eine verantwortungsvolle öffentliche Tätigkeit vorbereitet sind. In der vergangenen Periode vermochten wir, fromme Katholiken zu formen, es fehlte jedoch die Möglichkeit, daß sie sich schon von Jugend auf die Praxis des Zeugnisgebens im öffentlichen Leben zu eigen machten. Die formal anerkannten

Gruppierungen katholischer Laien waren häufig so bespitzelt oder manipuliert, daß sie nicht immer Schulen für die Formung katholischer Haltungen darstellten.“ Den Nutzen solcher Laienorganisationen demonstrierte Ende Mai die Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands. Sie gab ein Beispiel für Katholizität, weltlich gesprochen für Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR Polen, indem sie die Freilassung von 155 internierten Journalisten forderte. Höffner wird sicher die in den Thesen erhobenen Forderungen nach unabhängigen Jugendbünden und nach freien Wahlen unterstützen, winkt doch auf der Ebene der Kommunen die Möglichkeit, gestützt auf das dichte Netz der Pfarreien, die fehlenden katholischen Politiker heranzubilden und über Familien den Einfluß der Kirchen zu entfalten.

Quellenhinweis: FAZ v. 22.5.82; Concilium, Internationale Zeitschrift für Theologie 4/82 zum Thema „Religion und Kirche in Osteuropa“

DDR Erpressung durch BRD zeigt geringe Wirkung

Zum 30.6.82 läuft der Vertrag der Bundesrepublik mit der DDR über einen zinslosen Überziehungskredit, „Swing“, in der Höhe von 850 Mio. DM ab. Wird der Vertrag nicht erneuert, fällt die Höhe auf 200 Mio. DM zurück. Die Abhängigkeit, in die die DDR sich mit der Annahme dieser Art Kredit begeben hat, versucht die westdeutsche Reaktion zu nutzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangte in einer Aktuellen Fragestunde am 12. Mai, daß die Bundesregierung in den laufenden Verhandlungen erkläre: Keine Neuverhandlungen über den „Swing“, ohne daß der Mindestum-

tauschsatz bei Reisen in die DDR gesenkt wird. Überziehungskredit und Umtausch seien beide Deviseneinnahmequellen der DDR. Man müsse den „politischen Gesamtzusammenhang“ sehen, darin waren sich alle Parteien einig. „Nach der Verwirklichung von Freiheit für Deutsche in Deutschland streben“, betonte die FDP den grundgesetzlich festgeschriebenen Auftrag der westdeutschen Imperialisten, sich die DDR einzuverleiben. Die SPD berief sich auf Adenauer und zitierte den, daß man „flexibel“ vorgehen müsse. Die Regierung lehnte eine „Selbstfesselung“ in den Verhandlungen ab.

Die politische Einmischung in Angelegenheiten der DDR scheint der Bourgeoisie mittels gekürztem „Swing“, trotz der Propaganda-Blähungen der CDU/CSU, wenig erfolgreich. Mit Ingrimme vermerkt die FAZ, daß die DDR die Inanspruchnahme des Kredits zurückgeschraubt hat, Anfang des Jahres auf 430 Mio. DM, im April waren es 600 Mio. DM. Die DDR hat 1981 im Handel mit der Bundesrepublik einen Überschuß von 221 Mio. DM erzielt, und die DDR hat mit anderen kapitalistischen Ländern den Handel ausgedehnt. Besonders das letzte paßt den westdeutschen Kapitalisten ganz und gar nicht in den Kram, wenn sie in dem Konkurrenzkampf um Märkte zurückgeschlagen wird.

Ein Zurücknehmen des „Swing“, also eine Verschlechterung der bisherigen Handelsbedingungen der DDR, kann sich rasch als zweischneidig für sie herausstellen. Der Korrespondent der FAZ in der DDR glaubt denn auch, feststellen zu müssen, „daß nicht nur die DDR am Fortbestehen des zinslosen Überziehungskredits interessiert ist, sondern infolge der konjunkturellen Lage auch die im innerdeutschen Handel tätige westdeutsche Wirtschaft.“ Die westdeutsche Bourgeoisie setzt daher ihre Hoffnung mehr auf die Verschuldung der DDR, die insgesamt etwa 30 Mrd. DM betragen soll. Gelingt es der Bourgeoisie, die DDR hier in die Zange zu nehmen, erwartet sie, ihre Aggression gegen die DDR verstärken zu können. Dabei erinnert die FAZ daran, daß die DDR 40% der fälligen Schulden in diesem Jahr zurückzahlen muß. 20% im nächsten Jahr, bis 1985 den Rest. Ein Zurückführen des „Swing“ würde gedeutet als wachsendes Mißtrauen in die Leistungskraft der DDR, und das könnte zu erschwerten Bedingungen für Kreditverlängerungen führen, spekuliert die FAZ. Entgegen diesen Plänen mußte die Bourgeoisie vermelden, daß die DDR im vergangenen Quartal im Westhandel ihre Exporte verstärkt und ihre Schulden vorzeitig zurückgezahlt hat.

Quellenhinweis: FAZ 11.5., 19.5.82; Europa Archiv Nr.3, 10.2.82; Bundestagsprotokoll 9/99

Das „Wachstumsprogramm“ der Kapitalisten: Sie wollen sich hemmungslos bereichern

Wenn man den Wetterfröschen der Kapitalisten, den „Konjunkturgutachtern“, glauben darf, dann ist eine Besserung der Lage der Lohnabhängigen, insbesondere ein Rückgang der Arbeitslosigkeit, in weiter Ferne. Am 19.5. gab das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) zum Ende des 1. Quartals 1982 bekannt: „Das Bruttosozialprodukt ging um 1% zurück, die Arbeitslosenquote stieg von 6,3 auf 6,9%, und erstmals seit Herbst 1980 stagnierten auch die realen Warenexporte. Auch für die nahe Zukunft vermag das DIW keinen Lichtblick zu bieten. Nach den Auftragseingängen zu urteilen, werden die Gesamtexporte sogar leicht rückläufig sein. Der private Verbrauch, der im ersten Quartal so stark wie nie zuvor abgenommen hatte, wird sich auf niedrigem Niveau stabilisieren. Die Inlandsaufträge der Investitionsgüterindustrie gehen weiter zurück, so daß auch bei den Ausrüstungsinvestitionen noch nicht mit einer Erholung zu rechnen ist ... Nach Meinung des DIW muß damit gerechnet werden, daß das reale Bruttosozialprodukt abermals zurückgeht und sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit – saisonbereinigt – ungebremst fortsetzt.“

Man erinnert sich: vor einem Jahr erreichten die Klagen der Kapitalisten über ihre verlorene „Wettbewerbsfähigkeit“, insbesondere gegenüber „den Japanern“, ihren Höhepunkt. Die Regierung, durch dezente, aber unmißverständliche Drohungen der Banken, den Kredithahn zuzudrehen, unter Druck gesetzt, startete die berühmte „Operation 82“: Steuererleichterungen und Abschreibungshilfen für 15 Mrd. DM an die Kapitalisten, doppelt so lange Sperrzeiten und Anwartschaftsfristen sowie schärfere „Zumutbarkeitsbestimmungen“ in der Arbeitslosenversicherung, Senkung der Sozialhilfe, höhere Tabaksteuer, Lohnsenkung im öffentlichen Dienst usw. Das gesamte Paket trat am 18.12. 81 in Kraft.

Seitdem sind sechs Monate vergangen, in denen die Kapitalisten ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ durch den höchsten Ausfuhrüberschuß ihrer Geschichte und weiter anschwellenden Kapitalexport deutlich unter Beweis stellten. Die Kapitalisten setzten Tarifabschlüsse durch, die den Lohn- und Lebensstandard der Lohnabhängigen weiter senkten und den Zwang zu Überstunden, höheren Stückzahlen, mehr Nacht- und Schichtarbeit beson-

ders in den unteren Lohngruppen verschärften. Sie rationalisierten weiter, entließen, legten still. Die „Investitionszulage“ trat – rückwirkend zum 1. Januar – in Kraft, der Bundestag beschloß letzte Woche eine weitere „Lockerung“ des Mietrechts, also weitere Mieterhöhungen.

All das hat die von den Kapitalisten in Aussicht gestellte „Entspannung der Beschäftigungslage“ keineswegs befördert. Das Gegenteil ist der Fall. Unter den Kapitalisten werden inzwischen Arbeitslosenzahlen von bis zu drei Millionen im nächsten Jahr genannt, und der Schrei der Kapitalisten nach mehr

Jahres 1980 markiert dieser Rückgang eine „Eigenkapitallücke“ von rund 170 Mrd. DM“.

„Eigenkapitallücke“? Nach der letzten Vermögenssteuerstatistik nannten bereits 1977, also vor fünf Jahren, 504 000 „natürliche Personen“, also Kapitalisten samt familiärem Anhang, ein Vermögen von zusammen 319 Mrd. DM ihr eigen. Wohlgemerkt, als „natürliche Personen“! Das gesamte „Betriebsvermögen“ der Kapitalisten ist darin noch gar nicht eingerechnet. Als „Betriebsvermögen“ besaßen oder kontrollierten diese 504 000 „wagemutigen Unternehmer“, die noch nicht



Volkswagen-Werk in Mexiko. In den ersten drei Monaten dieses Jahres legten die BRD-Imperialisten erneut 7,698 Mrd. DM Kapital im Ausland an, erhöhten so die Beschäftigungslosigkeit in der BRD und steigerten den Druck auf den Lohn: 2,209 Mrd. DM für Direktinvestitionen, 3,855 Mrd. DM für den Erwerb ausländischer Aktien und Wertpapiere, 1,168 Mrd. DM für Kredite an das Ausland, 389 Mio. DM für den Erwerb von weiterem Grundbesitz.

Kapital, insbesondere nach „Eigenkapital“ und „Risikokapital“, nimmt kein Ende. BDI-Chef Rodenstock verkündete, auch die Ausfuhrüberschüsse der letzten Monate hätten an der Ertragslage nichts geändert: „So gelang es zwar, Marktanteile auf den Auslandsmärkten zurückzugewinnen; doch damit war noch lange nichts getan für die überfällige Aufbesserung der Rendite. Mancher Auftrag, der kurzfristig Beschäftigung sicherte, ging zu Lasten des vielfach schon bedenklich geschmälernten Eigenkapitals. Sichtbaren Ausdruck findet dieser Auszehrungsprozeß in der beängstigend gesunkenen Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen. Während der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme Mitte der 60er Jahre noch über 30% betrug, fiel er bis 1980 auf 21%. Im Verhältnis zur Bilanzsumme des

einmal 1% der westdeutschen Bevölkerung ausmachen, 113 000 Firmen mit Firmenvermögen von weiteren 265 Mrd. DM. Macht zusammen einen Reichtum von 584 Mrd. DM, für den die Kapitalisten 4,4 Mrd. DM Vermögenssteuer abführten, während die Lohnabhängigen im gleichen Jahr 84,9 Mrd. Lohnsteuer zahlten.

Die Kapitalisten schwimmen also in Geld. Woher dann dennoch ihr hungriger Schrei nach „mehr Eigenkapital“? Die Kapitalisten bezeichnen als „Eigenkapital“ das gesamte Aktien- oder Grundkapital ihrer Firmen inklusive Rücklagen. Alle Bankkredite, Fremdeinlagen usw. sind „Fremdkapital“. Die „Eigenkapitalquote“ ist der Anteil dieses Eigenkapitals am Vermögen des Betriebes, also Maschinen, Grundstücke, Gebäude usw., die vollständig im Besitz des jeweiligen Kapitalisten

sind und nicht etwa – direkt oder indirekt – von Banken oder anderen Kreditgebern kontrolliert werden.

Ende Jahres letzten veröffentlichte die Bundesregierung ihre bislang letzten Angaben über die Entwicklung dieser „Eigenkapitalquoten“ bei den wichtigsten Imperialisten:

	1967	1977
USA	56,8	58,0
Japan	15,1	13,6
Frankreich	39,4	26,3
Großbritannien	55,7	48,0
Italien	29,7 ¹	16,1
BRD	30,0	22,9

¹⁾ 1968. Quelle: OECD, Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Nun sind solche „Eigenkapitalvergleiche“ normalerweise Vorwand für allerlei Betrügereien. Jeder Kredit etwa, den ein Kapitalist aufnimmt, um ein höchst profitables Geschäft schnell eröffnen zu können, „verringert“ seine „Eigenkapitalquote“ erst einmal; jede Veralterung seiner Anlagen bei gleichbleibendem Geschäft führt zu einer „hohen Eigenkapitalquote“. Dennoch: Verglichen mit den US- oder den britischen Imperialisten ist die Eigenkapitalquote der BRD-Imperialisten seit langem „niedrig“. Der Grund: Zwei verlorene Weltkriege haben die westdeutschen Kapitalisten eines großen Teils ihres vorher aufgeschätzten „Eigenkapitals“ beraubt. Drei Jahrzehnte lang machten sie dennoch glänzende Geschäfte. Die durch meisterhafte Schweißauspressung erzielten industriellen Profite reichten aus, um nicht nur die Kapitalisten steinreich zu machen und den laufenden Ausbau und die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen zu ermöglichen, sondern auch die Zinsen auf „Fremdkapital“ zu zahlen.

Das ist jetzt vorbei. Die Kapitalisten rechnen auf absehbare Zeit nicht mehr mit einer „sicheren Ertragslage“, einem „krisenfreien Geschäft“, geschweige denn mit einer „soliden“, d.h. mit stofflicher Ausdehnung von Produktion und Absatz verbundenen Expansion. Sie stellen sich vielmehr auf eine langandauernde Stagnation ihrer Wirtschaft ein. Eine solche Lage aber bedeutet: zunehmender Zwang für die Kapitalisten, durch Vernichtungskämpfe untereinander ihren individuellen Marktanteil auszubauen oder wenigstens zu halten, Übergang zu Expansionsfeldzügen, die ihre Verwandtschaft mit den mittelalterlichen Raubritterzügen schwer vertuschen lassen, zu Spekulationsgeschäften und Schwindelunternehmen, zum raschen Einsatz großer Kapitalmassen, wo immer sich ein „Geschäft“ auftut, um so den erhofften Profit nicht mit Konkurrenten teilen zu müssen, und im näch-

Kapitalisten zum Haushalt '83: Kapitalsteuern senken, Ausgaben kürzen

Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1981, April 1982

„Es würde jedenfalls die positive Wirkung der Investitionszulage (und der schon beschlossenen Abschreibungserleichterungen) dämpfen oder sie gar nicht entstehen lassen, wenn für 1983 und die Folgezeit neue Belastungen in Form von höheren Steuern und / oder Sozialabgaben angekündigt werden müßten. Vermutlich würde es ähnlich wirken, wenn sich erwiese, daß die erhofften und angekündigten Fortschritte beim Abbau der strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte nicht zu realisieren wären.“

Bundesverband Deutscher Banken, Pressedienst 16. April 1982

„Administrative und steuerliche Investitionshemmnisse, insbesondere der ertragsunabhängigen Steuern, müssen abgebaut werden ...

Die wichtigste Aufgabe bleibt die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Für das Jahr 1983 zeichnen sich bereits wieder beträchtliche Lücken in den öffentlichen Haushalten ab. Dies macht besonders deutlich, daß eine

wirklich einer mittelfristig erfolgversprechenden Wachstumsstrategie hat sie die Hauptrolle; gerade hier kann also nicht auf die überfällige grundlegende Kurskorrektur verzichtet werden. Geboten ist im Sinne eines erweiterten finanzpolitischen Handlungsspielraums:

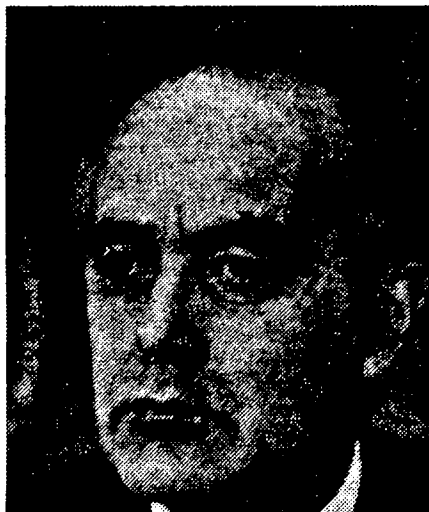
- Eine Einnahmepolitik, die wachstumsbezogen schrittweise die Unternehmen entlastet, vorrangig im Bereich der ertragsunabhängigen Steuern, und
- eine Ausgabenpolitik, die auf Abbau der Staatsdefizite zielt und durch Korrekturen im konsumtiven Bereich eine langfristig wirksame Umschichtung hin zu den investiven, wachstumsfördernden Ausgaben bewirkt ...

Die Finanzpolitik kann eine solche gesamtwirtschaftlich gebotene Kurskorrektur jedoch nicht im notwendigen Umfang vornehmen ohne eine Sozialpolitik, die den Grundsätzen der Eigenverantwortung und der Solidarität wieder mehr Beachtung verschafft. Es geht nicht nur um die Beseitigung von Mißbräuchen bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Die Sozialpolitik muß vielmehr ihre Mitverantwortung für die Wiederherstellung und Sicherung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft wieder eindeutig bekunden; denn sie ist die Basis für die soziale Sicherheit, und diese Basis wird nachhaltig erschüttert, wenn auf die Belastungsfähigkeit der Beitragszahler keine Rücksicht genommen wird ...

Grundlage staatlichen Handelns muß die Erstellung eines in sich schlüssigen, mittelfristig angelegten Konzepts zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen bilden, das sofort zu beschließen und in Teilschritten zu realisieren wäre. Dabei gebührt jenen Elementen, die keine zusätzlichen öffentlichen Finanzmittel beanspruchen, Vorrang: Kernstück des nicht kostenwirksamen Teils muß der Abbau jener ... Hemmnisse sein, die einer beschäftigungswirksamen Mobilisierung von Investitionen der Wirtschaft entgegenstehen.

Kostenwirksame Elemente, die ein erfolgversprechendes Wachstums-konzept enthalten, sind schon verbindlich festzulegen und schrittweise zu realisieren. Im Mittelpunkt dieses Teils steht die steuerliche Entlastung der Unternehmen ...

Die Entlastung, die der Bundeshaushalt durch eine Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und gleichzeitig eine Umschichtung von



Friderichs: Staatliche Forschungsförderung muß die Risiken der Kapitalisten abdecken, z.B. in der Kernenergieforschung

weitere Durchforstung der öffentlichen Ausgaben im konsumtiven Bereich unumgänglich ... um die Finanzierung privater Investitionen zu erleichtern.“

BDI-Jahresbericht 1980 – 1982, Mai 1982

„Von zentraler Bedeutung für die Erreichung dieser gesamtwirtschaftlichen Ziele ist die Finanzpolitik. Als Transmissionsriemen bei der Ver-

Ausgaben von der Renten- auf die Arbeitslosenversicherung erfährt, ist ebenso wie die Heranziehung des Bundesbankgewinns als außerordentliche Einnahme zeitlich begrenzt. Nur um einen Haushaltsausgleich auf dem bisherigen Niveau zu erreichen, müßten schon im nächsten Haushalt weitere Einsparungen von rd. 13 Mrd. DM verwirklicht werden.“

BDI-Präsident Rodenstock auf der 33. ordentlichen Mitgliederversammlung des BDI, 17. Mai 1982

„Ein neues Sprengstoffpaket für den Herbst 1982 ist bereits geschnürt. Das Volumen des Nachschlages für den Etat 1982 klettert unaufhaltsam. Die Risiken potenzieren sich. Das gilt vor allem für die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ... Meine 2. These lautet daher, daß die entscheidende Voraussetzung zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage nach wie vor eine finanzpolitische Neuorientierung bildet. Anders gesagt, mit dem Sparen muß endlich ernst gemacht werden ...

Streichungen dürfen allerdings nicht wieder dort erfolgen, wo es politisch am einfachsten erscheint, dafür wirtschaftlich aber um so gefährlicher ist, nämlich bei den öffentlichen Investitionen ... Die Kurskorrektur im öffentlichen Haushaltsgebahren verlangt politisch einen langen Atem. Es wäre ein Illusion zu glauben, mit kleineren Korrekturen hier und dort seien die Sünden einer hypertrophen (übermäßig gewachsenen, d. Red.) Ausgabenpolitik über lange Jahre hinweg zu korrigieren. Und damit kein Zweifel entsteht: Auch die Industrie wird sich auf dem Felde der Subventionen stellen, wenn das Verfahren fair und sachlich verläuft ...

Unser Engagement in Forschung und Entwicklung bedarf gerade jetzt zusätzlicher Anstrengungen. Ich stelle dies deshalb so betont heraus, weil der Staat die Forschung offensichtlich mit geringerer Priorität behandelt: Der Anteil für Forschung und Entwicklung am Gesamthaushalt des Bundes hat abgenommen. Bewährte Programme – wie die Forschungs- und Entwicklungs-Personalkostenzuschüsse – mußten beschränkt werden ...“

BDA-Präsident Esser anlässlich der Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes Osthessen, 25. Mai 1982

„Es müssen die steuerlichen Investitionshemmnisse weg, die den Unternehmen die Wahrnehmung ihrer innovatorischen Aufgaben erschweren oder unmöglich machen. Es müssen die Schranken hochgezogen werden, durch die tausende und abertausende Arbeitsplätze nicht geschaffen und eingerichtet werden können.

Nicht die Verdammung und Unterdrückung neuer Technologien und Energien, sondern allein ihre Nutzbarmachung für unsere Wirtschaft kann uns aus der ökonomischen Stagnation herausführen und jene wettbewerbsfähige Überlegenheit auf den Weltmärkten bringen, auf die wir als export- und rohstoffabhängiges Land angewiesen sind ...

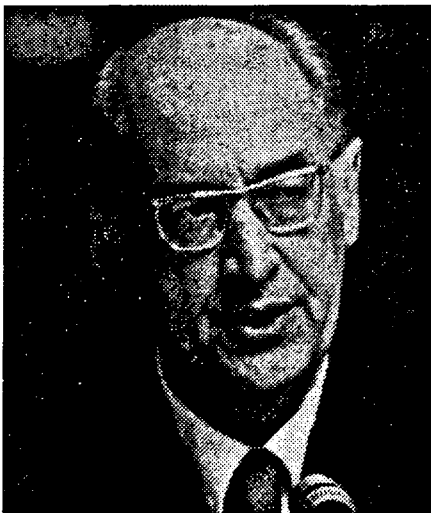
Der Kompromiß des Vermittlungsausschusses über die Investitionszulage ist eher unbefriedigend, denn die Finanzierungsprobleme wurden nicht gelöst, sondern nur vertagt und damit insgesamt verschärft. Auch wir waren gegen eine Steuererhöhung. Wir haben nach der Investitionszulage im Übrigen auch nicht gerufen.

Ihre beschäftigungspolitische Wirkung hängt heute davon ab, ob die

Wenn Erfahrungen mit dem Arbeitsförderungsgesetz vorliegen, sollte auch dieses noch einmal überprüft werden. Der Vorschlag eines progressiv gestaffelten Arbeitslosengeldes bleibt unsererseits auf der Tagesordnung. Schließlich muß auch die Sozialhilfe auch den Prüfstand, damit verhindert wird, daß im Einzelfall der Sozialhilfeempfänger sich besser steht als der, der Arbeitslosengeldanspruch hat.“

Langemann, Vorstandsvorsitzender Merck anlässlich der Mitgliederversammlung Bankenverband Hessen e.V., 17. März 1982

„2. Eine weitere direkte Entlastung brächte die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung. Schätzungen darüber sind kaum möglich. Wenn aber nur 1% der



Esser (links) sei durch Arbeit im väterlichen Handelshaus über Enka-Glanzstoff zum BDA-Vorsitzenden geworden, so „Handelsblatt“. Rodenstock (rechts), BDI-Vorsitzender, erbte die väterliche Brillenfabrik

Bundesregierung die Kraft aufbringt, die durch sie entstehenden zusätzlichen Ausgaben im Haushalt 1983 durch entsprechende Einsparungen auf der anderen Seite zu decken. Der Zwang zur Konsolidierung der Staatsfinanzen ist jetzt noch größer, als er es schon vorher war!

... meine ich, daß im Rahmen der Konsolidierungsanstrengungen, auf die unter finanzpolitischen Gründen nicht verzichtet werden kann, künftig folgende Prioritäten zu setzen sind:

An erster Stelle steht eine Reform des Lohnfortzahlungs- und Krankenversicherungsrechtes. Sodann wären in der Rentenversicherung neben allen anderen Reformnotwendigkeiten die Entwicklung der Renteneinkünfte den aktiven Einkünften anzupassen. Das Behindertenrecht wäre ebenfalls bald zu reformieren, damit insbesondere zwischen der Schwerbehinderung und der Berufsbehinderung künftig besser unterschieden werden kann.

Lohn- und Gehaltssumme eingespart würde, und dies ist kein utopische Zahl, so würde dies eine Kostenentlastung von rund 1 Mrd. DM nur für diesen Teil der Unternehmen, also der Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes bedeuten.

3. Der Staat müßte peinlichst darauf achten, daß die gesetzlichen Sozialabgaben, die in dem vergangenen Jahrzehnt bis in die jüngste Zeit überproportional gestiegen sind, höchstens noch proportional steigen ...

9. Der Spitzensteuersatz von 56%, mit dem die im Unternehmen belassenen, also nicht entnommenen Gewinne versteuert werden, müßte für alle Unternehmen unabhängig von der Rechtsform auf 43% herabgesetzt werden. Selbst mit solch einer Kürzung würde die Besteuerung in Deutschland erst auf das in den Industriestaaten übliche Niveau von etwa 50% herabgesetzt werden.“

Rückgang der Teuerungsrate?

Der neue Finanzminister Lahnstein priest in seiner „Jungferrede“ vor dem Bundestag, wie großartig sich sinkende Teuerungsrate für alle auswirken würden: „Ich will feststellen, daß sich eine auf Preisstabilität gerichtete Wirtschaftspolitik nicht nur für die Preise selbst und damit für die Kaufkraft auszahlt, sondern eben auch für Wachstum und Beschäftigung.“ Lahnstein „ließ die Hoffnung zu, daß wir im Jahresvergleich sehr bald eine Vier vor dem Komma schreiben werden und ... daß daraus gegen Jahresende sogar eine Drei vor dem Komma werden könnte.“

Die Meldungen über den Rückgang der Teuerungsrate sind geschönt. Die Jahressteigerungsraten beziehen sich auf den Zeitraum vor einem Jahr, also Januar bis April 1981. Da in diesen Monaten die Teuerung größer als in den späteren Monaten von 1981 war, kann jetzt die Jahresrate fallen, obwohl die Teuerung von einem Monat auf den anderen bereits wieder steigt. Das wissen die Kapitalisten und rechnen deshalb intern die Teuerung der letzten Monate auf das kommende Jahr hoch. Lahnstein rechnete auf diese Weise

„für die letzten drei Monate“ Februar bis April eine Teuerungsrate von nur 1,6% – auf die nächsten 12 Monate bezogen – aus.

Inzwischen ist aber die *monatliche* Teuerungsrate bereits wieder gestiegen, z.B. in Bayern im Mai 1982 gegenüber dem Vormonat um 0,7%. Wenn diese Steigerungsrate die nächsten 12 Monate andauern würde, so ergäbe das schon wieder eine Jahresteuerung von etwa 8,7%.

Mit dem Hinweis auf den „Rückgang der Preissteigerung“ hatten die Kapitalisten und die Regierung Druck auf die Lohnabschlüsse der Gewerkschaften gemacht. Selbst wenn die angekündigten vier oder gar drei Prozent Teuerung bis zum Jahresende Wirklichkeit würden, bedeutet das auch in diesem Fall kräftige Lohnsenkung für das Jahr insgesamt. Hinzu kommt noch die weitere Lohnsenkung durch die Steuerprogression. Die Teuerung wird über das Jahr ständig höher sein als die Lohnerhöhungen. Selbst bei einem Teuerungsrückgang machen die Kapitalisten weitere zusätzliche Geschäfte. Wichtige Preise, die sie zahlen, sind schroff gefallen. Schon vor dem Tarifabschluß hatten die Kapitalisten einen deutlichen Rückgang der Lohnstückkosten gemeldet: Von 127 Indexpunkten im letzten Vierteljahr 1981 auf 121 Punkte im Februar 1982 (1976=100). Seit September letzten

Jahres ist der Einfuhrpreisindex beträchtlich gesunken, allein bis Dezember 81 um 3,9%. Die FAZ meldet Anfang Mai, „diese Entwicklung wird vor allem mit sinkenden Rohstoffpreisen erklärt.“ Die Weltmarktrohstoffpreise sind im Jahr 1981 zurückgegangen, bei Industrierohstoffen etwa um 12%.

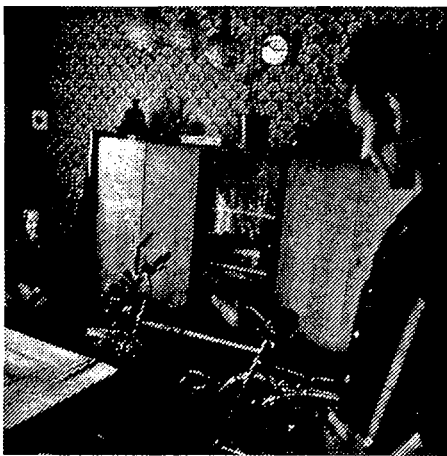
Die Preise, die die Kapitalisten nehmen, haben sie dagegen beständig weiter erhöht. Die Reallohnsenkung zusammen mit der Preissteigerung bedeuten für die Arbeiter und Angestellten, daß bestimmte Waren nicht mehr gekauft werden können oder Waren schlechterer Qualität gekauft werden müssen. Im Jahresdurchschnitt stiegen von 1980 auf 1981: Frisches Fleisch um 8,95%, Frischobst 9,1%, Frischgemüse 13,1%, Urlaubskosten 8,9%. Diese starke Verteuerung haben die Kapitalisten 1982 fortgesetzt: So lag im April 1982 der Preis für frisches Rindfleisch mit 9,4% über dem Preis von April 1981. Der Kaffeepreis lag 9,8% höher. Wenn 1981 ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen die gleiche Warenmenge an Bekleidung wie 1980 hätte kaufen wollen, hätte er 61 DM mehr ausgeben müssen, als er tatsächlich konnte.

Quellenhinweis: Wirtschaft u. Statistik 1/82, 4/82. Bundestagsprotokoll 9/100

sten Augenblick Übergang zu Stilllegung, wenn nicht sogar betrügerischem Bankrott.

Als wichtigste „Herausforderungen“ in den 80er Jahren hat dann auch das BDI-„Institut der deutschen Wirtschaft“ kürzlich verkündet: erstens die „Sicherung der Rohstoffzufuhr“ und die „Krisenvorsorge, also den Aufbau von Vorratslagern mit den wichtigsten Rohstoffen“, zweitens die „Sicherung der Energieversorgung“, insbesondere die „Verringerung der Ölabhängigkeit“ wozu bis 1990 mindestens 500 Mrd. DM investiert werden müßten, drittens die weitere Forcierung des Waren- und Kapitalexports und schließlich die Eroberung großer Marktanteile bei „arbeitsparenden Maschinen – wie lochstreifen- oder computergesteuerten Werkzeugmaschinen, Walzstraßen und ganzen modernen Produktionsanlagen“, bei Mikroprozessoren und „Robotern“. Das ganze ist ein Expansionsprogramm, bei dem der rasche Übergang vom Wirtschaftskrieg zum bewaffneten Krieg, zur gewaltsamen „Erschließung“ von Absatz- und Kapitalanlagegebieten und zur überfallartigen „Sicherung der Rohstoffzufuhr“ einkalkuliert ist. Kein Wunder, daß die Kapitalisten für solche Geschäfte, für solche Ziele gro-

ße „Eigenkapitalmassen“ aufschätzen wollen. Durchsetzen wollen die Kapitalisten dieses ihr Programm, den beabsichtigten hemmungslosen Bereicherungsfeldzug gegen die Lohnabhängigen, als das einzig „vernünftige“ und „aussichtsreiche“ „Beschäftigungsprogramm“. Nur wenn sie sich hemmungslos bereichern könnten, „Eigenkapital bilden“ können, seien die er-



2,1 Millionen Lohnabhängige, Rentner und ihre Familien sind bereits auf Sozialhilfe angewiesen. Die Kapitalisten verlangen: weitere Sozialhilfekürzungen, Renten Kürzungen, Kürzung des Arbeitslosengeldes

forderlichen Investitionen und das nötige „Wachstum“ ihrer Wirtschaft überhaupt noch zu erreichen. Nur solch ein „Wachstum“ könne eines fernen Tages hoffentlich dann auch wieder den Lohnabhängigen eine „Vollbeschäftigung“ bescheren. Tatsächlich aber werden die Folgen ganz andere sein.

Für die Lohnabhängigen, besonders in den unteren Lohngruppen, deren Beschäftigung mit dem stofflichen Umfang der Produktion der einzelnen Kapitalisten sowieso eng verbunden ist, wird die Unstetigkeit der Beschäftigung deutlich zunehmen. Sind die Aufträge da und lockt ein „Geschäft“, so heißt es: Überstunden! Stückzahlen rauf! Mehr Leistung! Tempo! – um vielleicht schon im nächsten Monat, wenn der Auftrag erledigt ist, auf die Straße zu fliegen. Die von BDA-Präsident Esser geforderten weiteren Eingriffe in die Sozialversicherungen fügen sich da nahtlos ein. Die Aufhebung bzw. weitere Verschlechterung des Versicherungsschutzes im Fall von Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit würde den Kapitalisten für jedes Geschäft ausreichende und vor allem: ausreichend „leistungsbereite“ Arbeitskräfte garantieren, denn bei längerer oder häufiger Krankheit und / oder

Arbeitslosigkeit droht dann diesen Lohnabhängigen rasche und erbarmslose Verelendung

Diese weitere Verelendung insbesondere der unteren Lohngruppen ist auch der Kern der von den Kapitalisten geforderten „Stärkung der Eigenkapitalbasis“. Wie sonst soll diese gestärkt werden, wenn nicht durch weitere Umwandlung von Lohngeldern der Lohnabhängigen in Kapital der Kapitalisten? Die von den Kapitalisten geforderte Senkung der von ihnen zu zahlenden Steuern ist dafür nur eine unterstützende, aber wichtige Maßnahme. Außerdem verlangen die Kapitalisten immer entschiedener eine Neuauflage der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Diese Forderung, von der CDU/CSU schon seit Monaten übernommen, würde die Beschlagnahme von Lohngeldern durch die Kapitalisten beschleunigen, die weitere Senkung der Tariflöhne erleichtern und: Sie würde den Kapitalisten ermöglichen, die Teile der Belegschaften, auf deren stetiger Beschäftigung sie wegen der nötigen „Produktionserfahrung“, vor allem aber wegen ihrer „Erfahrung“ in Aufsichts-, Antreiber- und Verwaltungsarbeiten Wert legen, mittels „Beteiligung am Produktivvermögen“ enger an das Schicksal ihres jeweiligen Betriebes zu binden und so die Spaltung der Belegschaften in „ständige“ und unstetig, aber am schwersten schuftende Teile zu vertiefen. Inzwischen hat auch die SPD/FDP-Bundesregierung angekündigt, sie wolle sich dieser „Vermögensbildung“ künftig stärker „annehmen“.

Am 16. Juni will die Bundesregierung den Nachtragshaushalt 1982 und die Grundzüge des Haushalts 1983 beschließen. In den zwei Wochen davor findet in Versailles der Weltwirtschaftsgipfel, wenige Tage später die Bonner NATO-Konferenz statt. Für die nötige Einstimmung zu neuen Plünderungsmaßnahmen gegen die Lohnabhängigen ist also gesorgt. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, einen weiteren Verfall des Lohn- und Lebensstandards vor allem der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen zu verhindern und einer weiteren Aufhebung des Versicherungsschutzes der Lohnabhängigen bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit einen Riegel vorzuschieben, dann ist ein weiteres Aufblühen aller Abscheulichkeiten kapitalistischer Krisenwirtschaft und eine weitere Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten absehbar.

Quellenhinweis: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1981, Frankfurt 1982; Institut der deutschen Wirtschaft, Kursbuch der 80er Jahre, die wichtigsten Stationen der wirtschaftlichen Entwicklung, Köln 1981; Handelsblatt, 19.5.82 und andere Ausgaben; Vermögen und seine Besteuerung 1977, in: Wirtschaft und Statistik 3/1982, S. 235 f., hrsg. v. Statistischen Bundesamt; Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 9/100 vom 13.5.82 und Drucksachen 9/904 und 9/1133 vom 14.10. und 3.12.81

Die Kapitalisten erklären: Steuern? Wir? – für diesen – unseren – Staat?

Man erinnert sich noch, kurz vor und vor allem nach den letzten Wahlen in den USA: Präsident Reagan auf Fernseh- und Pressebildern ausdrucksvoll auf zwei Striche deutend. Bei gegen Null sinkenden Steuern (der Kapitalisten) – Strich 1 – würde der Ausbruch an Konjunktur, Wohlstand, Einkommen und dergleichen – Strich 2 – grenzenlos sein.



F.K. Flick, Vermögen über 1 Mrd. DM. Laut „Manager-Magazin“ 6/82 will er auswandern, weil die Staatsanwälte gegen ihn wegen Verdachts aktiver Bestechung und Steuerhinterziehung ermitteln

In der BRD ist der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit Anfang der 70er Jahre schon lange und wissenschaftlich und seit der Regierung Schmidt praktisch mit der gleichen Lehrmeinung befaßt. Das Schlagwort heißt „Angebotspolitik“. Alle „Faktorangebote“ an die Kapitalisten billigst und am besten gleich umsonst: Arbeitskraft, Rohstoffe, Vorprodukte. Steuern für Kapitalisten sind da nur vom Übel. Als Steuern auf Betriebskapital und seine Profite erhöhen sie nur die Betriebskosten und senken den Nettoprofit. Als Steuern auf privaten Reichtum, Luxus und standesgemäße Lebensführung schlagen sie sich lähmend aufs Gemüt, damit auf die Unternehmerinitiative, damit auf die Investitionsbereitschaft, damit auf die Investitionen (des Betriebskapitals) und damit auf die Arbeitsplätze nieder. So, etwas gedrängt, die Lehrmeinung. Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, das sei zuviel, entweder oder. Und solange der letzte Steuerpfennig der Kapitalisten noch gezahlt wird, bräuchte man sich ja über die Arbeitslosigkeit nicht zu wundern.

In seiner gutachterlichen Marschrichtung für 1982 hatte der Sachverständigenrat deshalb schon im letzten Jahr vertreten: „Mit Investitionen werden Arbeitsplätze geschaffen und Chancen eröffnet, in Zukunft mehr Einkommen zu erzielen ... Viel spricht dafür, gegenwärtige Investitionen nicht zu besteuern und mit der Besteuerung erst dann einzusetzen, wenn die zukünftigen Einkommen verbraucht werden.“ Im Klartext: Steuerbefreiung für den Kapitalisten und sein Kapital als personifizierte Investition und als Arbeitsplatzschöpfer und weitere Erhöhung der indirekten, also der Verbrauchssteuern und der Steuern auf Lohn, denn der wird auch verbraucht. Um praktische Vorschläge war der Sachverständigenrat schon damals nicht und sind heute auch die verschiedenen Vertreter der Kapitalistenverbände, der CDU/CSU und der FDP nicht verlegen. Vollständige Abschreibung von Investitionen im ersten Jahr, Senkung der Steuern auf Gewinn, also der Körperschaftssteuer und der Spitzensätze der Einkommensteuer und schließlich und vor allem, Senkung und letztlich Beseitigung der „ertragsunabhängigen“ Steuern, so der Vermögens- und der Gewerbesteuer. Brillen- und Verbandsprofessor Dr. Rolf Rodenstock in der Bildzeitung: „Abbau der ertragsunabhängigen Steuern ... (die) ... muß ein Unternehmer auch dann zahlen, wenn er sogar Verluste macht. Das geht an die Substanz.“ Genauso hätte Rodenstock auch fordern können: Beseitigung der ertragsunabhängigen Strom- und Mietkosten, weil sie nämlich ertragsunabhängig sind und auch bei Verlust gezahlt werden müssen. Praktisch läuft das darauf hinaus, daß die Kapitalisten überhaupt keine Steuern zahlen.

Durchaus konsequent sind bereits jetzt die Einkünfte aus Zinsen von Staatspapieren steuerfrei (§3a, EStG). Denn hier sind die Steuern für den Zintribut an das Bank- und Finanzkapital und seine tragenden Persönlichkeiten ja schon an der richtigen Adresse. Warum darauf nochmal Steuern zahlen? Der jährliche Steuerausfall aufgrund der Steuerfreiheit von Zinsen auf Staatspapieren bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer liegt etwa zwischen 19 und 25 Mrd. DM, je nachdem, welche Steuersätze man annimmt.

Quellenhinweise: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 81/82; Einkommensteuergesetz; Bild am Sonntag v. 23.5.82

Hungerstreik türkischer Arbeiter

Seit dem 24. Mai sind türkische Arbeiter, Angestellte und Studenten in zwölf Städten Westdeutschlands im Hungerstreik gegen die türkische Militärjunta und deren Unterstützung durch NATO und Bundesregierung. U.a. fordern die Hungerstreikenden eine unabhängige Kommission, die Massaker an politischen Gefangenen v.a. in den berüchtigten Militärgefängnissen untersuchen soll. Zu den Organisationen, die den Hungerstreik unterstützen, gehören die GEW und Amnesty International. In vielen Städten erklärten sich IG Metall und DGB solidarisch, so in Duisburg, Stuttgart, Mannheim, Nürnberg.

3,9% mehr in der Bekleidungsindustrie

Rückwirkend ab 1. Mai erhalten die Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie 3,9% mehr Lohn und Gehalt; die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate. Die Kapitalisten besaßen die Dreistigkeit, auf die Forderung von 6,5% mehr Lohn mit dem Angebot einer „Nullerhöhung“ zu antworten. Nach dem dritten Verhandlungstag boten sie 1,75%.



„Ein Leben als OS (angelernter Arbeiter), ein Sklavenleben, ein Leben der Knechtschaft, jetzt reicht's.“ 80000 Menschen demonstrierten am 26.5. ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern von fünf Citroen-Werken der Region Paris. Alle Linksgewerkschaften wie Linksparteien hatten aufgerufen, nachdem die Direktion in den Tagen zuvor jegliche Druckmittel – bewaffnete Angriffe auf Streikposten, Drohbriefe an die Frauen, Entlassungen von Gewerkschaftsdelegierten – eingesetzt hatte, um den Streik zu brechen. Zwei Tage später mußte sie einlenken. Das Ergebnis: 10% Lohnerrhöhung, mindestens 400 FF (160 DM), automatische Höherstufung der angelernten Arbeiter, die zehn Jahre im Betrieb sind, öffentlicher Anschlag der Taktzeiten an den Bändern, Einsetzung einer paritätischen Kommission, die die Einhaltung der Arbeiterrechte überwacht; Rücknahme aller Sanktionen, 50%ige Bezahlung der Streiklage. Am 1. Juni, 15 Uhr, nahmen die Arbeiter nach 7 Wochen Streik die Arbeit wieder auf.

Am 30.5. demonstrierten in Schönau / Schwarzwald ca. 1000 Menschen gegen die faschistische Schlagetergedenkefeier. Aufgerufen hatten das Antifaschistische Komitee Lörrach, DGB und VVN. CDU und Landrat hatten ein Verbot der Faschistenfeier abgelehnt, diese müsse vor Gegendemonstranten geschützt werden. So wurde verlangt, daß nur drei Megafone benutzt würden, um „die Totenruhe Schlageters nicht zu stören“. Unter dem Schutz von 1000 Polizisten hielten die Faschisten eine kurze Feier ab, einen Aufmarsch führten sie nicht durch.



Daraufhin rief der Vorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu Warnstreiks auf, an denen sich in Bayern und Baden-Württemberg rund 8000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, in Hessen mehr als 3000 und in Ostwestfalen und Osnabrück ca. 6000. Dies hatte ausgereicht, um die Kapitalisten von ihrem hohen Roß zu holen. So ist es wahrscheinlich, daß weitere Aktionen zu einem besseren Ergebnis geführt hätten. Die Kapitalisten mußten unterschreiben, daß niemand wegen der Warnstreiks gemäßregelt wird, auch nicht durch Lohnabzug.

KOMM-Prozesse: Geheimakten

Nürnberg. Um doch noch zu Verurteilungen wegen „schweren Landfriedensbruchs“ zu kommen, hat das bayerische Innenministerium im Prozeß um die Massenverhaftungen von 141 Jugendlichen in Nürnberg Neues unternommen. Nachdem der erste KOMM-Prozeß wegen Unterschlagung von Polizeiprotokollen ausgesetzt werden mußte, hat jetzt Innenminister Tandler neun Beiakten der Nachermittlung zur Geheimsache nach § 96 StPO erklärt. Begründet wird der Sperrvermerk mit der Gefahr der „Identifizierung eines Mitteilers“. Verteidiger Maefert dazu: „Ich kann mir nur einen Reim darauf machen, wenn Spitzel bei der Demonstration dabei waren oder hinterher gewonnen wurden.“ Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Ansbach die Verfahren gegen Richter und Staatsanwälte eingestellt, die von der Verteidigung wegen Rechtsbeugung und Aktenunterdrückung angezeigt wurden.

Betriebliche Lohnerrhöhung bei PWA

Mannheim. Die ca. 300 Handwerker der Papierwerke Waldhof Aschaffenburg in Mannheim (ca. 2500 Beschäftigte) bekommen 30 Pfg. in der Stunde mehr, nachgezahlt ab 1. April. Der Stundenlohn mit Zulagen für einen erfahrenen Schlosser liegt bisher mit 14,60 DM etwa eine DM unter dem Ortsdurchschnitt. Pro Monat werden 25000 Überstunden gemacht. Mit dem Ausbau der Produktion von Hygiene-Pa-

pieren brauchte die Geschäftsleitung qualifizierte Handwerker, die ihre modernen Maschinen warten und reparieren. Auf die Forderungen der Handwerker nach mehr Lohn machte sie vor gut einem Jahre ihr erstes Angebot. Sie wollte nur die oberen Lohngruppen anheben. Der zweite Vorschlag lautete: 30 Pfg. für alle; 80 Leute, hauptsächlich der oberen Lohngruppen, eine Stufe höher; das Ganze gekoppelt an eine Pausenverlängerung, was bedeutet hätte, den Arbeitstag um eine Viertelstunde zu verlängern. Die Handwerker erzwangen eine Versammlung und lehnten bei einer Gegenstimme diese Erpressung ab. Erst die Drohung mit Überstunden-Verweigerung brachte die Geschäftsleitung an den Verhandlungstisch und das Ergebnis von 30 Pfg. für alle.

Weitere Finanzierung von Abtreibungen!

Die §218-Gruppe in Göttingen sammelt Unterschriften gegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht: „Weg mit dem ‚Krankenkassenurteil‘! Im September letzten Jahres hat das Dortmunder Sozialgericht entschieden, daß der §2001 RVO, der die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die gesetzlichen Krankenkassen regelt, verfassungswidrig sei. Nach diesem Urteil sollen nur noch medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche von der Krankenkasse bezahlt werden. Jetzt soll das BVG über diesen Vorlagenbeschluß urteilen... Wir fordern: – keine Illegalisierung von Abtreibungen! – keine Einschränkung der Finanzierung von Abtreibungen durch die gesetzlichen Krankenkassen!“

Göttingen

Taxifahrer kämpfen für die Wahl und Arbeit eines Betriebsrats

Göttingen. In einer Stadt wie Göttingen, mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und 25000 Studenten, von denen viele auf Nebenverdienste angewiesen sind, sind Bereiche wie Taxifahren und Bedienen in Kneipen und Gaststätten von relativ großer Bedeutung. Wegen des Drucks auf dem Arbeitsmarkt und der Zersplitterung der Beschäftigten gibt es hier teilweise besonders üble Arbeitsbedingungen und schamlose Ausbeutung. Dagegen haben sich in den letzten Monaten in Göttingen einige hartnäckige Kämpfe entwickelt – zuletzt im Taxigewerbe.

Zum Hecht im Karpfenteich der Göttinger Taxiunternehmen (ca. 50 Firmen mit 95 Wagen) hat sich im letz-

tere Begründungen von 40 auf 35%. Also um 12,5%.

Auf die spontan von einigen Fahrern organisierte Unterschriftensammlung gegen diese Kürzung und für die Einberufung einer Betriebsversammlung reagierten die Unternehmer mit der (inzwischen zurückgenommenen) fristlosen Entlassung von sieben Fahrern. Als dennoch mit Unterstützung der ÖTV Anfang März eine Betriebsversammlung abgehalten wurde, die unverzüglich die Einleitung von Betriebsratswahlen beschloß, und einen Wahlvorstand gebildet worden war, gab es für Deutsch und Kumpane kein Halten mehr.

Bereits am Tag nach der Versammlung kündigten sie per Aushang eine

gang zum Betriebsgelände und den ÖTV-Bus, der als Wahllokal diente, hinderten sie mit quergestellten Taxen, Bauzäunen und Wachmännern samt Hunden daran, auf das Betriebsgelände zu fahren. Auf's Gelände komme die ÖTV nur, wenn sie schriftlich auf Haftungsansprüche bei „etwaigen“ Beschädigungen des Busses verzichtet. Höhepunkt: Taxi-Hai Deutsch baut sich frech mit seinem Motorrad vor dem DGB-Haus auf, um Fahrern, die sich mit der ÖTV beraten, aufzulauern. Neben Arbeitsgerichtsprozessen hat die ÖTV jetzt Strafantrag wegen Wahlbehinderung gestellt.

Zu dem vom 11. bis 17. Mai gewählten Betriebsrat kandidierte eine Liste „Organisierte Taxifahrer und Taxifahrerinnen“ u.a. für die folgenden Forderungen: Umsatzbeteiligung von mindestens 40%, angemessene Bezahlung der Werkstattstunden, Mitsprache bei der Schichteinteilung und Zuteilung technisch einwandfreier Wagen. Die ÖTV hat darüberhinaus gefordert, die jetzt völlig rechtlosen Aushilfskräfte als Teilzeitbeschäftigte einzustufen, mit Anspruch auf die üblichen Sozialleistungen. Dies allerdings hat die Göttinger Taxi-Besitzer-Vereinigung, die sich ansonsten „von den Machenschaften der drei Taxiunternehmen in Holtensen distanziert“ hat, sogleich entschieden abgelehnt.

Deutsch, Haferkamp und Wortmann indessen versuchen, den gerade erst erkämpften Betriebsrat mürbe zu machen: Vier der fünf Mitglieder teilen sie einfach keine Schichten mehr zu.



ÖTV-Bus dient als Wahllokal / Taxi-Hai Deutsch vor dem DGB-Haus

ten Jahr die Holtenser Firma „Deutsch, Haferburg, Wortmann GbR“ gemausert: Hatten die drei „cleveren Studenten“ vor einem Jahr nur drei Wagen unter ihrem Kommando, so sind es jetzt immerhin vierzehn, die von ca. 80 Fahrern rund um die Uhr bewegt werden. Ungefähr 90% der Beschäftigten sind Studenten. Da diese als Aushilfskräfte keinen Anspruch auf Urlaub, Lohnfortzahlung etc. haben und für sie auch keine Sozialabgaben zu zahlen sind, sie weiterhin keinen festen Lohn, sondern eine Umsatzbeteiligung erhalten, die manchmal auf die Stunde gerechnet nicht mal fünf Mark bringt, läßt sich der Aufstieg von Deutsch und Co. leicht nachvollziehen. Offensichtlich um diesem Aufstieg noch zusätzlichen Antrieb zu geben, kürzten die drei Unternehmer zum 1. Februar die Umsatzbeteiligung ihrer Fahrer kurzerhand und ohne wei-

neue Schichtvergabe-„Regelung“ an: Die festen Schichten würden aus „innerbetrieblichen Gründen“ gestrichen, stattdessen von Woche zu Woche telefonische Zuteilung der einzelnen Schichten. Auf diese Weise sollte die Belegschaft eingeschüchtert und gesäubert werden: z.B. bekamen Wahlvorstandsmitglieder wochenlang keine Schichten zugeteilt.

Die Wahl selbst versuchten sie mit wahren Wildwestmethoden zu verhindern. Die notwendigen Unterlagen für die Erstellung des Wählerverzeichnisses wurden verweigert und erst nach Gerichtsbeschuß herausgegeben. Fünf von sieben Mitgliedern des Wahlvorstandes, sieben von neun Kandidaten zum Betriebsrat wurden fristlos gefeuert – mit Begründungen wie „Rädelführerschaft“, „Schlechtleistung“, u.a.m. Dem Wahlvorstand lauerten sie auf Sitzungen auf, verwehrten den Zu-

Kultusministerkonferenz „Gesamtschul – Kompromiß“

Düsseldorf. GEW und Schülervertretungen in NRW führten in den letzten beiden Wochen Demonstrationen und verschiedene andere Aktionen gegen das geplante Abkommen der Kultusministerkonferenz über die „Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen“ durch. Die von den CDU-regierten Ländern, insbesondere von Bayern und Baden-Württemberg, geforderte Regelung – die am 28.5. beschlossen wurde – sieht die Beseitigung jeglicher Ansätze von einheitlicher Ausbildung an den Gesamtschulen durch „Differenzierung“ des Unterrichts und Verschärfung des Notendurchschnitts vor.

Daß „Schüler aller Begabungsrichtungen gemeinsam unterrichtet“ werden und, wie z.B. in NRW, 40% bis 50% die Fachoberschulreife (Mittlere Reife) erreichen, darf nicht sein! Die durch die CDU geforderte und durchgesetzte „Differenzierung“ durch ver-

schiedene Leistungskurse soll verschärft ab Klasse 7 eingeleitet werden, so daß nach Angaben der GEW in den letzten beiden Schuljahren der Sekundarstufe I 70% des Unterrichts nicht mehr im Klassenverband stattfinden. Die Abschlüsse der Sekundarstufe I sollen nur dann anerkannt werden, wenn die Schüler mindestens drei Erweiterungskurse (bisher waren nur Grundkurse verbindlich vorgeschrieben), d.h. Kurse mit höherem „Fachleistungsniveau“ mit Note 3, einen Grundkurs mit Note 2 und alle anderen Fächer im Durchschnitt mit Note 2,7 abschließen. Erreichen sie diesen



Demonstration am 25.5.82 in Essen

Notendurchschnitt nicht, können sie in Zukunft nicht mehr in die weiterführende Sekundarstufe II überwechseln.

Gleichzeitig hat die Landesregierung NRW mit dem Ganztagschul-Erlaß vom 27.3.82 den Lehrstellenzuschlag für Gesamtschulen um ein Drittel auf 20% gekürzt. Beabsichtigt ist, daß nur noch „diejenigen Schüler an vier Nachmittagen betreut werden, deren Erziehungsberechtigte dies aus dringenden Gründen wünschen.“ Auch damit werden die Vorteile, die sich für die Lohnabhängigen durch die Gesamtschule durch Ganztagsunterricht und -betreuung zeigten, weiter beseitigt. Dem Druck der CDU, die die Eltern dazu aufrief, sich zu wehren, „... wenn ihnen die Einrichtung einer Ganztagschule die Möglichkeit nimmt, eine Halbtagschule ... zu wählen“, ist weiter nachgegeben. So wieso ist der Ganztagsunterricht nach Angaben der GEW nur durch Mehrarbeit der Lehrer zu leisten. Denjenigen Lehrern, die sich an den Demonstrationen und Aktionen für die „Erhaltung der Gesamtschule“ beteiligten, wird nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 28.5. mit disziplinarischen Strafen gedroht. So hat der Kölner Regierungspräsident am 29.5. öffentlich die Einleitung einer „Untersuchung“ gegen beamtete Lehrer angekündigt.

Erziehungsgeld der CDU

Die Schuhputzerin oder: wie wirken 400 DM?

Hamburg. Eine schön deutliche Aussage über ihr Frauenbild hat die CDU im Hamburger Wahlkampf gemacht: „Ich putze ihm die Schuhe, bürste ihm die Anzüge aus und lege ihm die Hemden hin – nur seine Krawatte sucht sich Walter selbst aus“, so ließ sich Charlotte Kiep öffentlich hören. Da soll es wohl hingehen.

In ihrem Familienprogramm verspricht die CDU, jeder Frau für drei Jahre monatlich 400 DM zu zahlen, wenn sie in dieser Zeit nach Geburt eines Kindes nicht arbeitet. Frauen, die vorher nicht gearbeitet haben, sollen dies Geld auch erhalten. Ein Geschenk für die Familie? Ein Blick auf die Statistik:

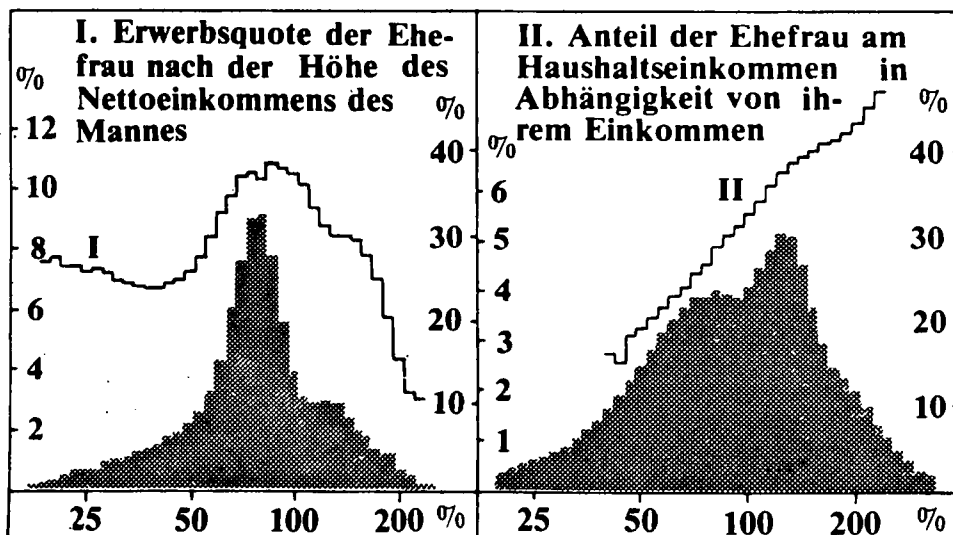
Die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen ist je nach Einkommen des Mannes sehr unterschiedlich. Dies erkennt man am Schaubild I, das Daten aus Hamburg enthält. Die Erwerbstätigkeit ist zunächst bei niedrigem Einkommen des Mannes nahezu 30 Prozent. Sie steigt dann, bis sie beim häufigsten Einkommen des Ehemannes ihren höchsten Stand erreicht. Dann fällt die Erwerbstätigkeit der Frau wieder, bis bei sehr viel Geld die Frau gar nicht mehr arbeitet, sondern andere beauftragt, die für sie und ihren Mann auch noch die Hausarbeit machen. Damit ist deutlich, der CDU-Vorschlag ist ein direktes Geschenk für ihre eigenen

Kreise. Nicht unüberlegt ist der Vorschlag ja auch nicht an vorherige Erwerbstätigkeit der Frau gebunden.

Bei den schlecht verdienenden Teilen, die Kinder haben wollen, wird dies CDU-Geld in vielen Fällen dies erst ermöglichen und stellt insofern eine Verbesserung für sie dar. Die CDU rechnet mit einem Einbruch in diese Teile der arbeitenden Bevölkerung. Hauptsächlich zielt sie aber auf die wirklich berufstätige Frau. 400 DM im Monat ist das durchschnittliche Monatseinkommen (netto) der Ehefrauen in Hamburg, die gelegentlich im Jahr arbeiten. Sie stellen immerhin 26% aller berufstätigen Ehefrauen dar. Die restlichen 74% verdienen netto ca. 1000 DM durchschnittlich monatlich. An der Verteilung im Schaubild II erkennt man aber auch, daß der größere Teil deutlich niedrigere Einkommen hat. Vom durchschnittlichen Einkommen der Frau ist der CDU-Vorschlag 40%. So manche Familie wird sich daher überlegen, ob der Vorschlag für sie nicht attraktiv ist, selbst wenn eine zeitlang Einschränkungen dafür in Kauf genommen werden müssen. Starke Argumente sind die schlechte Kinderversorgung, die Arbeitshetze und die doppelte Belastung der Frau.

Einige Daten zur Kinderversorgung in Hamburg sollen das illustrieren. Für jedes zehnte dreijährige Kind steht ein

Erwerbsquote und Einkommen der Ehefrau in Hamburg



Zu Schaubild I: Unterlegt ist die Einkommensverteilung der Ehemänner. Zu Schaubild II: Unterlegt ist die Einkommensverteilung der Ehefrauen. Auf der rechten Skala ist die Erwerbsquote bzw. Anteil am Einkommen aufgetragen.

Krippenplatz zur Verfügung. Allein 1261 warten auf einen Krippenplatz. Der Versorgungsgrad ist bei den Dreis- bis Sechsjährigen 63,7%. Aber wie wird das verhüllt, wenn man sieht, daß die Versorgung mit Ganztagsplätzen in diesem Alter nur 25,3% beträgt. Hier warten 824 auf einen Platz.

Die Bevorzugung der Reichen in dieser Sparte der Sozialpolitik wird bei einer Betrachtung der Zustände in den verschiedenen Stadtteilen Hamburgs deutlich. So ist der Versorgungsgrad in Wilhelmsburg, einem Arbeiterstadtteil mit vielen Ausländern und einem Bruttodurchschnittslohn von ca. 2200 DM (1977) insgesamt nur 24,7% (Ganztagsplätze 20,1%), während er in Blankenese (Bruttodurchschnittslohn 1977 ca. 3400 DM) 80,9% beträgt, der Ganztagsanteil aber nur 11,7%. Daß die Reichen keine Krippenplätze brauchen, sieht man auch an folgendem: Versorgungsgrad in Wilhelmsburg 11,5%, in Blankenese 1,2%.

Aber der Vorschlag der CDU hat noch eine andere Wirkung. Sie erwartet eine stärkere Unterordnung der Frau unter den Mann, die Schuhputzerin. Am Schaubild II sieht man, daß mit wachsendem Einkommen der Frau auch der Anteil, den sie am Haushaltseinkommen hat, wächst. Beim häufigsten Einkommen der Frau ist er fast 40%. Das stärkt die Stellung gegenüber dem Mann.

Statt des CDU-Vorschlages muß das Kindergeld erhöht, Kinder stärker bei der Steuerentlastung berücksichtigt werden, die niedrigen Lohngruppen beseitigt und für die Kindererziehung eine Lösung gefunden werden.

Werften Belegschaften gegen Fusion

Bremen. 5000 Werftbeschäftigte protestierten am 28.4. bzw. 30.4.82 gegen die geplante Werftenfusion von AG Weser und Bremer Vulkan. Der Bremer Vulkan ist Generalunternehmer für die sechs Fregatten der Bundesmarine, die auf beiden Werften gebaut werden. 3000 Werftarbeiter und -angestellte sollen jetzt entlassen werden. Gleich drei Unternehmensberatungen sind dazu herangezogen worden: Treuarbeit/Hamburg, Kienbaum/Düsseldorf und Knight-Wegenstein/Zürich. In der über eine Millionen Mark teuren Untersuchung heißt es: „Die Hauptzielsetzung ist die Schaffung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und damit die Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse ... die Daten im Weltschiffbau/Schiffsreparatur sollen die Zukunftssicherung ermöglichen“.

Auf der AG Weser sollen ausschließlich die Reparatur, auf dem Bremer Vulkan Neubau und Ausrüstung konzentriert werden.

Um nicht auch noch über die eigenen Entlassungen mitzubestimmen, beschlossen die Betriebsräte beider Werften, aus dem gemeinsamen Arbeitskreis mit Senat und Vulkan-Vorstand auszuscheiden. Bereits im Vorfeld der Untersuchungen hatte der Vulkan-Vorstand über eigene Arbeitsgruppen bekanntgegeben: keine Werfttaxi mehr, der Werftbus soll nur noch zu normalen Zeiten fahren, Schließung einer Werkzeugausgabe im Schiffbau



Bremer Vulkan. Belegschaftsprotest beim Stapellauf der ersten F-122-Fregatte „Niedersachsen“ im Juni 1980.

während der Nachtschicht, Nichtbesetzung des 10t Mobilkrans, Kosten für Lohnpfändungen sollen von den Arbeitern und Angestellten getragen werden, Einführung von Stempeluhren mit Computeranschluß für Angestellte.

Betriebsratsvorsitzender Ziegenfuß von AG Weser griff auf der Protestversammlung die Salomitaktik des Vorstandes an, der in einem „Interessenausgleich“ im Mai 1981 dem Betriebsrat bereits die Zustimmung zu 300 Entlassungen und Verzicht auf übertarifliche Lohnbestandteile abgerungen hatte. Die Betriebsräte beider Werften fordern in einer gemeinsamen Erklärung: keine Rationalisierung um jeden Preis; Arbeit für alle; eine Untersuchung, wie alle jetzt vorhandenen Arbeitsplätze abgesichert werden können; eine schiffbaufremde Fertigung, die nicht in Konkurrenz zu anderen norddeutschen Firmen steht; eine nationale Schiffbau- und Schifffahrtspolitik, bei der die Subventionen in andere Staaten nicht „mehr oder weniger wahllos herumgeworfen werden“. Betriebsratsvorsitzender Ziegenfuß erklärte, als weitere Kampfmittel seien ihm Hungerstreiks und Werftbesetzung vorgeschlagen werden.

Quellenhinweis: Bremer Blatt 5/82, Weser Kurier 19. und 31.4.82.

Hoesch

„Leistungsanreize“ – Teil der Rationalisierung

Dortmund. Nach Angaben der Vorstandssprecher soll die angestrebte Fusion von Hoesch und Krupp bis Ende des Jahres abgewickelt werden. Bis zum 30. Juni müssen und sollen die von der Bundesregierung und der nordrhein-westfälischen Landesregierung erwarteten Subventionen für das Rationalisierungs-Investitionsprogramm (s. Politische Berichte 4/82) bei der Stahlkommission der EG in Brüssel angemeldet werden. Gleichzeitig hat Hoesch für das erste Quartal dieses Jahres erstmals seit Jahren einen „deutlichen Gewinn“ von 20 Mio. DM vermeldet: Ergebnis der Umsetzung des laufenden Rationalisierungskonzepts, durch das die Belegschaft allein seit Anfang 1981 um 4400 auf jetzt 17000 Beschäftigte abgebaut wurde.

Setzen die westdeutschen Stahlmonopole bei der Vernichtungskonkurrenz im Rahmen der EG vor allem auf ihren Produktivitätsvorsprung, so macht eine kürzlich bekanntgewordene vertrauliche Studie des Hoesch-Vorstandes vom November 1981 deutlich, daß weitere Intensivierung der Arbeit ein wesentlicher Zielpunkt des Rationalisierungskonzepts ist.

Eingeführt werden sollen hierzu neue Prämiensysteme und Leistungsanreize. Das in der Studie formulierte Ziel: „Erreichen und Sicherstellen einer optimalen Leistungserbringung der Mitarbeiter und Erzielen eines störungsfreien Produktionsablaufs im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten“. Mit dem Versprechen von Lohnsteigerungen sollen noch vorhandene Erholzeiten beseitigt werden, „ohne dieses Ergebnis ausschließlich dem Einwirken des Vorgesetzten zu überlassen.“ Leistungssteigerungen zwischen 15% und 50% errechnet die Studie.

Die Umsetzung hat bereits begonnen. Am Dressiergerüst im Kaltwalzwerk 2 soll beispielsweise ein „Modell Gruppenarbeit“ durchgeführt werden. Dabei sollen Arbeitsgänge bei nur geringen technischen Änderungen zusammengefaßt werden, so daß von jetzt zehn Arbeitern pro Schicht nur vier bis fünf verbleiben. Deren Tätigkeit soll auf Grundlage der analytischen Arbeitsplatzbewertung um durchschnittlich 10 Punkte höhergestuft werden, das sind ca. 1,60 DM pro Stunde. Was davon zu halten ist, macht eine einfache Rechnung deutlich: Der höhere Verschleiß der verbleibenden Arbeiter würde pro Jahr mit insgesamt 16700 DM mehr bezahlt, auf der Plusseite könnte der Hoesch-Vorstand 250000 DM verbuchen.

Kapitalisten fordern billigere Energie, Erhöhungen für Haushalte geplant

Mannheim. Derzeit üben die örtlichen Großbetriebe erheblichen Druck aus auf die Stadt Mannheim und ihr Energieversorgungsunternehmen MVV (Mannheimer Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH): Industrie- und Handelskammern-Geschäftsführer Scherer fordert auf einer Podiumsdiskussion zum Thema Jugendarbeitslosigkeit drastische Strompreissenkung für Unternehmen, wenn in Bezug auf Erhöhung von Ausbildungsplätzen nur *irgendetwas* laufen soll.

Die BASF – bisher Abnehmer von rund 40% der Gasabgabe der MVV – und zwei weitere Größtabnehmer (insgesamt erhalten die drei rund 50% der Gasabgabe) sollen Pläne verkündet haben, sich von der Lieferung durch die MVV abzukoppeln und ihren Bedarf bei der Saar-Ferngas (im Besitz von Kommunen und den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland) bzw. durch Heizöl zu decken. Der Pharma-Konzern Boehringer Mannheim hält dem OB Varnholt (SPD) die Erhöhung der Strompreise um 21% in Jahresfrist und die „generelle Frage“ vor: „Ist Mannheim industriefreundlich?“ (siehe Kästen)

OB Varnholt verwahrt sich dagegen und verspricht Besserung. „Mit Sorge“ denke man über das Problem nach, billigeren Zukauf von Kernkraftstrom strebe man an, schließlich liege das „eindeutige Schwergewicht seiner Kommunalpolitik in der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Die MVV hat in den vergangenen zwei Jahren seitens ihres Hauptlieferanten Großkraftwerk Mannheim AG

(Eigengesellschaft von baden-württembergischen kommunalen und Landes-EVUs) erhebliche Bezugspreiserhöhungen hinnehmen müssen. Teilweise durch das Sinken der Kohlesubvention des Bundes und durch wirksame scharfe Verteuerungen für den Brennstoffeinsatz des überwiegend mit Steinkohle befeuerten Kraftwerks. Teilweise offensichtlich auch dadurch, daß vorzeitig Abschreibungen für den neuen Block 7 des GKM einberechnet werden, mit dessen zusätzlicher Kapazität ab 1983 die MVV vor allem neue Großabnehmer wie Daimler Benz, Bopp und Reuther und US-Kasernen im Mannheimer Norden beliefern will.

Erstmals stieg somit der Bezugspreis der MVV über den Durchschnitt der größeren EVUs, erstmals stiegen so auch für die Großabnehmer die Preise über den Bundesdurchschnitt. Während jedoch 1979 zum Beispiel bei Gas (Bild 3) die MVV an ihre Sondervertragskunden noch um 20% billiger als der Bundesdurchschnitt lieferte, mußten schon damals die Tarifkunden pro Kubikmeter Gas etwa 40% mehr als der Bundesdurchschnitt bezahlen.

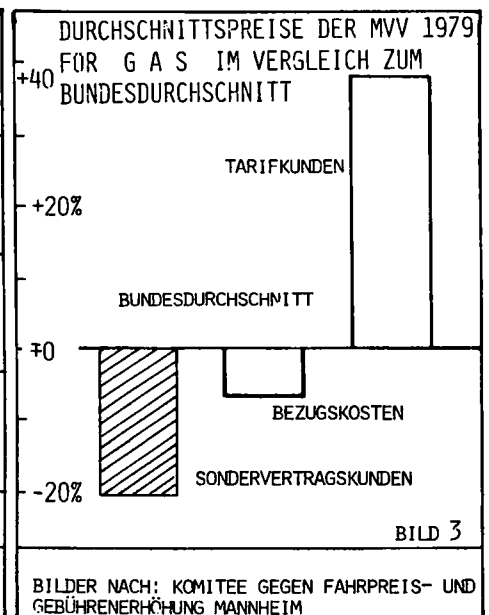
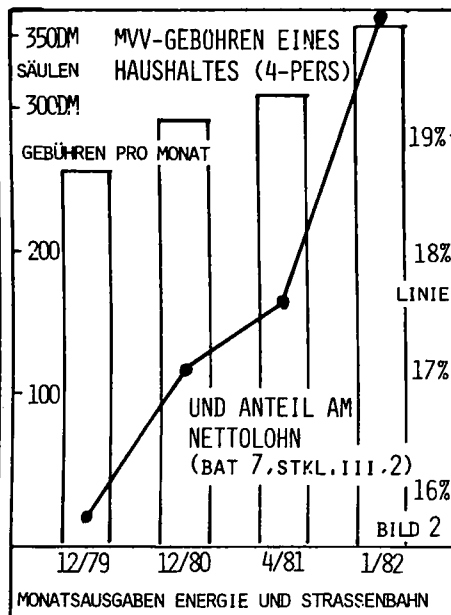
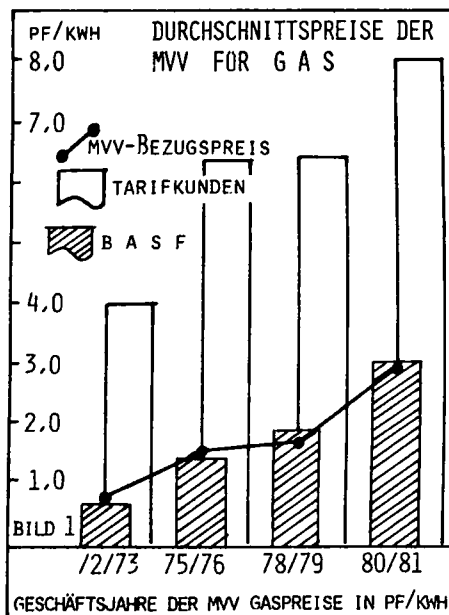
Man kann schon sagen, daß die MVV die Preisdifferenzierung, d.h. die Subventionierung billiger Energie für die Großkonzerne mit überteuerten Tarifen für die Haushalte, wesentlich weiter getrieben hat als sowieso im ganzen Bundesgebiet allgemein üblich. Teilweise ging sie sogar dazu über, den größten Gaskunden zum Beispiel (BASF und Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg PWA) das Gas billiger zu verkaufen, als sie selbst es durch-

schnittlich eingekauft hatte (Bild 1; bis einschließlich 1976/77 gilt dies für die BASF). Fast fünfmal so teuer mußte dafür die gleiche Menge Gas an die Haushalte verkauft werden.

Und um die Lieferung von Billig-Energie an die Großbetriebe aufrecht erhalten zu können, hat die MVV viermal seit Januar 80 für die Haushalte die Tarife erhöht; von ca. 250 DM auf ca. 350 DM im Monat hat sich dadurch die durchschnittliche Monatsausgabe eines Vierpersonenhaushaltes für Energie, Wasser und Straßenbahn erhöht. Und für November 82 hat Varnholt kürzlich die nächste Erhöhung angekündigt.

Zur Gemeinderatssitzung am 25.5.82 haben die Stadträte Ebert (DKP) und Ahrens (GRÜNE) Anträge eingebracht, in denen sie „Vorstand und Aufsichtsrat der MVV auffordern, zu den vom Komitee gegen Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in seiner Informationsbroschüre „Das Versorgungskonzept der MVV – eine Kritik“ erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen“. Nach offensichtlich umfangreicher Debatte innerhalb der Fraktion hat die SPD einen Antrag eingebracht, der „eine Sondersitzung des Gemeinderats zum Thema „Energiepolitik in und für Mannheim“ fordert. Die Anträge von Ebert und Ahrens unterstützte noch FDP-Stadträtin Nikitopoulos. Der SPD-Antrag wurde dann einstimmig verabschiedet.

Wenn auch direkte öffentliche Auseinandersetzung über die Versorgungs- und Gebührenpolitik der MVV einstweilen verschoben ist, wenn auch seitens OB Varnholt und der MVV die kommende Sondersitzung zur Begründung und Propaganda der Tarifierhöhungspläne benutzt werden soll; das Komitee ist seinem Ziel, diese Tarifierhöhungen zu verhindern, damit näher gekommen.



BILDER NACH: KOMITEE GEGEN FAHRPREIS- UND GEBÜHRENERHÖHUNG MANNHEIM

Stellungnahmen zu Energiepreisen

IHK-Rhein-Neckar, Vierjahresbericht 1978: „... war die Kammer bemüht, auf die für die Wirtschaft geltenden Preise für elektrischen Strom einzuwirken, ... damit der geschaffene Preisspielraum zum Wohle der verbrauchenden Industrie in Grenzen bleibt.“ **1982:** „Die Kammer hat mit Erfolg darauf hinwirken können, daß die Strompreise über längere Zeit konstant bleiben. Die Kammer wird auch weiterhin bemüht sein, auf die Energiepreise dämpfend Einfluß zu nehmen.“

Boehringer Mannheim, Werkszeitung Mai 82: „Am Beispiel der Strompreise konnten wir dem Oberbürgermeister die Frage stellen, ob Mannheim wirklich industriefreundlich sei. Liegen doch diese Preise um 11% über dem derzeitigen Bundesdurchschnitt. Aus der Antwort ist klar zu entnehmen, daß man sich bei der Stadtverwaltung dieses Problems bewußt ist. Auch seiner imageschädigenden Wirkung.“

Antwort von OB Varnholt, BM-Werkszeitung, Mai 82: „... Ich hoffe, daß ... wir in Zukunft zu einem Ziel kommen, das es uns ermöglicht, der Mannheimer Industrie, der Mannheimer Wirtschaft bessere Strompreise anzubieten als gegenwärtig. Alle Mannheimer Unternehmen dürfen gewiß sein, daß wir unsere Hilfe nicht versagen, wenn sie gefordert wird.“

Stadträte Ebert (DKP) und Ahrens (GRÜNE), JuSo-Kreisvorstand, Presseerklärung April 82: „Die in der Publikation (des Komitees) enthaltenen Thesen und Informationen sind bestürzend ... Ist der MVV die Berichtigung nicht möglich, so halten wir es für erforderlich, eine grundlegende Änderung der Energieversorgung durch die stadteigene MVV entsprechend ihrem öffentlichen Auftrag zu erzielen ... Wir erklären, daß nach bisherigem Kenntnisstand die ... für den 1.11.82 geplanten MVV-Tarifierhöhungen unsere Unterstützung nicht finden werden.“

Unterschriftensammlung, 211 Teilnehmer der DGB-Kundgebung am 1. Mai 82: „Wir fordern die MVV auf, ... durch Offenlegung ihrer Wirtschaftspläne Stellung zu nehmen ... Wir erklären, daß die für den 1.11.82 geplante erneute Tarifierhöhung von uns abgelehnt wird.“

Hauptschule Ausbildungsniveau wird gesenkt

München. Am 1. April beschloß der bayerische Landtag den CSU-Antrag „Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hauptschule“. Grundlage ist dabei der Gedanke, die Hauptschule gegen die bisherige „Verwissenschaftlichung“ an den Schulen „als eigenständige Schulart aufzuwerten“.

Die bayerischen Kapitalisten im Handwerkstag, der IHK und des Einzelhandels begrüßten, die Hauptschule „praxis- und berufsbezogener zu ge-



stalten“. Sie empfehlen „eine Verstärkung der praxisorientierten Lerninhalte“. All dies ist in den neuen Stundenplänen enthalten.

Entsprechend den Anforderungen der Kapitalisten soll „aufgewertet“ werden. Die Schüler sollen wissen, was arbeiten heißt. Schließlich ist das Ziel, „noch stärker als bisher auf praktische Allgemeinbildung, musische und kreative Fächer sowie auf die Berufsvorbereitung hin zu orientieren“.

„Praktische Allgemeinbildung“ heißt, von vornherein die theoretische Bildung zurückzudrängen. Entsprechend werden nur „Kenntnisse und Einsichten“ vermittelt. So wird Englisch ab der 8. Jahrgangsstufe zum Wahlpflichtfach. D.h. man kann dann z.B. zwischen Englisch und Werken wählen. Die CSU setzt gezielt darauf, daß der Schüler die Qual nicht auf sich nimmt, in überfüllten Klassen/Kursen eine Fremdsprache weiter zu lernen. Gleichzeitig ist vorgesehen, die Zahl der Wahlpflichtfächer (z.B. Haushalts- und Wirtschaftskunde, Maschinenschreiben, technisches Zeichnen und jetzt auch Englisch) durch „Konzen-

trierung auf wesentliche Lerninhalte“ zu reduzieren.

Desweiteren wird das Ausbildungsniveau herabgesetzt, indem „die Zahl der (wöchentlichen) einstündigen Fächer zu verringern“ sei: Das betrifft Geschichte in der 5. und 6. Klasse, Biologie (5.-8.), Erdkunde (7.-9.) Sozialkunde (7.-9.), Erziehungskunde (8. und 9.). Lediglich die Unterrichtszeit für Deutsch und Mathematik wird ausgedehnt (bei gleichen Lerninhalten), um „intensive Einübung und Sicherung des Wissensstoffes“ zu erzwingen.

Für die Vorbereitung auf die Arbeit soll das Fach Arbeitslehre „den konkreten Bezug zur Arbeitswelt verstärken und ausbauen“. Die Kapitalisten sind daran interessiert, zumal das Fach Werken mehr „Zeit für das praktische Tun“ geben soll. Dabei wird eine „intensive, manuelle Auseinandersetzung mit wesentlichen Materialien und grundlegenden Arbeitstechniken“ eingeübt.

Der bayerische Elternverband, der Lehrer- und Lehrerinnen-Verband und die GEW wenden sich gegen die Abwahlmöglichkeiten des Englischunterrichts und fordern eine Ausbildung (mit 10. Schuljahr), die die Schüler auf eine weiterführende Schule sowie auf die Berufswelt gründlich vorbereitet. Der CSU geht es darum, die Schüler zu Einstellungen zu bringen, „die sie zur Übernahme von Aufgaben in Familie, Gemeinschaft und Staat befähigen“. Dazu soll die „praktische Ausbildung“ den Schülern Arbeitstugenden wie „Fleiß, Verantwortungsgefühl, Ordnung und Disziplin“ anerkennen.

Studentenprozesse Strafantrag für T. Brückner gestellt

Heidelberg. Am 24.5.82 hat die Staatsanwaltschaft Heidelberg vor dem Landgericht gegen Tobias Brückner eine Strafe von einem Jahr und fünf Monaten ohne Bewährung gefordert. An Einzelstrafen wurden 31 Monate (zwei Jahre sieben Monate) gefordert. Davon entfielen allein 15 Monate auf „Taten“, die im Zusammenhang mit studentischem Protest gegen zwei Polizeieinsätze in der Mensa begangen sein sollen. Die Polizei kam, um Wandzeitungen auf Veranlassung des Studentenwerks abzuhängen. Weitere zwölf Monate wurden für sechs „Hausfriedensbrüche“ beantragt. T. Brückner hatte sechsmal die Universität betreten, als er vom Studium ausgeschlossen war. Für jede Betretung (etwas anderes wird nicht vorgeworfen) verlangt der Staatsanwalt zwei Monate ohne Bewährung.

In seinem Plädoyer bezeichnete der Staatsanwalt Johe den Strafantrag als „äußerst milde“ und „das niedrigste, was ich mit meinem Gewissen noch vereinbaren kann“. Die Ruhe an der Universität sei nur durch eine konsequente Strafverfolgung erreicht worden. „Wenn wir jetzt die Zügel locker lassen, gibt es wieder Unruhe.“ Die Verteidigung beantragte Freispruch. Ein Urteil wird am 2.6.1982 verkündet.

Unterdessen ist im Landtag von Baden-Württemberg der Amnestieantrag für alle verurteilten Studenten, den die SPD gestellt hat, verhandelt worden. Dieser Antrag fordert Straferlaß für alle Strafen (bis auf Landfriedensbruch), die zwischen dem 1.1.75 und dem 31.12.80 verhängt wurden „im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um Ausbildungsbedingungen oder die Bildung von studentischen Interessenvertretungen von Angehörigen baden-württembergischer Hochschulen“. Die CDU ist dagegen. Der Justizminister räumte allerdings ein, daß möglicherweise in Heidelberg eine besondere Situation herrsche. Der Antrag ist nun an den Rechtsausschuß verwiesen, wo er nicht vor September verhandelt wird. Danach wird er zur endgültigen Beschlußfassung erneut im Landtag behandelt. Die verbleibende Zeit sollte genutzt werden, um in weiteren Stellungnahmen an die Fraktionen des Landtags und den Rechtsausschuß die Amnestie zu unterstützen.

Während der Antrag im Plenum behandelt wurde, haben Vertreter von ASten aus Baden-Württemberg dem Justizminister ca. 6000 Unterschriften übergeben, die an den Hochschulen für die Amnestie gesammelt wurden. Die Heidelberger Fachschaften haben inzwischen eine Dokumentation über die Heidelberger Studentenprozesse erstellt. Sie kostet zwei DM pro Exemplar und kann über folgende Adresse bezogen werden: Sabine Koch, Brunnengasse 20-24, 6900 Heidelberg.

Bayernvertrag „Zwang ist Gift im Gesundheitswesen“

München. Pressekonferenz, 6.5.82: Die bayerische Wirtschaft wird 1982 „rd. 590 Mio. DM weniger für die gleich gute und umfassende Krankenversicherung“ aufbringen als das übrige Bundesgebiet (Sitzmann, Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern). Der durchschnittliche Krankenstand wurde in 3 Jahren von 5,43 auf 4,58 % gesenkt, 8,33% unter den Bundesdurchschnitt. Damit hat sich der „Bayernvertrag“ im „Spannungsfeld zwischen Zwang und Freiheit“, das die Kostendämpfung im Gesund-

heitswesen „beherrscht“, bewährt, behauptet Pirkel, Sozialminister.

Einig waren sich die bürgerlichen Parteien, daß die Versicherungskassen wieder „Kapitalgeber“ werden müssen. Das Spannungsfeld entstand dadurch, daß Minister Ehrenberg die Steigerungsrate für die Kosten nur kurzfristig mit seinem „staatlichen Dirigismus“ (Pirkel) senken konnte. (Z.B. Arzneimittelkosten, OKK in Bayern, 1976: +10,14, 1977: +1,09, 1978: +7,88)



Die Kosten im Gesundheitswesen steigen nicht wegen „Sozialstaatsmentalität“, sondern der Verschleiß wächst durch kapitalistisches Wirtschaften.

1979 wird daraufhin in Bayern eine „freiheitliche Alternative“ (Pirkel) ins Feld geführt: Eigenverantwortung der Beteiligten, verantwortungsbewußte Nutzung des Gestaltungsspielraums und das marktwirtschaftliche Element. In aller Freiheit und unter Übernahme der Maßnahmen Ehrenbergs verpflichtet sich die Kassenärztliche Vereinigung, eine Kostensteigerung von 10% nicht zu überschreiten. Soweit ihr das gelingt, erhält sie dafür Einkommensgarantien. Gleichzeitig wird über Presse und Wartezimmeranhänge erheblicher Druck auf die Versicherten ausgeübt, die Eigenverantwortung zu fördern, „Sozialstaatsmentalität“ aufzugeben.

Dafür kann jetzt der Landesverband bekanntgeben, daß 1982 die OKK-Beiträge in Bayern nicht erhöht werden, „weil offenbar wieder Maßhalten und Mäßigung in die Krankenversicherung eingebracht wurden“ (Sitzmann). Da die Reallöhne sinken und die Arbeiterbewegung in den anderen Bundesländern mit Beitragserhöhung rechnen muß, erhofft sich die politische Reaktion bundesweite Wirkung der „Philosophie des Bayernvertrages“. Es geht darum, so Pirkel, seine „ordnungspolitische Grundrichtung“ durchzusetzen und „noch mehr als bisher im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern“.

„Existenzgründungen“

Videocolor in die Türkei?

Ulm. Mitte Mai intervenierte das baden-württembergische Wirtschaftsministerium bei Thomson-Brandt in Paris, die Frist für die Mindestanzahlungssumme von 7,5 Mio. DM für den Kauf der Videocolor-Anlage auf 30.5.82 zu verlängern. Von den arbeitslosen türkischen Arbeitern soll dieser Betrag über Anteile von je 20000 DM aufgebracht werden zur Verlagerung der Farbbildröhrenproduktion in „Arbeitnehmerhand“ in die Türkei. Niedrigere Anzahlungen sind möglich, der Rest soll per Lastschriftverfahren eingezogen werden. Inzwischen sind ca. 1 Mio. DM auf dem Treuhänderkonto.

In der Türkei werde das Ganze als „Musterprojekt“ von höchster Regierungsebene gefördert. Als Initiator und Käufer tritt die Firma Ugurgül auf, eine der beiden Schwarz-weiß-Röhrenhersteller in der Türkei, die 51% halten will.

Nachdem im Februar 82 eine finanzielle Hilfe für den Erhalt von Videocolor (1600 Beschäftigte) von der Landesregierung abgelehnt wurde, da angesichts der Überkapazität auf dem europäischen Farbbildröhrenmarkt diese Produktion keine Zukunft mehr habe, wird jetzt sogar eine Zwischenfinanzierung des Vorhabens erwogen. Die Landeskreditbank war am 12.5. an Gesprächen beteiligt. Späth sieht eine Chance, die Türken loszuwerden – bei den Informationsveranstaltungen wird stark an das Heimatgefühl appelliert – und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Ulm hat seit der Videocolor-Schließung eine Arbeitslosenrate von über 6%. So findet Staatssekretär Ludwig (CDU-MdL, Uln.) im Gegensatz zur IGM Ulm ermutigende und bestärkende Worte. Zugleich ist aber weder die Lizenzvergabe, die Absatzlage noch der Technologietransfer des hochkomplizierten Verfahrens geklärt, noch, wann in der Türkei das Farbfernsehsystem eingeführt wird.

„Beratend und überwachend“ ist außerdem das Centrum für Internationale Migration und Entwicklung, speziell deren Fachbereich für das „Programm rückkehrbezogener Existenzgründungen in der Türkei“, tätig, eine Arbeitsgemeinschaft der Bundesanstalt für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für Technologische Zusammenarbeit (GTZ), die im Dienst des Entwicklungshilfeministeriums Investitionsprogramme in die jetzt durch blutige Unterdrückung investitionsicher gemachte Türkei fördert. Mit 1,2 Mio. DM wurden bereits 222 solcher „Arbeitnehmerprojekte“ unterstützt.

Ausländische Arbeiter in Hamburg

„Die Frau arbeitet in der Fischfabrik. Sie kriegt 800 DM netto. Sie arbeitet auch jeden zweiten Sonnabend“

Wir drucken im folgenden Auszüge aus Interviews mit drei türkischen Arbeitern ab, die auf dem Bau (A), im Hafen (B) und bei den Hamburger Aluminiumwerken (C) beschäftigt sind, in denen sie über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen berichten.

Seit wann seid Ihr in der BRD?

A: Ich komme aus Kurdistan und bin seit 1972 hier.

B: Seit 1973.

C: Im Jahre 1972 bin ich als Arbeiter nach Deutschland gekommen.

Was waren die Gründe dafür, daß Ihr in die BRD gekommen seid?

A: Aus Furcht vor Militärgerichten. Damals haben wir in unserem Dorf die Kämpfe der Studenten und Arbeiter unterstützt. Eines Tages ist in unserem Dorf ein Spion getötet worden, und ich geriet mit drei anderen in Verdacht, wir sollten vor ein Militärgericht in Diyarbakir. Daraufhin bin ich nach Deutschland als Tourist gekommen und habe ohne Steuerkarte auf dem Bau gearbeitet.

B: Meine Mutter war schon früher gekommen, 1969. Ich war mit der Berufsschule fertig – Tischlerei. Und dann bin ich gekommen. Mein Bruder ist auch gekommen, 1975. Mein Vater war vor 1969 gestorben.

C: Wie bereits heute hatte die faschistische Militärjunta gewaltsam die Macht ergriffen. Man kann annehmen, daß ich aus ökonomischen und politischen Gründen in die BRD gekommen bin.

Als was habt Ihr seither gearbeitet, wie waren (und sind) die Arbeitsbedingungen, wieviel verdient Ihr?

A: 1974 konnten auch als Tourist eingereiste Ausländer eine Arbeitserlaubnis erhalten, die ich für die Baufirma, bei der ich vorher schwarz arbeiten mußte, auch erhielt. Nach einem Monat kündigte ich wegen geringem Lohn und erhielt eine neue Arbeitserlaubnis für ein Linoleumwerk in Stuttgart. 1977 bin ich nach Hamburg gekommen ... Seither bin ich dreimal arbeitslos gewesen. Zur Zeit arbeite ich zwei bis vier Stunden täglich auf Steuerkarte, manchmal zusätzlich bei derselben Firma schwarz. Eine ordentliche Arbeit kann ich im Moment nicht finden.

B: Zuerst war ich auf der Handelsschule, dann habe ich in einer Autowerkstatt eine Lehre gemacht. Vertrag für drei Jahre. Aber ich habe nur 250 bis 300 DM bekommen im Monat. Dann habe ich gekündigt, nach einem Jahr.

1976 habe ich in der Fischfabrik gearbeitet – in Altona. 2 Jahre. 900 bis 1000 Mark netto. Dann habe ich in der Türkei Urlaub gemacht. Geheiratet. Zurückgekommen mit der Frau. Dann war das Geld zu wenig. Ich habe gekündigt. Ich war drei Monate arbeitslos. 750 bis 800 DM Arbeitslosengeld. Danach habe ich im Hafen angefangen. Ich verdiene jetzt ungefähr 1900 Mark netto. Ich mache ungefähr zwei Doppelschichten im Monat. Die Frau arbeitet in der Fischfabrik. Sie kriegt 800 Mark netto. Sie arbeitet auch jeden zweiten Sonnabend.

C: Zuerst bin ich nach Hamburg gekommen. Ich habe zwischen 1972 und 1977 bei MAN gearbeitet. ... Seit Anfang 1977 arbeite ich bei HAW.

Leben Eure Familien auch in der BRD? Wie groß sind sie, wie viele von ihnen arbeiten mit?

A: Meine Eltern und Geschwister sind verstreut in Kurdistan und der Türkei;

1979 bei meinem letzten Besuch in der Türkei habe ich meine Frau das letzte Mal gesehen.

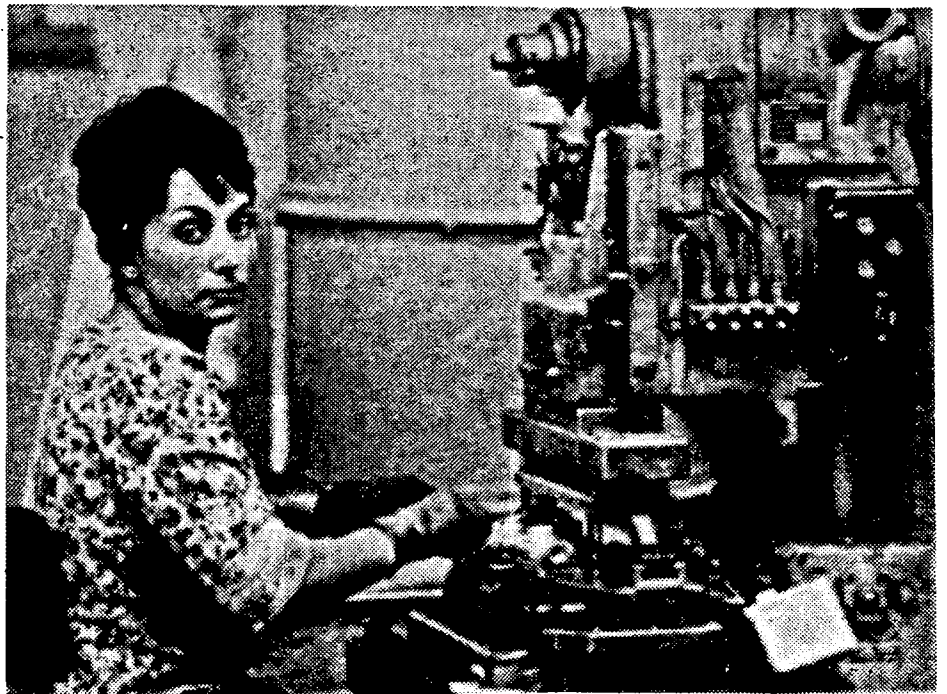
C: Seit 1975 lebt meine Familie auch in Hamburg. Ich habe einen Sohn und zwei Töchter, wir sind zusammen fünf. In meiner Familie arbeite ich allein. Meine Frau arbeitet nicht. Netto erhalte ich 1800 Mark. Mit dem Geld können wir nicht auskommen. Sparen können wir schon gar nichts.

B: Ich habe drei Kinder. Sie sind jetzt alle in der Türkei. Bis 1981 waren alle hier. Zwei waren hier geboren. Aber meine Frau hat jetzt keine Zeit, um auf die Kinder aufzupassen. Die Wohnung ist auch zu klein.

C: Ihr werdet euch jetzt vielleicht wundern. Meine Wohnung ist 40 m² groß. Wir leben mit allen fünf Personen dort, im Zentrum Europas und mitten in der BRD!

Hast Du einen §5-Schein?

C: Ja, aber was nützt das? Dieser



eine Schwester sitzt in Diyarbakir im Gefängnis, niemand darf zu ihr. 1979 wollte meine Frau nach Deutschland nachkommen. Dazu benötigte ich Arbeitserlaubnis, Verdienstbescheinigung und Mietvertrag. Damals hatte ich gerade keine Arbeitserlaubnis, und meine Frau durfte nicht nachreisen. Seit 1980 sind die Bedingungen noch schwieriger, weil Visumzwang besteht zusätzlich ... Dafür müßte meine Frau extra nach Ankara fahren zur deutschen Botschaft, was teuer und unsicher ist.

Schein ist ein Witz. Du kannst ihn in ein mit Wasser gefülltes Glas reinton und als Medikament trinken.

Wollt Ihr eine größere Wohnung haben? Welche Erfahrungen habt Ihr mit dem Wohnungsamt?

B: Ich suche eine große Wohnung, und dann hole ich die Kinder wieder her.

C: Für uns Türken ist das Wohnungsproblem sehr groß. Natürlich will ich eine große Wohnung. So eine Möglichkeit hatten wir auch in der Türkei

nicht. Eine größere Wohnung wird vor allem unseren Kindern nützen. Ich habe viel Erfahrungen mit dem Wohnungsamt. Sie haben mir gesagt: Warum haben Sie nicht weniger Kinder? Haben Sie denn in der Türkei eine größere Wohnung gehabt? So wird man dort unterdrückt und diskriminiert.

Möchtet Ihr gerne in die Türkei zurück?

A: Das geht erst nach Beseitigung der Militärdiktatur in der Türkei. Es gibt viele Spione. Die wissen auch, daß meine Schwester verhaftet ist. Ich würde auch verhaftet werden.

C: Das ist die wichtigste Frage. Ich möchte sie etwas ausführlicher beantworten. Die Militärjunta hat für die Völker der Türkei außer Preiserhöhungen, Grausamkeit, Folter und Massaker nichts gebracht. Wer für die Rechte der Menschen eintritt, wird ermordet. Die politische Organisation wird vernichtet. Wie kann ich in ein solches Land zurückkehren, wo 170000 politische Gefangene sind, politische Parteien und Gewerkschaften verboten sind? Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre müssen in der Türkei eine Front bilden und tatsächliche Demokratie schaffen. Erst dann kann ich in die Türkei, meine Heimat, zurück.

B: Ich habe Probleme, weil ich noch nicht beim Militär gewesen bin. Normalerweise will ich bleiben bis 1986. Aber dann muß ich 20000 DM bezahlen (als Ablösesumme für den Militärdienst, Red.) und muß nur zwei Monate hin, wenn ich bezahle. Ich versuche zu sparen, aber wenn ich es nicht schaffe, muß ich hin. Dann nehme ich meine Frau mit in die Türkei; wenn ich es nicht schaffe, dann bleibe ich auch in der Türkei.

Wie willst Du denn so viel Geld sparen?

B: Ich weiß auch nicht. Bis 1980 kostete es auch nur 10500 Mark. Aber jetzt ist es das Doppelte.



Gewerkschaften und Initiativen gegen arbeiterfeindliche Ausländerpolitik

Gewerkschaftstag der ÖTV 1980, Antrag 262, Bezirkskonferenz Hessen; Integration ausländischer Arbeitnehmer:

„... der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, beim Gesetzgeber hinzuwirken, daß die Erteilung der Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige entsprechend der früher geltenden Regelung des ‚abgeleiteten Rechtsanspruchs‘ unabhängig von der Lage der Entwicklung des Arbeitsmarktes gewährleistet wird ... Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kriterien in den Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz zu streichen, die bisher zur Erlangung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und der Aufenthaltsberechtigung herangezogen werden ...“

Der Bezirk Berlin der ÖTV verurteilt ausdrücklich den für die Stadt verfügbten Ausländererlaß. Innensenator Lummer wird aufgefordert, den Erlaß zurückzunehmen.

„... sollte er gültig werden, wird der Ausländerfeindlichkeit Vorschub geleistet. Der Erlaß beraubt die ausländischen Mitbürger vor allem des Menschenrechts auf Schutz von Ehe und Familie ... Viele Ausländer können in die Illegalität getrieben werden. Der Erlaß zeigt, daß es dem CDU-Senat nicht um Integration geht, sondern darum, die Zahl der ausländischen Mitbürger um jeden Preis zu verringern. Damit läßt sich aber das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen ...“

Gegen die Verschärfung der Ausländergesetze unterschrieben 50 Hamburger Organisationen und Initiativen im Dezember 1981 einen Protestbrief an Innensenator Pawelczyk:

„... Menschen, die vor Verfolgung oder Bürgerkrieg aus ihren Heimatländern fliehen mußten, sollen nun durch ‚Minderung der Attraktivität‘ und ‚Sonderbehandlung‘ davon abgeschreckt werden, hier ihr Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen und zur ‚freiwilligen Rückkehr‘ bewogen werden ... Wir werden jede Form der Sonderbehandlung und Diskriminierung von Ausländern mit

allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen und fordern die Rücknahme dieser Beschlüsse ...“

Das im September 1981 von türkischen und kurdischen Flüchtlingen gegründete Komitee Asylsuchender schreibt in einem Flugblatt:



„... Die meisten unserer Heimatländer werden mehr oder weniger offen vom Imperialismus – von den westlichen Industrieländern – ausgebeutet, die Wirtschaft wird häufig unterentwickelt gehalten, um die Abhängigkeit aufrechtzuerhalten. Für die Ausbeutung in unseren Ländern sind immer blutigere Terrorregimes nötig, die die Menschen zwingen, für Löhne zu arbeiten, die noch nicht einmal zum Überleben ausreichen ...“

Seit ca. neun Monaten arbeiten mehrere Rechtsanwälte und Sozialarbeiter, Lehrer und Erzieher, die in Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge arbeiten, zusammen. In ihrer im Januar erschienenen Broschüre fordern sie gegen die Verschärfung der Ausländergesetze:

Aufhebung des Arbeitsverbotes! Verbot der Zwangsarbeit für Asylbewerber! Kindergeld – auch während des Asylverfahrens! Verbot der räumlichen Beschränkung des Aufenthaltes! Keine Sondergesetzgebung bei der Leistung von Sozialhilfe! Keine Sammellager! Kostenlose Sprachkurse für alle Flüchtlinge!

Die Zuzugsbewegung der Ausländer nach Hamburg verlief fast identisch mit den Wirtschaftszyklen des westdeutschen Imperialismus: Nach der 66/67er Krise erreicht sie ihren ersten Höhepunkt. 1973, ein Jahr vor der nächsten Krise und dem Anwerbestopp, ihren zweiten. 1975 steigt in Hamburg die Arbeitslosenquote auf 3,7% – die Zuzüge nehmen rapide ab. Zusätzlich verlassen in den Jahren 1974 bis 1976 etwa ein Drittel aller Italiener, Griechen und Portugiesen Hamburg. In Griechenland und Portugal haben die Völker die faschistischen Regimes gestürzt! Die Kapitalisten im Hafen, der Chemieindustrie und des Gaststättengewerbes beklagen akuten Arbeitskräftemangel. Ab 1978 – die Arbeitslosenquote ist auf 4,3% gestiegen – ziehen wieder mehr Türken nach Hamburg als zurück in die Türkei. Das IWF-Konzept zur Erdrosselung der türkischen Wirtschaft beginnt zu wirken, der Putsch wird durch faschistischen Terror vorbereitet. 1980 Militärputsch und Verschärfung der Ausländergesetze in der BRD zur Schaffung eines völlig entrechteten und verängstigten Teiles der Arbeiterklasse.

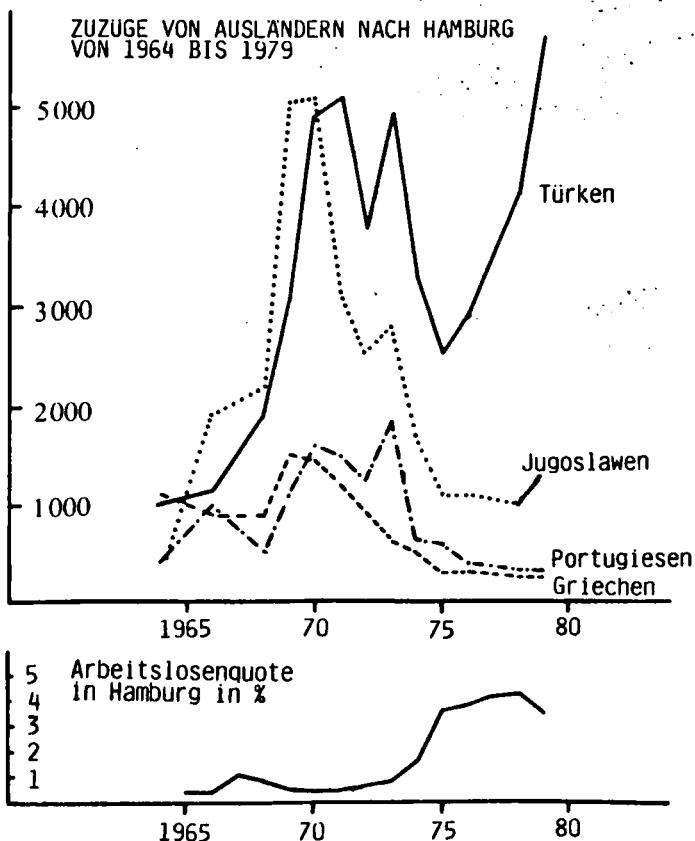
Anteil der Ausländer an den Branchen in Hamburg am 31.3.1981

Eisen-, Metallerzeugung, Gießerei	39%
Gaststätten und Beherbergungsgewerbe	29%
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	31%
Eisenbahnen	21%
Reinigung, Körperpflege	17%
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	16%

Die Ausländer stellen 8,4% aller Arbeitnehmer in Hamburg. Die Branchen, in denen sie hauptsächlich arbeiten, sind gekennzeichnet durch Schicht- und Nachtarbeit, Akkord und Überstunden, gesundheitszerstörende Umweltbedingungen,

schwere körperliche Arbeit und vor allem – niedrige Löhne. Hier wollen die Kapitalisten ansetzen zur Schaffung einer Niedriglohnzone.

Quellenhinweis: Statistische Jahrbücher Hamburg; Statistische Berichte, Erwerbstätigkeit in Hamburg.



Anteil der ausländischen Schüler an allgemeinbildenden Schulformen

Schulformen	1975	1977	1979	1981
	(in Prozent)			
Grundschulen	5,9	7,5	12,8	18,4
Hauptschulen			11,2	18,4
Realschulen	1,8	2,2	2,8	4,2
Gesamtschulen	2,7	3,1	3,7	7,1
Gymnasien	1,9	2,1	2,2	2,8
Sonderschulen	3,0	5,6	8,6	12,0
Berufliche Schulen	3,2	3,6	3,6	6,0

Verteilung ausländischer und deutscher Schüler in den allgemeinbildenden Schulformen (Vergleich 1974 bis 1981)

Schulformen	Deutsche in %		Ausländer in %	
	1974	1981	1974	1981
Grundschulen	45,1	18,5	64,6	40,7
Hauptschulen		10,2		22,3
Realschulen	9,4	10,5	4,1	4,5
Gesamtschulen	4,9	6,2	3,3	4,6
Gymnasien	19,1	25,2	9,1	7,2
Sonderschulen	3,5	2,9	2,0	4,0
Berufliche Schulen	18,0	26,5	16,9	16,7

Hauptschulabsolventen ohne Abschluß (in %)

Jahr	Deutsche u. Ausl.	Ausländer
1974	18,8	54,6
1975	15,8	58,8
1976	17,8	58,0
1977	17,8	56,5
1978	16,8	52,8
1979	17,7	59,4
1980	17,8	53,4
1981	17,0	51,7

Berufsschüler ohne Lehrvertrag (1. – 4. Ausbildungsjahr) Stand: September 1979

Land	in %
BRD	8
Griechenland	37
Italien	42
Jugoslawien	29
Portugal	57
Spanien	17
Türkei	76
Sonst. Ausl.	19
Ausl. gesamt	56

Von 1974 bis 1982 hat sich die Zahl der ausländischen Schüler in Hamburg fast verdreifacht; sie stieg von 9060 auf 25340. In diesem Zeitraum sind die Auszubildenden nicht verbessert worden. Im Gegenteil: Während mehr deutsche Schüler bessere Schulabschlüsse machen, bleibt den ausländischen Schülern vor allem das „Volksschulwesen“ vorbehalten.

Im beruflichen Schulwesen ist eine ständig steigende De-

qualifizierung feststellbar: Der verstärkten Beschulung über Werkklassen und BGJ steht eine seltener werdende Facharbeiterausbildung gegenüber. Somit werden die ausländischen Jugendlichen als erste zum Spielball kapitalistischer Arbeitsmarktgesetze. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren stieg von September 1975 bis September 1981 von 3,8% auf 8,9%. Besonders kraß erhöhte sich die Quote bei den ausländischen Jugendlichen. Sie stieg im gleichen Zeitraum von 5,8% auf 19,6%.

Verteilung ausländischer Schüler auf berufliche Schulen

Schulformen	1974	1976	1978	1979	1980
	(in Prozent)				
Berufsschulen	78,8	69,8	62,9	68,0	71,4
BGJ u. Werkklassen	2,5	8,7	14,2	15,3	16,1
Berufsaufbauschulen	3,7	1,6	1,3	0,6	0,3
Berufsfachschulen	15,0	19,9	21,6	16,1	12,2

Quellenhinweis: Statistische Taschenbücher und Jahrbücher, versch. Jahrgänge; Bürgerschaftsdrucksache 9/4149 v. 28.1.82; Berichte und Dokumente des Hamburger Senats, Nr. 676 v. 19.5.82; Statistische Berichte, Reihe B III; Bürgerschaftsdrucksache 9/2049 v. 26.3.80; eigene Berechnungen; Arbeitsmarktlageberichte.

Entscheidung über Stahlquoten vertagt

Erneut haben die EG-Wirtschaftsminister die Entscheidung über die Fortführung der Quotenregelung für die Stahlproduktion, die Ende Juni ausläuft, vertagt. Mit allen Mitteln kämpfen die BRD-Monopole um Ausweitung ihrer Marktanteile. Gegenüber den Forderungen der italienischen Stahlindustrie, die im letzten Jahr über 3 Mrd. DM Verluste machte, die Quoten für Italien zu erhöhen, erklärte BRD-Wirtschaftsminister Lambsdorff, ohne allseitige Opfer käme keiner aus der Stahlkrise heraus. Die BRD-Monopole strengten unterdessen eine erneute Klage gegen italienische Betonstahlproduzenten an. Sie klagen gegen angebliche Dumpingpreise, obwohl für Betonstahl keine Festpreise in der EG vereinbart worden sind. – Der belgische Stahlkonzern Cockerill-Sambre hat den Forderungen der EG-Kommission entsprochen und den Gewerkschaften in Belgien einen Sanierungsplan vorgelegt, der die geforderte Senkung der Stahlproduktion auf 6,1 Mio. t jährlich vorsieht. Gegenüber den Gewerk-

Südkorea: Regime feiert seinen Terror

Mit einer großen Propagandaaktion bekräftigte die Militärdiktatur unter Chun Doo Hwang (Bild) ihre blutige Herrschaft: In der Provinzhauptstadt Kwangju hielt sie Ende Mai eine Massenveranstaltung ab und ließ mit Ansprachen zur „nationalen Einheit“ der Niederschlagung des Aufstandes vor zwei Jahren gedenken. Im Mai 1980 hatten landesweite Protestaktionen gegen die Verhängung des Kriegsrechtes stattgefunden, neun Tage hielten die Aufständischen die 800000-Einwohner-Stadt Kwangju besetzt. Bei



der Rückeroberung der Stadt ermordete das Militärregime 2000 Menschen. 1981 hat die US-Regierung unter Reagan Südkorea als US-Eckpfeiler in Südostasien erneut bestätigt, weitere Aufrüstung und die

US-Truppenstationierung garantiert. Die US-Imperialisten sichern mit ihren Truppen die Abtrennung Südkoreas von Nordkorea. Der Widerstand in Südkorea richtet sich insbesondere gegen die US-Imperialisten. Am 18. März wurde ein Anschlag gegen das amerikanische Kulturzentrum in Pusan verübt. Als das Regime daraufhin Mitglieder der katholischen Kirche verhaften ließ, forderte die „Koreanische Christliche Aktionsorganisation“ die Ausweisung des US-Botschafters und des US-Oberbefehlshabers. 10000 organisierten am 26.4. eine Kundgebung gegen den „Faschisten Chun“.

schaften erklärte der Konzern, die Produktionssenkung könne nur erreicht werden, wenn bis zum 1. Juli 86 insgesamt 8900 Arbeiter entlassen werden.

Gewerkschaftsverbot aufgehoben

Das seit 22 Monaten verhängte Verbot von Gewerkschaften und politischen Parteien mußte das Militärregime in Bolivien am 26. Mai aufheben. Die

illegale Gewerkschaft COB hatte in zwei Generalstreiks am 29. März bis 1. April und am 14.4. die Forderungen nach Aufhebung des Organisations- und Streikverbots, nach Freilassung verhafteter Gewerkschafter und Rücktritt der Militärjunta erhoben. Die Junta mußte ebenfalls eine Amnestie für politische Gefangene erlassen. Der COB verlangt die Bildung einer nationalen Übergangsregierung und allgemeine Wahlen.

OPEC hält Produktionsquoten aufrecht

Das 64. Treffen der OPEC-Ministerkonferenz beschloß, die Beschränkung der Ölproduktion ihrer Länder bei 17,5 Mio. Barrel aufrechtzuerhalten und auch die Quoten der einzelnen Länder so zu belassen, wie sie im März beschlossen waren. Darüber hinaus beschloß die Konferenz, besondere Mittel aus der OPEC-Entwicklungsbank für Nigeria und Ecuador freizugeben. Die Ölkonzerne hatten versucht, durch Erpressung dieser beiden Staaten die OPEC zu spalten und den OPEC-Preis zu drücken. Sie stellten z.T. die Ölförderung in beiden Ländern ein und erreichten so einen akuten Devisenmangel. Nigeria verhängte daraufhin eine Importsperr für nahezu alle Waren aus imperialistischen Ländern und ließ sich nicht zum Preisbruch erpressen. Verstärkte Anstrengungen wollen die OPEC-Länder unternehmen, um Mexiko als Mitglied zu gewinnen.

Proteststreiks in Westaustralien

Die australischen Gewerkschaften führen Streiks durch, weil zwei Gewerkschaftsführer zu Haft verurteilt worden sind. Die Gewerkschafter hatten sich geweigert, eine Geldstrafe zu zahlen, die verhängt wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Gewerkschafter hatten sich im Frühjahr dieses Jahres gegen die Versuche der Polizei gewehrt, Streikbrechern den Weg zu bahnen.

Kampuchea: Fiasko für Vietnam

Mit der Aufstockung seiner Besatzungstruppen um 10000 Soldaten und der Einleitung großangelegter Ausrottungsfeldzüge hatte Vietnam in der Trockenzeit vom letzten Herbst bis zu diesem Frühjahr versucht, gegen die Truppen des Demokratischen Kampuchea wieder die Initiative zu gewinnen und die befreiten Gebiete weitgehend zurückzu-

erobern. Nach anfänglichen Erfolgen endeten die vietnamesischen Operationen mit einem Fiasko, wie in einem von Radio Demokratisches Kampuchea ausgestrahlten Kommuniqué des Hauptquartiers der kampucheanischen Nationalarmee vom 8.5. festgestellt wurde. Auf den ost- und zentralkampucheanischen Kampfschauplätzen waren die vietna-

mesischen Truppen viel schwächer und ihre Operationen viel kleiner als in der letzten Trockenzeit. In Westkampuchea dagegen, wo das Demokratische Kampuchea seine stärksten Bastionen hat, hatte Vietnam große Verbände für vier Ausrottungsfeldzüge konzentriert. Indem sie den Feind ins Leere laufen ließen und sich in Guerillatruppen teilten, konnten die Truppen der kampucheanischen Nationalarmee ihre Stärke erhalten und dem Feind empfindliche Schläge versetzen: Sie überrannten 186 vietnamesische Befestigungen, überfielen 40 vietnamesische Konvois und unterbrachen strategisch wichtige Bahn- und Straßenverbindungen. Alle zu Anfang der vietnamesischen Offensive verlorengegangenen Städte und Dörfer und weitere 17 Städte und 317 Dörfer sind wieder befreit. Nach unvollständigen Angaben desertierten 2560 vietnamesische Soldaten. Von den Marionettentruppen desertierten 3270 Soldaten, und 477 gingen zur kampucheanischen Nationalarmee über.



Kapitalisten wollen Tarifrechte der Gewerkschaften beseitigen

Seit Jahresbeginn sind in den wichtigsten Industriezweigen die gewöhnlich dreijährigen Tarifverträge ausgelaufen. Anfang April haben u.a. die Metall- und Textilarbeiter auf Delegiertenkonferenzen ihre Tarifforderungen beschlossen. Aber verhandelt wird immer noch nicht. Der Spitzenverband der Großindustriellen hat seine Mitgliedsverbände aufgefordert, vor einer „globalen Einigung über die Arbeitskosten“ keine Verhandlungen mit den Einzelgewerkschaften auszunehmen.

Die Kapitalisten haben ihre Position für eine solche Globallösung abgesteckt: Die „Arbeitskosten“ dürften 1982 insgesamt, d.h. unter Einschluß der Inflationszuschläge und der nationalen wie der betrieblichen Tarifverträge, höchstens um die von der Regierung angepeilte Inflationsmarke von 16% steigen. Ob diese Marke überhaupt erreicht wird, ist fraglich; immerhin liegt im Mai nach den ersten statistischen Ergebnissen die Teuerung in einigen Großstädten erstmals unter 16%. Da die Inflationszuschläge *brutto* etwa der Teuerung entsprechen (netto gleichen sie beim Durchschnittslohn nur etwa $\frac{1}{3}$ des Kaufkraftverlustes aus), bedeutet die Forderung der Industriellen im Klartext: *keine* Lohnerhöhung und *keine* Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich durch die neuen Tarifverträge. Man kann genauso gut sagen: gar keine neuen Tarife. Oder aber: Finanzierung von tariflichen Verbesserungen aus Abstrichen bei den Inflationszuschlägen. Würden sich die Gewerkschaftsbünde, die bei den Inflationszuschlägen selbst Tarifpartner sind, bei „Globalverhandlungen“ darauf einlassen, wäre das Recht der Ein-

zelgewerkschaften auf Abschluß eigener Tarife praktisch kassiert.

Die Gewerkschaften lehnen daher eine „Globallösung“ strikt ab und sind zu Spitzengesprächen nur bereit, wenn dort nicht über die Inflationszuschläge gesprochen wird. Umgekehrt wollen die Kapitalisten „Globalverhandlungen“ mit der Drohung erzwingen, sonst zum 30. Juni den Tarif über die Inflationszuschläge zu kündigen. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluß haben sie schon gefaßt.

Die Einzelgewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von rund 80000 Lire (145 DM) für die Ecklohngruppe in mehreren, über die Laufzeit verteilten Raten und Arbeitszeitverkürzung auf 37,5 Stunden wöchentlich bis Ende der Laufzeit. Die Lohnforderungen sind für die oberen Gehaltsgruppen, wo die Lohndrift am stärksten ist, absolut, z.T. auch prozentual, höher als für die unteren Lohngruppen. Für 1982 haben die Gewerkschaften akzeptiert, daß sich das Forderungsvolumen in einem Rahmen von 16% plus Produktivitätszuwachs hält.

Die Regierung will den Käfig noch enger machen. Zwar hat sie jetzt endlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Lohnsteuerprogression für 1982 durch höhere Freibeträge und Erstattungen ausgeglichen werden soll. Aber: die zweite Hälfte der Steuersenkung soll erst zum Jahresende und nur dann in Kraft treten, wenn die Löhne um weniger als 16% plus der Hälfte der Produktivitätszunahme steigen. Vor allem die christdemokratischen Minister drängen auf neue „Sparmaßnahmen“ und Mehrwertsteuererhöhung. Die Kapitalisten setzten gleich

nach: Für zusätzlichen Preisanstieg durch Mehrwertsteuererhöhung dürfe es keine Inflationszuschläge geben.

Die Kapitalisten haben also zu einem Generalangriff auf die in Jahrzehnten erkämpften Tarifrechte der Lohnabhängigen angesetzt. Sie nutzen dabei die Schwächung der Gewerkschaften durch Arbeitslosigkeit und schwere Niederlagen im Kampf gegen Entlassungen und Kurzarbeit. Kämen die Kapitalisten durch, würde sich die langsame Reallohnsenkung der letzten Jahre in freien Fall verwandeln.

Mit großen Streikaktionen setzt sich die Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr. Am 14. Mai streikten die Metall- und Textilarbeiter, um die Aufnahme von Verhandlungen zu erzwingen. Der Streik wurde fast überall geschlossen befolgt, mit der schmerzlichen Ausnahme des Fiat-Hauptwerkes in Turin, wo nur knapp die Hälfte streikte. Am letzten Freitag legten alle Branchen der Industrie und die Lohnabhängigen im Süden die Arbeit nieder. Für den 19. Juni ist eine Großdemonstration in Rom geplant, zu der die Gewerkschaften mehr als 200000 erwarten.

Die Kampfaktionen zeigen bereits Wirkung. Der Verband der kleinen und mittleren Kapitalisten hat Verhandlungen angeboten, ebenso das staatliche Ölmonopol ENI, während die anderen Staatsbetriebe bisher mit den privaten Großindustriellen zusammenge-

Quellenhinweis: L'Unità; Lassegna Sindacale Mai 1982

Rotterdam Hafenarbeiter lehnen „letztes Angebot“ ab

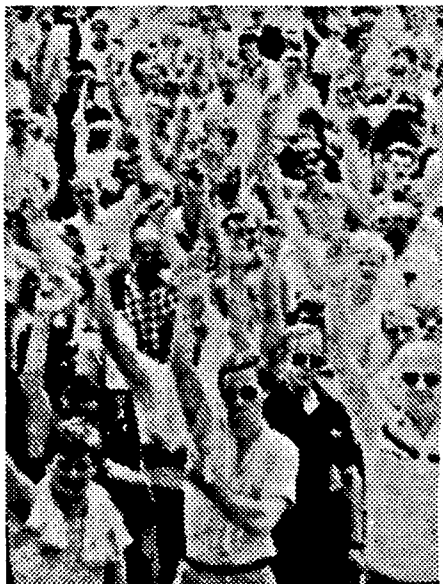
Der Streik ist jetzt in der vierten Woche. Nachdem die Kapitalisten den Streik nicht per Gericht als „unrechtmäßig“ verbieten lassen konnten, haben sie ein Angebot gemacht. Zwei Tage Arbeitszeitverkürzung pro Jahr und Erhöhung der Schmutzzulage um 50%. Gekoppelt war dieser von dem Unternehmensverband als „letztes und äußerstes Angebot“ bezeichnete Vorschlag an die Zustimmung seitens der Gewerkschaft FNV zur Einführung eines neuen Schichtsystems. Damit sollte die Arbeit an sieben Tagen in der Woche von 0.00 Uhr bis 24.00 Uhr abgesichert werden. Bei einer Abstimmung über diesen Vorschlag haben sich die Hafenarbeiter im Massengutbereich (für den verhandelt wird) mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen. Im Getreidebereich haben 548 für Fortsetzung des Streiks gestimmt und nur 55 dagegen.

Der Streik kann zum Erfolg führen. Bereits am 22.5.82 hat das „Handels-



26.3.1982: Die Metallarbeiter streiken gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, Massenentlassungen und Kurzarbeit. Bild: Demonstration in Rom.

blatt“ in einem Artikel mit der Überschrift „Erzversorgung über Rotterdam unterbrochen“ darauf hingewiesen, daß bei einer längeren Dauer des Streiks eine „Einschränkung oder sogar Einstellung der deutschen Eisen- und Stahlproduktion“ möglich werden kann. 70% der Zufuhren für die deutschen Hüttenwerke an Eisen- und Manganerzen kommen über Rotterdam. Der Umschlagsbetrieb EECV, der zu 100% im Besitz westdeutscher Stahlkonzerne ist, wird seit dem 12.5. auch bestreikt.



Das „letzte Angebot“ wird abgelehnt.

Bisher ist es den Hafenkapitalisten nicht gelungen, im großen Umfang Streikbruch zu organisieren. In der letzten Woche wurden lediglich der Bulkcarrier Virginia in Terneuzen gelöscht. Terneuzen ist ein kleiner Hafen in den Niederlanden. Die Woche davor wurde das Löschen des Schiffes in Antwerpen von der belgischen Gewerkschaft BTB dreimal verhindert.

Die Gewerkschaft ÖTV hat der FNV versichert, daß sie den Streik unterstützt. Die Betriebsräte im Hamburger Hafen wurden per Rundschreiben über den Streik informiert. Es wird mitgeteilt, daß die ÖTV jedes Schiff, das wegen des Streiks in Rotterdam nach westdeutschen Häfen ausweicht, boykottiert wird. Die Schwarze Liste der Streikbrecher-Schiffe wird über die ITF verschickt.

Seit Mitte letzter Woche wird nun auch bei ECT, dem größten Container-Terminal der Welt, gestreikt. Nach Angaben der FNV wird von 75% der Belegschaft gestreikt. Kompliziert wird die Lage, weil nun der Arbeits- und Sozialminister Den Uyl erklärt, der Streik würde Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr bringen, und zwar nicht nur im Hafen. Günstig ist der Abschluß bei einem kleinen Silo-Betrieb. Er gewährt zehn Tage Arbeitszeitverkürzung. Der Betrieb ist nicht dem Unternehmensverband angeschlossen.

TUC-Aktionswoche Kein Burgfriede in England

Die Reaktionäre heulen „Dolchstoß“, „keine Ehre im Leib“. Gemeint sind die Arbeiter des öffentlichen Dienstes, insbesondere der Krankenhäuser, die sich nicht auf chauvinistische Appelle der „nationalen Einheit“ einlassen, sondern ihre Streik- und Warnstreikaktionen fortsetzen. Bis auf die Seeleutegewerkschaft haben sich Gewerkschaftskonferenzen gegen das Südatlantikabenteuer der Regierung ausgesprochen.

In der nächsten Woche wird sich die Regierung weiteren für sie peinlichen Aktionen gegenübersehen, wenn nämlich die Gewerkschaften der TUC ihre Aktionstage gegen das von Minister Norman Tebitt eingebrachte neue Anti-Gewerkschaftsgesetz durchführen.

Seit 1979 versucht Thatcher, die Gewerkschaften politisch einzuschnüren und ihren Einfluß in den Betrieben zu brechen. 1980 kam das erste, noch recht harmlose Gesetz. Als sie es ohne großen Widerstand durchsetzte, waren die Pläne für dieses zweite, Tebitt-Bill genannte Gesetz schon fertig.

Nach der Vorlage sind nur Streiks gegen einen direkten Arbeitgeber legal. Solidaritätsstreiks, Weigerung zum Streikbruch (z.B. von Leiharbeitern) und politische Streiks sind verboten.

Die Gewerkschaften können dafür bestraft wie auch auf Schadenersatz verklagt werden, verlieren also weitere Immunitätsrechte. Jeder Streikbrecher kann jetzt eine Gewerkschaft auf Schadenersatz bis zu 80000 DM verklagen. Der „closed shop“, d.h. die Tarifvereinbarung, nach der nur Gewerkschaftsmitglieder in einem bestimmten Betrieb arbeiten, wird illegal. Solche Vereinbarungen sind nur noch erlaubt, wenn alle fünf Jahre mindestens 85% der Belegschaft in schriftlicher Abstimmung zustimmen. Bei einem Streik können alle Beteiligten sofort entlassen werden. Für die 400 Leute, die in den letzten fünf Jahren unter „Closed-shop“-Abkommen entlassen wurden, weil sie sich keiner Gewerkschaft anschließen wollten, richtet die Regierung einen Entschädigungsfonds in Höhe von 2 Mio. Pfund ein.

Die Gewerkschaften beschlossen Anfang April eine Gegenkampagne. Keine Gewerkschaft wird die geheimen Abstimmungen über „closed shop“ unterstützen bzw. durchführen, stattdessen werden sie auf dem bisherigen Abkommen beharren. Der TUC bzw. seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen finanziell und mit Streikaktionen jede Gewerkschaft und jeden Arbeiter, der nach dem neuen Gesetz ent-

lassen oder bestraft werden soll. Die Gewerkschaften werden alle öffentlichen Mittel z.B. für die Durchführung von Briefwahlen, wie sie sie nach dem Gesetz von 1980 beantragen können, ablehnen. Ein Kampffonds von 10 Pence pro Mitglied, also 1 Mio. Pfund, ist bereits zusammen. Weitere Umlagen sind beschlossen.

1972 scheiterte Edward Heath mit dem Versuch, ein harmloseres Gesetz in der gleichen Richtung durchzubringen. Aber statt 3,2% sind heute 11,8% arbeitslos, und die Mitgliedschaft im TUC fällt, im letzten Jahr um 5%. Außerdem ist es der Kapitalistenklasse gelungen, eine Regierung an die Macht zu bringen, die die Vernichtung des Gewerkschaftseinflusses zum Programm gemacht hat.

Quellenhinweis: Socialist Worker, versch. Ausgaben; Economist, 10.4.82

El Salvador Regierung verabschiedet „Landreform“-gesetz

Am 18.5. hat die Verfassungsgebende Versammlung der im März neu gewählten Militärjunta von El Salvador ein Gesetz zur Landreform verabschiedet. Danach können Landbesitzer brachliegendes Land pachten, ohne zu befürchten, enteignet zu werden. Dieses Gesetz hebt zwar nicht die von der US-Regierung dem Militärregime Duarte 1980 diktierte sog. Landreform auf, zeigt aber deutlich eine offene Unterstützung der Großgrundbesitzer.

Die US-Regierung hatte 1980 die finanzielle Unterstützung des Militärregimes an die Durchführung einer Landreform gekoppelt, die den Widerstand der Landarbeiter und kleinen Bauern gegen die Junta unterdrücken sollte. Zunächst wurden ca. 120 Güter über 500 ha enteignet, die Großgrundbesitzer ausgezahlt und Kooperativen gebildet, die den Landarbeitern, die den Boden bewirtschafteten, das Land gegen Ratenzahlungen verkauften. 100 ha durften die Großgrundbesitzer selbst behalten, und industrielle Produktionsmittel, wie Mühlen z.B., wurden nicht enteignet. Die zweite Phase der „Landreform“, die Enteignung der Güter von 100 bis 500 ha, wurde von der Regierung Duarte gestoppt. Denn im Bereich dieser Ländereien liegen die Kaffeeplantagen. Die Bildung der staatlichen Kooperativen war gleichzeitig eine Maßnahme der Regierung, das Militär aufs Land zu bringen, um die „Enteignung“ zu überwachen und revolutionäre Landarbeiter und Bauern festzunehmen.

Das neue Gesetz hält diesen Schein von Landreform nicht mehr aufrecht, gibt es doch den Großgrundbesitzern

die Möglichkeit wieder, sich größere Ländereien zuzulegen, ohne eine Ent-eignung befürchten zu müssen. Diese Maßnahme, zusammen mit der Wiedereinführung des Kriegsrechts gleich nach den Wahlen, zeigt den Kurs der neuen Regierung. Der US-Regierung, die bei den Wahlen auf den früheren Regierungschef Duarte gesetzt hatte, paßt die Widerborstigkeit der neuen Militärjunta nicht. Schließlich hatte die „Landreform“ sich bei der Unterdrückung des Volkes von El Salvador bewährt. Am 25.5. antwortete der US-Kongreß mit einer Drohung: Der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses vertagte die Debatte über die Wirtschaftshilfe an die salvadorianische Junta auf unbestimmte Zeit.

Quellenhinweis: Lateinamerikanachrichten Nr. 86, Oktober 1980; Wall Street Journal vom 21.5.82; Wireless Bulletin from Washington, 19., 21. u. 24.5.82; TAZ v. 27.5.82

USA – Mexiko

USA erhöht Quoten für ausländische Arbeiter

Täglich neue Festnahmen tausender illegal eingewandeter Arbeiter v.a. aus Mexiko und den Karibik-Staaten vermelden die US-Behörden. Die Verhaftungs- und Abschiebungsmaßnahmen begannen, nachdem Kongreß und Senat eine Reform der Einwanderungsgesetze beschlossen haben, die den Druck auf die ausländischen Arbeiter in den USA enorm verschärfen und zudem den Zugriff der US-Monopole auf die Arbeitskräfte der Nachbarländer ausweiten. Die Reform sieht vor, daß alle illegalen Einwanderer, die vor dem 1.1.78 eingewandert sind und dauernd in den USA gearbeitet haben, legal bleiben dürfen. Wer nach dem 1.1.80 eingewandert ist und dauernd illegal gearbeitet hat, soll eine beschränkte Aufenthaltserlaubnis erhalten. Für die meisten illegalen Einwanderer treffen diese Regelungen nicht zu: Entweder sind sie zwischenzeitlich arbeitslos gewesen, oder sie sind für die Erntesaison angeheuert worden. Mit der verschärften Verfolgung illegaler Einwanderer einher geht die Erhöhung der Quoten für legale Einwanderung.

Die US-Regierung hat die Quote auf 425000 Einwanderer jährlich erhöht (bisher waren es 270000), darin sind enthalten Sonderquoten für Kanada und Mexiko. Aus beiden Staaten dürfen zusammen 80000 einwandern. Für Mexiko, Jamaika und andere Karibik-Staaten enthält das Gesetz Regelungen zwecks Erhöhung der Zufuhr von Gastarbeitern in bestimmte Regionen der USA. Bis zu 50000 mexikanische Arbeiter sollen jährlich mit zeitlich befristeter Arbeits- und Aufenthaltserlaub-

nis in den Südstaaten, v.a. während der Erntezeit, eingesetzt werden.

Der Gewerkschaftsbund AFL/CIO kritisierte das Gesetz und die Maßnahmen gegen die illegalen Einwanderer, weil die vorgesehenen Strafen für die Kapitalisten, die illegal eingereiste Arbeiter ausbeuten, lächerlich niedrig sind und zudem nur verhängt werden können, wenn dem Kapitalisten nachgewiesen wird, daß er vom illegalen Status gewußt habe. Das Gesetz schreibt vor, daß alle Fremdarbeiter bei Einstellung ihren Versicherungsnachweis vorlegen müssen. Kein Kapitalist kann jedoch verurteilt werden, wenn er vergessen hat, den Nachweis zu verlangen.

Schon im August 1981 hatte der mexikanische Gewerkschaftsbund die Vorbereitungen für dieses Gesetz angegriffen: Die mexikanischen Arbeiter würden in die größte strategische Arbeitsmarktreserve der USA verwandelt, reserviert für Überausbeutung und Sklaverei. Die Arbeiter mit befristeter Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis müssen in den USA alle gesetzlichen Steuern und Abgaben zahlen, ohne daß sie damit einen Anspruch auf staatliche Zahlungen, z.B. bei Arbeitslosigkeit erhalten. Kehren sie nach Mexiko zurück, sind sie nicht versichert, da für sie in die mexikanische Sozialversicherung nicht eingezahlt ist. Die Schwierigkeiten der mexikanischen Arbeiterbewegung, den gesetzlich erkämpften Standard auch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zu erhalten, werden sich damit noch vergrößern.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 7.5.82; Wireless Bulletin from Washington, 30.3.82; Department of State Bulletin, März 1982

Süd-Süd-Konferenz Entwicklungsländer ver- stärken Zusammenarbeit

Vom 10. bis zum 13. Mai fand in Algier die erste Süd-Süd-Konferenz statt. Teilgenommen haben sieben internationale Organisationen sowie 38 Staaten, die alle zur „Gruppe der 77“, dem Zusammenschluß blockfreier Staaten, gehören. Unter den Teilnehmerstaaten befanden sich die 14 Länder der Dritten Welt, die im Oktober vergangenen Jahres an der „Nord-Süd-Konferenz“ mitgewirkt hatten. In Anbetracht der Tatsache, daß die Antwort der imperialistischen Staaten auf die Forderungen der Entwicklungsländer blanker Hohn war, versuchen die Länder mit der jetzt durchgeführten Konferenz, Maßnahmen zu vereinbaren, die allen beteiligten Staaten nützen sollen, die Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten zu verringern und Bedingungen zu schaffen, unter

denen die ständig wachsende Verschuldung eingedämmt werden kann.

Die Staaten vereinbarten „Priorität für den Handel mit Entwicklungsländern“ und verstärkte technische Zusammenarbeit, um den Aufbau von Industrie in den einzelnen Ländern zu beschleunigen. Als Schwerpunkt für das kommende Jahr beschlossen sie Kooperation im Bereich der Produktion von Ersatzteilen für Industrieanlagen und Maschinen durch Bildung gemeinsamer technischer Kommissionen, den Austausch von Technikern und gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen. Vertreter verschiedener Länder griffen die imperialistischen Monopole an, die ihnen Anlagen und Maschinen lieferten und bei benötigten Ersatzteilen – in der Annahme, daß sie das Liefermo-



Stahlwerk in Nigeria. Die nigerianische Stahlindustrie ist in einer schweren Krise, weil die imperialistischen Monopole durch Dumpingpreise den nigerianischen Markt überschwemmen.

nopol haben – überhöhte Preise verlangen und lange Lieferzeiten haben. Manche Fabrik oder Maschine steht monatelang still, weil die Ersatzteile für Reparaturen fehlen.

Die nächste Konferenz soll in zwei Jahren die Erfahrungen auswerten, die mit den Beschlüssen gemacht worden sind in den einzelnen Ländern. In ihren Beschlüssen hielten die beteiligten Staaten fest, daß alle Länder darauf achten sollten, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gegenseitiger Unterstützung entwickelt werden und nicht für neue Formen der Ausplünderung und Einmischung durch die imperialistischen Konzerne nutzbar werden. Nur dann könne der Aufbau eigener Industrien in den einzelnen Staaten tatsächlich gelingen und das Monopol der Imperialisten auf industrielle Produkte gebrochen werden. Ohne eigene Produktion sowohl der Schwer- als auch der Leichtindustrie könne weitere Verschuldung in großem Umfang bei den Imperialisten nicht vermieden werden.

Quellenhinweis: El Moudjahid, 12. 13. und 14.5.82

„Wer reich wird, verdient Ruhm“ – Auswirkungen der Haushaltsproduktion

„Wer reich wird, verdient Ruhm, wer arm bleibt, ist ein (dummer) Bär.“ Dieser zynische Slogan, der aus der calvinistischen Ethik stammen könnte, begleitet die neue chinesische Landwirtschaftspolitik und wirbt unter den Bauern, die Vorteile der in vielen Landesteilen an die Stelle der Kollektivwirtschaft getretenen Haushaltsproduktion auszunutzen und durch Steigerung der Erträge höhere Familieneinkommen zu erzielen. Die jüngsten Wirtschaftsergebnisse scheinen diese Politik, die den bäuerlichen Familienbetrieb faktisch wieder an die Stelle der seit 1955 entstandenen Kollektive gesetzt hat, zu bestätigen. Trotz großer Überschwemmungen und Dürren ist der landwirtschaftliche Produktionswert 1981 um 5,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, 1,8% über Plan; die

Getreideproduktion stieg um 1,4% auf 325 Mio. t. Die Einkommen der Bauernfamilien in Geld und Naturalien erhöhten sich beträchtlich, gegenüber 1978 gaben die Bauern durchschnittlich 60% mehr (inflationsbereinigt) für den Kauf von Konsumgütern aus.

Woher diese Produktionssteigerung? Haben etwa die neuen Produktionssysteme, die im Kern aus der vertraglichen Überlassung von Brigadeland an Bauernfamilien und der gleichzeitigen Verpflichtung zum Verkauf einer bestimmten Erntemenge zu festen Preisen an den Staat bestehen, Produktivkräfte freigesetzt?

Wohl kaum. Ein wesentlicher Teil der Produktionssteigerung der letzten Jahre geht zweifellos auf das Konto der seit 1979 wirksamen Erhöhung der Ankaufpreise für Agrarprodukte, die

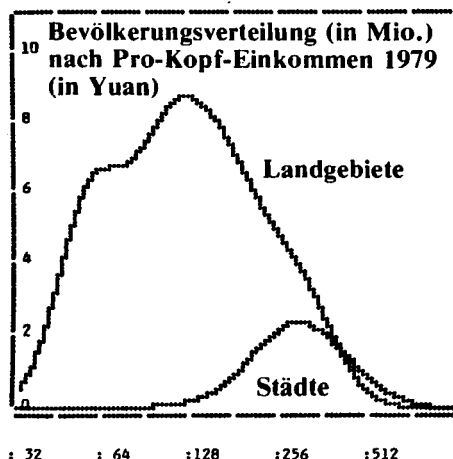
die Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft verringerte, aber gleichzeitig den Geldumlauf aufblähte und zu der spürbaren Inflation beitrug. 1979 erzielte China die bislang größte Getreideernte in der Geschichte; in dem Jahr wurde das Vertragssystem in der Landwirtschaft noch *nicht* praktiziert. Vor allem aber: Bei dem Vertragssystem kann die Bauernfamilie ihr Einkommen nur dann erhöhen, wenn sie die Arbeit intensiviert, den Arbeitstag ausdehnt und zusätzliche Arbeitskräfte einsetzt. Genau dies findet nach Berichten aus der VR China statt: Die Bauern arbeiten noch schwerer als bisher; ihre schulpflichtigen Kinder müssen auf dem Feld oder im Haushalt mitarbeiten, wodurch die Schulbesuchsquote deutlich zurückgeht; teilweise werden – obwohl offiziell nicht klar erlaubt – zusätzliche Arbeitskräfte gehuert, die z.B. die von der Brigade gepachtete Fischzucht betreuen. Innerhalb der Bauernfamilien entwickelt sich wieder die alte Arbeitsteilung: Feldarbeit ist Sache des Mannes, die Frau ist für die Kinderaufzucht und das für das Familieneinkommen wichtige Ne-

Einkommensungleichheit in der VR China

Während die Bodenreform, die anschließende Kollektivierung und die Bildung der Volkskommunen in den chinesischen Dörfern zu einer weitgehenden Einebnung der Einkommensunterschiede geführt haben, sind die regionalen Differenzen der bäuerlichen Einkommen nach wie vor kraß. Wie unser Schaubild mit Daten von 1979 zeigt, hat sich in einigen Regionen das Einkommensniveau auf dem Lande an die Einkommen der städtischen Bevölkerung angeglichen. Das gilt für die Gebiete um Beijing, Tianjin und Shanghai, in denen das ländliche Pro-Kopf-Einkommen teilweise über 200% des nationalen Durchschnitts liegt, das gilt auch für die Bauerneinkommen in den hochindustrialisierten nordostchinesischen Provinzen Jilin, Heilongjiang und Liaoning, die frühere „Mandschurei“. Dagegen liegt das ländliche Pro-Kopf-Einkommen in der bevölkerungsreichsten Provinz Sichuan in Südwestchina mit 100 Mio. Einwohnern gerade bei 83% des Durchschnitts und in der Provinz Gansu im trockenen Nordwestchina sogar nur bei 67%.

Da die Bauerneinkommen direkt von den Kommuneerträgen abhängen, schlägt sich in den regionalen Differenzen vor allem die unterschiedliche Bodenqualität nieder. Der chinesische Staat hat in den letz-

ten Jahrzehnten durch Investitionen sowie durch Getreidesubsidien und den Erlaß der Ablieferungspflicht die Lage in diesen wirklich armen Gebieten zu verbessern versucht. Dennoch dürften die Unterschiede, die nicht nur Einkommen, sondern auch Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen betreffen, weiter gewachsen sein. Der Grund dafür: Die weitgehend aus Kommunequellen finanzierte ländliche Industrialisierung erfaßte v.a. die Gebiete, in denen aus den Kommuneerträgen überhaupt Akkumulation möglich war. Die von der KPCh angekündigte Hebung des Lebensstandards der Bauern müßte sich in erster Linie auf die der ärmsten Regionen konzentrieren. Doch das seit 1980 eingeführte Vertragssystem wirkt überhaupt nur dort, wo die Bauern Getreide an den Staat verkaufen können, also über den Eigenbedarf produzieren. Und am besten



Einkommensungleichheit in Ländern Asiens

	Einkommensanteil der	
	40% ärmsten Haushalte	20% reichsten Haushalte
Stadtbevölkerung		
China 1980	30,0	28,2
Indien 75/76	16,9	48,8
Indonesien 76	16,0	49,4
Thailand 75/76	17,5	46,6
Landbevölkerung		
China 79	20,1	39,4
Indien 75/76	20,2	42,2
Indonesien 76	16,4	46,0
Thailand 75/76	17,8	46,5

Quelle: Weltbank, a.a.O.

Der Vergleich der Einkommensungleichheit unter der Landbevölkerung gibt ein verzerrtes Bild, a) weil bei China hier hauptsächlich die interregionale Differenzierung erfaßt wird, während die Einkommensunterschiede in den Kollektiven bislang gering waren, b) weil der für China wichtige Beitrag der kollektiven Reproduktionssicherung nicht erfaßt wird.

schneiden dabei die Bauern in der Nähe städtischer Zentren ab, wo sie ihre Überschüsse vermarkten können. Es steht also zu erwarten, daß die regionalen Einkommensunterschiede drastisch wachsen werden, ebenso wie die soziale Differenzierung in den Dörfern zum ersten Mal seit der Kollektivierung wieder zunimmt.

Quellenhinweis: World Bank Report No. 3391-CHA, China: Socialist Economic Development, New York 1981

bengewerbe (z.B. Schweinemast, Seidenraupenzucht) zuständig. Diese Faktoren haben die Produktionssteigerung unter dem Vertragssystem bewirkt; dagegen hat eine nur durch Entwicklung der Kooperation, der Arbeitsteilung und der Mechanisierung mögliche Produktivkraftsteigerung nicht stattgefunden.

Bauernfamilien mit mehreren erfahrenen Arbeitskräften haben das Vertragssystem sicherlich begrüßt als Möglichkeit, durch intensive Feldarbeit und Ausdehnung des Nebengewerbes das Familieneinkommen rasch zu erhöhen, das sich viele Jahre lang nur allmählich verbessert hatte. Aber für Haushalte mit z.B. nur einer Arbeitskraft, die womöglich auch noch krank ist, bringt das Vertragssystem Nachteile. Denn sie können die Verträge nur schwer erfüllen, und wenn sie auch den bislang noch existierenden kollektiven Unterstützungsfonds in Anspruch nehmen können, sind sie doch gesellschaftlich abgestempelt (s.o.). Schwierigkeiten gibt es auch für Familien mit Kindern in der Armee, denn diese fehlen als Arbeitskräfte; bei der Opposition in der Armee gegen die gegenwärtige Politik der KPCh spielt das Vertragssystem eine wichtige Rolle.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Landwirtschaftspolitik sind längerfristig sicher negativ:

- Weder gesetzlich noch in den einzelnen Verträgen ist geregelt, wie lange die Bauernfamilie das ihr überlassene Land bestellen kann. Außerdem erklärt die KPCh heute zwar, daß das Vertragssystem lange beibehalten werde, eingeführt wurde es aber als zeitweilig unter der Devise: „Den Bauern eine Atempause gönnen!“ Diese Bedingungen zwingen die Bauern dazu, nötige, sich aber erst langfristig auszahlende Verbesserungen der Bodenqualität zu unterlassen und das ihnen überlassene Land auszupowern. Denn wer garantiert ihnen, daß sie nicht in ein paar Jahren ein anderes Feld zugewiesen bekommen oder das Vertragssystem wieder aufgehoben wird?

- Gleiches gilt für den privaten Ankauf von Produktionsmitteln wie z.B. Handtraktoren. Deren Produktion ist 1981 um 8,7% und 1980 um 31,4% zurückgegangen (jeweils gegenüber Vorjahr), weil einerseits die Kollektive nicht mehr kaufen, andererseits zahlungskräftige Bauernhaushalte nicht kaufen wollen – wohl aus Furcht, daß diese teuren Produktionsmittel später wieder kollektiviert werden.

- Die höheren Familieneinkommen fließen stattdessen in die Konsumtion: So erlebt der bäuerliche Hausbau geradezu einen Boom; die Geburtenrate steigt in vielen Landgebieten trotz finanzieller Sanktionen, weil Kinder Arbeitskräfte sind (im Nebengewerbe

können sie schon ab sechs Jahren beschäftigt werden) und Alterssicherung bedeuten; trotz Propaganda der KPCh breitet sich die aus der alten Gesellschaft bekannte Sitte des Brautkaufes wieder aus und steigen die Brautpreise, direkter Reflex der veränderten Rolle der Frau als Mutter (viele Kinder) und im Nebengewerbe.

- Die Agrarproduktion wird zunehmend unplanbar, weil die Produzenten v.a. die Produkte anbauen, für die höhere Preise erzielt werden können. U.a. deshalb hat sich die Gemüseversorgung in vielen Großstädten erheblich verschlechtert. Die Schweinefleisch-Produktion ist 1981 gestiegen, aber der Schweinebestand um fast 4% zurückgegangen, wohl weil die Bauern

Staat angelegt, das sich zur „Erbpacht“ entwickeln kann und in dem schwer kontrollierbare Unterpächten möglich sind. Am Ende vom Lied hat ein Teil der Bauern die besten Böden an sich gebracht, die größere Investitionen erübrigen, und hat Arbeitskräfte, die billiger sind als Maschinen. Auf anderen Böden wären Investitionen nötig, aber die darauf lebenden Familien haben allein nicht die Mittel. Bei einem Zerfall der kollektiven Anstrengungen zur Verbesserung der Bodenqualität und Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist eine Agrarkrise unvermeidlich.

Was bedeuten diese Entwicklungen für Chinas Industrie? Ein erheblicher Teil des agrarischen Mehrprodukts



Bauern beim Getreideverkauf an den Staat. – Die Getreideernte betrug 1979 332 Mio. t, 1980 320 Mio. t und 1981 325 Mio. t. Sprunghaft ist die Produktion für die besser bezahlten Industrierohstoffe gewachsen: Die Baumwollernte erhöhte sich von 2,21 Mio. t 1979 auf 2,97 Mio. t 1981, Ölpflanzen (Raps, Soja etc.) wurden 1979 7,69 und 1981 10,2 Mio. t geerntet.

auf den freien Märkten nicht genügend billiges Futtergetreide kaufen können.

Die geschilderten Probleme lassen sich innerhalb des Vertragssystems kaum lösen. Zwangsläufig muß sich die Polarisierung unter den Bauern entwickeln, verbunden mit der Ruinierung einzelner Produzenten, die nicht in der Lage sind, die in den Kontrakten festgelegten Ablieferungspflichten zu erfüllen, und dafür dann an die Brigade zahlen, d.h. in den meisten Fällen sich verschulden müssen. Die Ruinierung einzelner Produzenten schafft den Boden für Lohnarbeit und ermöglicht es andererseits reichen Bauernfamilien, schrittweise weiteren Boden unter ihre Verfügung zu bekommen. Daran werden auch Verfassungsbestimmungen nichts ändern, die festschreiben (so im neuen Verfassungsentwurf), daß Kollektivland kein Privateigentum werden darf und daß der Boden unveräußerlich ist. In dem jetzigen Vertragssystem ist ein Pachtverhältnis mit dem

verbleibt auf dem Lande und wird direkt konsumiert. Über die Entwicklung der ländlichen Industrie 1981 liegen keine Daten vor, doch sicherlich geht die Politik zu Lasten der kommuneigenen Landmaschinen- und Traktorenfabriken; und mangels Mitteln der Kollektive dürfte die weitere Industrialisierung eingeschränkt werden. Ausgeweitet hat sich der Tausch von Agrarprodukten gegen industrielle Konsumgüter. Dagegen ist die Kunstdüngerproduktion kaum gestiegen, die von Insektiziden ist um 10% zurückgegangen und die Stahlproduktion ist 81 um 4% gefallen. Begründet wird das offiziell mit der proportionalen Entwicklung der Wirtschaftszweige und einem ausgewogenen Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion. Die Gefahr ist, daß dabei die erweiterte Reproduktion dauerhaft gestört wird.

Quellenhinweis: Xinhua News, März – Mai 82; Beijing-Rundschau 18/81, 18 u. 19/82; Das neue China 2/82; World Bank Report No. 3391-CHA, China: Socialist Economic Development, New York 1981



Schauspielhaus Bochum

Antifaschistisch, antinational: P.P. Zahls Theaterstück „Johann Georg Elser“

„Josef: Gar nichts ist gut. Was schlägst Du denn vor, was wir machen sollen außer Flugblätter machen, Parolen malen, Radio hören – überleben. Wir müssen versuchen zu überleben, verstehst. Das ist das Wichtigste. Erstmal.

Elser: Überleben! Früher habt ihr was anderes gesagt, auf den Versammlungen, beim Rotfrontkämpferbund. Und ich trete da ein. Nicht mal Waffen habt ihr da gehabt. Ich hab keine gesehen, keine.

(...)

Josef: Geblutet haben wir ...

Elser: Wir haben nicht bluten wollen, sondern gewinnen. Eine andere Politik haben wir gewollt, eine wo der Arbeiter was zu sagen hat, wo's ihm besser geht. Zuerst seid ihr verschwunden ...

(...)

Elser: Man muß was tun. Es gibt Krieg, Josef. Guck dir an, wie sie schaffen. Hör dich um. In der Sonderabteilung schaffen sie die Arbeit schon gar nicht mehr.

Josef: Wir haben doch schon damals gesagt und geschrieben, auf Plakate gedruckt: Wer Hitler wählt, wählt Krieg. Vor '33!

Elser: Recht haben ist nicht wichtig. Was tun ist wichtig. Nachher sind alle schlauer.“

Hauptfigur des ersten Theaterstücks von Peter Paul Zahl – seit 1972 inhaftiert, 1974 wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand“ gegen die Staatsgewalt zunächst zu vier und 1976 nach Revision der Staatsanwaltschaft in gleicher Sache wegen „zweifachem Mordversuch

und Widerstand“ und „zur allgemeinen Abschreckung“ zu 15 Jahren verurteilt – ist der schwäbische Kunstschreiner Elser, der 1939 nach jahrelangen Vorbereitungen das Bürgerbräuattentat auf Hitler verübte. Hitler entging leider dem Anschlag, weil er viel früher als in den Vorjahren die Münchener Kundgebung verließ. Elser wurde kurz danach verhaftet und als „persönlicher Gefangener des Führers“ noch kurz vor Kriegsende ermordet.

Die bürgerliche Faschismus- und Widerstandsliteratur verschweigt bis heute weitgehend die Hintergründe des Attentats, weil es sich um das Werk eines revolutionäre Arbeiters handelte, der nichts mit der politisch reaktionären und persönlich feigen, heute offiziell gefeierten Offiziers- und Adels-Kamarilla vom 20. Juli '44 gemein hatte. Außerdem paßt Elser nicht zur gängigen These, daß die „kleinen Leute“ für die faschistischen Verbrechen verantwortlich waren; in seinem Hitler-Buch verliert z.B. Joachim Fest kein Wort über Elser. Bezeichnend auch, daß es weder in seiner Heimat noch in München eine Gedenktafel für Elser gibt und daß seine Mutter nach dem Krieg mit 100 DM einmaliger „Wiedergutmachung“ abgesteift wurde.

P. P. Zahl's Stück, bislang nur von Bochumer Schauspielhaus inszeniert, schildert eindrucksvoll Elsers Weg aus den Überlebensstrategien seiner

Umgebung (s.o.) zum Handeln gegen Faschismus und Krieg, zur planvollen Vorbereitung des Attentats, zu dem er sich als Antifaschist verpflichtet fühlte. Das geschieht in schlichten, mehr vom Wort als von der Dramatik lebenden Szenen: Elser in der Frühstückspause unter Arbeitskollegen, im Zither-Klub oder bei den Vorarbeiten für die Bombe. Damit abwechselnd ständig Szenen – oder Einblendungen (das Stück arbeitet mit vielen Fernseh-Monitoren) – aus der Reichskanzlei oder aus dem Hinterzimmer der Putschisten aus dem Generalstab. Mit beißender Ironie gelingt es Zahl darzustellen, daß diese bis heute als die Widerstandskämpfer gefeierten Reaktionäre dieselben Ziele verfolgten wie Hitler, den sie nur nicht für geeignet für diese Ziele hielten. Ihre Feigheit und ihre verlogene Moral – ihre „Offiziershre“ windet sich vor dem „politischen Mord“ an Hitler – werden treffend entlarvt. Die Figur Hitlers ist der beliebten Mystifizierung als verrückter Demagoge entkleidet, er tritt als TV-gerechter Politiker auf, der in der Sprache von BRD-Regierungspolitikern ständig die Friedenssicherung betont, wozu Deutschland aber wegen der Rüstung der anderen *nachrüsten* müsse. Solche Passagen, die auf die Kontinuität der Ziele des deutschen Imperialismus anspielen, bekamen bei der ausgezeichneten Bochumer Aufführung mehrmals spontanen Applaus.

Auf der Suche nach dem Gewissen

Dieses Romänchen ist ein Beitrag zur metaphysischen Richtung der Science Fiction. Die Themen sind aus Mythen der Germanen und der Griechen zusammengeklaut. Das Ganze ist bloß ein ausschweifend geführtes Gleichnis von den Menschen, die ihre ursprüngliche zweite Hälfte verloren haben und sie nun in Form ihres Gewissens suchen, um wieder zu einem heilen Ganzen zu werden. Eben dies fällt ihnen schwer, weil sie nicht wirklich antik, sondern nach gut christlicher Vorstellung allesamt Sünder sind. Die ungewollte Schuld befällt auch den Ich-Erzähler mit dem heroischen Namen Gunnar Balduin. Sein Bruder nutzt ihn aus als einen Menschen, der an die Mission glaubt, eine Sekte von einem fernen Planeten zur Umsiedlung zu bewegen, da sie ihm abnehmen werden, daß er sie in ein fruchtbares Land ohne Unterdrückung führen werde. In Wirklichkeit sollen sie, die angeblich unempfindlich gegen Hitze sind, als Zwangsarbeiter verwendet werden. Auch der Führer der aufgeklärten Staatsmacht auf dem Planeten, wo die Sekte bisher als Unruheherd wirkte, muß sich eingestehen, daß er in Verfolgung der Rationalität der Gesetze zum Mörder wird. Von seinem der Gewalt mehr zugetanen Unterführer entmachtet, übergibt er die Verantwortung für die Verschleppten an Balduin. Dieser nimmt sie wahr, indem er seinem Bruder im Exil beim Sklavenaufsehen hilft und unbegründet auf die heile Zukunft hofft.

Michael Bishop, *Flammenaugen*, Heyne SF 3844, München 1981, 6,80 DM

Vernichtungsgghettos der Nazis in Polen

Die deutschen Imperialisten hatten nach der Eroberung Polens durch die Nazi-Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg alle jüdischen Einwohner Polens in streng bewachte Ghettos zusammengepfercht. Die Nazis zwangen die jüdischen Einwohner in Fabriken des Ghettos für eine Wassersuppe täglich Schwerstarbeit zu verrichten. Die Lebensmittelzuteilung war so berechnet, daß die Nazimachthaber die Vernichtung der Menschen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes festgelegt hatten. In Abständen schickte die Nazi-Verwaltung ganze Straßenzüge und

Ghettoviertel in die Vernichtungslager von Auschwitz und Maidanek.

Jurek Becker, Schriftsteller aus der DDR, jetzt in Westberlin lebend, hat 1969 einen lezenswerten Roman geschrieben über das Leben der jüdischen Einwohner in diesen polnischen Ghettos, wo jeder unter der Bedrohung seiner absehbaren Vernichtung leben mußte. Der Roman ist jetzt als Taschenbuch erschienen. Der Erzähler in dem Roman, der selber Überlebender eines der Vernichtungsghettos ist, berichtet, wie der Ghettobewohner Jakob Heym sich gezwungen sieht zu erfinden, er habe ein Radio, um die Wahrheit einer Information über die Kämpfe der Roten Armee zu beweisen. Diese Nachricht ändert das Leben der Ghettobewohner, sie können wieder an eine Zeit nach dem Ende des Ghettos denken. Jakob kann daher nicht anders, als weiter Nachrichten, die er aus seinem Radio zu haben vorgibt, über ein Heranrücken der russischen Armee zu verbreiten. Die jüdischen Einwohner gewinnen aus den erfundenen Meldungen eine starke Hoffnung, die ihnen hilft, ihr Leben weiterzuführen. Diese Hoffnung erfüllt sich nicht. Die Nazis räumen das Ghetto und verfrachten die Einwohner in die Vernichtungslager. – Der Erzähler des Romans spricht den Leser direkt als Zuhörer an. Das vertieft das Dokumentarische der Erzählung. Der Leser kann sich nicht herausziehen aus dieser Geschichte und die Judenvernichtung durch die deutschen Imperialisten als historisch erledigt abtun.

J. Becker, Jakob der Lügner. Roman. Suhrkamp tb 774, 1982, 9 DM

„Die Stunde des Siegers“

Vor drei Monaten erhielt der britische Regisseur Lindsay Anderson für seinen Film „Die Stunde des Siegers“ (Chariots of Fire) den amerikanischen Oscar-Filmpreis.

Die Jury prämierte die gekannte Art, wie dieser Film zu der chauvinistisch-sentimentalen Welle beiträgt, die die britische Bourgeoisie in Gang setzt und deren Ergebnisse sie jetzt, in der Rechtfertigung ihrer Aggression gegen Argentinien, zu ernten versucht.

Regisseur Anderson zeigt die Geschichte zweier Mitglieder des britischen Olympia-Teams von 1924. Beide haben ganz verschiedene Gründe,



„der Schnellste“ zu sein. Harold Abrahams ist Sohn eines litauischen jüdischen Finanzmannes und begegnet in seinem College, wo er zum perfekten Engländer gemacht werden soll, antisemitischen Angriffen. Er will es deshalb allen zeigen, will „allen davonlaufen“, wie er sagt. Dabei stößt er immer wieder mit den College-Direktoren zusammen, vor allem wegen seines „unbritischen“ Ehrgeizes, der ihn zu der in den Augen von Gentlemen ehrenrührigen Einstellung eines professionellen Trainers bringt.

Eric Liddell dagegen, Schotte, Sohn eines aus China zurückgekehrten Missionars, geht es darum, „Gott zu dienen, indem ich laufe“. Deshalb verschiebt er sogar den geplanten Missionarsaufenthalt in China. Seine Frömmigkeit geht so weit, daß er sich weigert, am Sonntag beim Hundertmeter-Ausscheidungsrennen bei der Olympiade anzutreten, obwohl ihn sogar der Thronfolger darum bittet. Schließlich tritt ihm ein Mannschaftskamerad einen Platz im Vierhundertmeterlauf ab. Dort holt Liddell, wie Abrahams beim Hundertmeterlauf, die Goldmedaille.

Ganz verschiedene Gründe haben sie also zu siegen, aber sie tun es und tun es für Großbritannien und sich selbst. Der britische Chauvinismus gibt sich „liberal“, gibt die Entscheidung dem Einzelnen. Das ist etwa die Art, wie die britischen Imperialisten heuchlerisch die Aggression gegen Argentinien mit der Selbstbestimmung der „Falkländer“ begründen oder dem Kampf gegen die Militärjunta. Die Briten siegen nicht nur, sie haben immer gute Gründe. Alle Quälereien erscheinen gering dagegen (obwohl der Film die Anstrengungen des Leichtathletiktrainings wohlwollend-harmlos darstellt).

Es handelt sich schon um eine typisch britische Hymne auf den Einzelnen und das Nationalgefühl. Vielleicht läuft der Film deshalb in so wenigen Kinos in Westdeutschland.

Slime

Eine antiimperialistische und antifaschistische Punkband

Slime – das bedeutet nach Langenscheidts Handwörterbuch Schleim, Schlamm, Schmutz. Slime – das sind fünf Punk-Musiker aus Hamburg, Lehrlinge, Schüler, Arbeiter, die vor kurzem ihre zweite LP mit dem Titel „Yankees raus“ veröffentlichten. Der Titel deutet an, was für die Musik der Gruppe bestimmend ist: Sie spielen Lieder gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion. „Yankees raus“ ist ein Lied gegen die größten Völkermörder unserer Zeit“, sagen sie selbst dazu. Im Text heißt es: „Tausende von Menschen, Männer, Frauen und Kinder, zerfetzt von Napalm in Vietnam. Tausende von Menschen, Rote und Schwarze, gejagt und getötet vom Ku-Klux-Klan: USA – das Blut fließt durch sie jeden Tag. USA – das Blut fließt durch sie, seit dem Tag, seit es sie gibt. Yankees raus, Yankees raus, wir sind Millionen und wir schreien es raus – Amis raus!“

Die meisten ihrer Lieder beschäftigen sich mit den Verhältnissen in der BRD. Sie beschreiben politisch treffsicher viele Erscheinungen des Kapitalismus in Westdeutschland. Dabei verfolgen sie vor allem zwei Hauptlinien: Den Angriff gegen den bürgerlichen Staat und seine Organe und die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft, die Beschreibung der Lebensumstände und des Lebensgefühls derer, „die unten stehen“.

Slime setzen sich mit allen Erscheinungen des Staates auseinander: Parlamentarismus („Wir haben keine Möglichkeit zur Veränderung, denn der Politikerkreis ist zu. Nur ein kleiner Teil hat das Sagen. Ich nenne das eine Diktatur“), Justiz („Ich glaube eher an die Unschuld einer Hure, als an die Gerechtigkeit der deutschen Justiz“), Polizeiterrror („Dies ist ein Aufruf zur Revolte, dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben bauen, Waffen klauen, Bullen auf die Fresse hauen ... Wir wollen keine Bullenschweine“).

Der Kern ihrer Aussagen konzentriert sich in dem Lied „Deutschland“ auf ihrer ersten LP: „Wo Faschisten und Multis das Land regieren, wo Leben und Umwelt keinen interessieren, wo alle Menschen ihr Ich verlieren, da kann eigentlich nur noch eins passieren: Deutschland muß sterben, damit wir leben können ...“

In dem Lied „Bundeswehr“ haben sie dagegen eine offene Flanke gegenüber nationalistischen Tendenzen: „Sollst töten lernen für's Vaterland, doch's Vaterland ist abgebrannt, bevor du einen abknallen kannst, hat der Feind es auch schon zerstört ... Ob ihr da seid oder nicht: Euer Scheiß-Vaterland ist als erstes am Arsch, wenn der Krieg ausbricht“. Mit dieser Aussage, wenn sie sich auch gegen Krieg und Bundeswehr wendet, geht Slime an den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie vorbei. Die Frage ist nicht mehr, wie kann man den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie einen Riegel vorschieben, sondern, ist die BRD überhaupt zu verteidigen? Das ist insofern gefährlich, als man zu der Schlußfolgerung gelangen kann, die Bourgeoisie könne kein Interesse am Krieg haben, da Krieg mit der Vernichtung der BRD gleichzusetzen sei.

In der zweiten Kategorie von Liedern beschäftigen sich Slime mit Problemen wie Jugendarbeitslosigkeit, Alkoholismus und Hang zu unmotivierter Gewalt, die sie auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückführen: „Montag morgen, neue Woche und ab geht's wieder zur Maloche ... Doch Freitagabend geht es los, du fühlst dich groß, jetzt bist du mal stark. Die ganze Nacht wird durchgesoffen, und Sonnabend wieder Bangen und Hoffen, denn hier regiert der HSV ...“

Ein Hauptanliegen der Gruppe ist, wie sie selbst sagen, der Kampf gegen faschistische Tendenzen in der Punkbewegung, ein Ziel, das sie z.B. mit der US-Punkband „Dead Kennedy“ („Nazi-Punks fuck off“) gemeinsam haben. „Skinheads und andere, das sind keine Punks, sondern faschistische Arschlöcher, die mit Punk nichts zu tun haben“, kündigen sie bei Konzerten das Lied „Nazis raus“ an, das sie von der Berliner Bettonkombo übernommen haben. Diese antifaschistische Haltung muß deshalb besonders hervorgehoben werden, weil sich insbesondere in den Großstädten wie Hamburg, von wo Slime kommen, Skinheads und andere faschistische „Punks“ breitmachen.

Obwohl ihre Texte von einer düsteren Grundstimmung geprägt sind (weil die Verhältnisse eben so sind), strahlen Slime doch einen unbeugsamen Optimismus aus. Nicht Resignation, sondern

Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse ist die Konsequenz: „Nur weil du ein niemand bist, bist du noch lange nicht schlecht. Nur weil du unten stehst, sind die da oben noch lange nicht im Recht. Und sie wissen ganz genau, daß du nicht alleine bist. Und sie werden es bald sehn, wozu ein niemand fähig ist. Ab jetzt gewinnen immer wir. Und sie werden es bald sehn, wozu ein niemand fähig ist. Ab jetzt gewinnen immer wir.“ So endet die neue LP auch mit der Feststellung: „Wenn wir nur rumhängen, lahm und frustriert und nicht endlich bald was passiert, dann können wir genauso unser Maul halten und weitermachen, so wie unsre Alten“.

Gerade dieser Aufruf zum Handeln ist es, der Slime gegenüber vielen anderen Gruppen im Punk und vor allem in der Neuen Deutschen Welle auszeichnet. Während z.B. Fehlfarben in ihrer ersten LP „Monarchie und Alltag“ noch positive Ansätze zur Veränderung finden, ist ihre zweite Platte überstark von Resignation gekennzeichnet. Und so manche Band ist inzwischen dem Geld erlegen. Die Entwicklung der Neuen Deutschen Welle zeigt dies besonders deutlich.

In ihren Aussagen sehen sich Slime in der Tradition von Gruppen wie Ton Steine Scherben, wenn auch auf anderer musikalische Ebene.

Viktor Agartz

Kampf um die Grundsatzforderungen des DGB nach 1945

„Wohin führt Dr. Agartz den DGB?“ – fragen die Vertreter der katholischen Soziallehre und der CDU nach dem 3. DGB-Kongreß 1954. Oswald von Nell-Breuning antwortete: „I. In einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; II. er führt in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus; III. ich bedaure, es aussprechen zu müssen, er führt in die Verantwortungslosigkeit“. (Deppe u.a., 1978 S. 367 ff). Und H. Wickel bestimmte die Wende im Standort der Gewerkschaften in „Abrechnung“ mit dem Referat von V. Agartz: „Ein moderner, rein gewerkschaftlicher Radikalismus im echten Sinne des Wortes kann nur wirksam werden, wenn er mit beiden Beinen auf dem Boden der westlichen, auch in der Bundesrepublik verwirklichten Ordnung steht und in ihr die Lage der arbeitenden Massen sofort, umfassend und fortschreitend zu verbessern sucht.“ (ebenda).

Es geht um Viktor Agartz, seit 1915 Mitglied der SPD, nach dem 2. Weltkrieg 1946 Hauptreferent für Wirtschaftspolitik auf dem SPD-Parteitag in Hannover, Leiter des Zentralamtes für die Wirtschaft der Bi-Zone (Quasi-Wirtschaftsminister), Rücktritt von diesem Amt im Juni 1947 nach massiven amerikanischen Angriffen, bis 1947 auch Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, einer der führenden Theoretiker der Gewerkschaftsbewegung nach dem 2. Weltkrieg und als solcher auch Hauptreferent auf dem Gründungskongreß des DGB für die britische Zone 1947, auf dem DGB-Bundeskongreß 1951 in Essen und auf dem 3. DGB-Bundeskongreß 1954 in Frankfurt.

Er hatte innerhalb der SPD und der Gewerkschaften für die Aufgaben der Arbeiterbewegung die damals fortschrittlichste Theorie ausgearbeitet, um die Gewerkschaftsbewegung zu befähigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufzubauen.

Nach dem „Münchener Programm“ des DGB-Gründungskongresses 1949 hat er versucht, die Grundsatzforderungen dieses Programms vom Ballast „aus den Propagandatheorien der katholischen Soziallehre, des Keynesianismus und des amerikanischen Plankapitalismus“ (Agartz 1982 S. 188) zu befreien, um sie als Kampfpositionen für eine sozialistische Wirtschaftsordnung in der Gewerkschaftsbewegung zu verankern. Der DGB-Gründungskongreß hatte gefordert:

1. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigsten Bedarfs sichert.
2. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.
3. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der

Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

4. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alters, Invalidität oder Krankheit nicht mehr Arbeitsfähigen.“ (Limmer 1973 S. 80)

Agartz hat in seinen Äußerungen immer wieder darauf bestanden, die Frage der Wirtschaftsplanung, die Enteignung der Schlüsselindustrien und Banken sowie die Mitbestimmung als ein unteilbares Ganzes aufzufassen. Auf dem DGB-Kongreß 1954 vertritt er zur Mitbestimmung – unter Beifall der Delegierten:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird dadurch gekennzeichnet, daß der Eigentümer an Produktionsmitteln die Verfügungsgewalt über das funktionale Eigentum besitzt, daß er in gleicher Weise die Verfügungsgewalt innehat, über das Sozialprodukt und seine Verteilung zu bestimmen. An diesem Charakter der kapitalistischen Wirtschaft ändert das Mitbestimmungsrecht nichts. Unsere Forderungen gehen aber dahin, die Prinzipien dieser Wirtschaft zu ändern. (Lebhafter Beifall.) ... Insbesondere sollte verhindert werden, daß aus der Mitbestimmung, unbeschadet ihrer Bedeutung, eine Ersatzlehre entwickelt wird, die unsere grundsätzlichen Forderungen in den Hintergrund treten lassen.“ (Agartz 1982 S. 49)

Die Mitbestimmung soll im wesentlichen als eine Aufsicht und Kontrolle über die Großunternehmen verstanden werden – und damit auch als Hebel für eine sozialistische Planung der Wirtschaft und ihres Aufbaus. Dies habe überhaupt nichts zu tun mit einer „Partnerschaft von Kapital und Arbeit“. Deshalb sollten z.B. die Gewerkschaftsvertreter es auch ablehnen, in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen die Posten von Arbeitsdirektoren zu besetzen; sie sollten mit Hilfe ihres Kontrollrechts darauf bestehen, daß dort geeignete Personen die Verwaltung dieses Ressorts übernehmen. „Sie sollten aber vermeiden, ihre eigene Stellung dadurch zu schwächen, und zu verwischen, daß sie die Abgrenzung nicht sehen und in ihren eigenen Reihen Illusionen erzeugen, die ein noch so hervorragender Gewerkschaftsfunktionär in seiner Funktion als Arbeitsdirektor schlechterdings nicht erfüllen kann. (Beifall.)“ (ebenda S. 51)

Ebenso haben nach Agartz die Betriebsräte ihre Aufgabe verfehlt, wenn sie sich nicht auf Aufsicht und Kontrolle im Gesamtinteresse der Gewerkschaftsbewegung beschränken, sondern sich vor allem um die Sonderinteressen des Unternehmens kümmern. „Die Mitbestimmung als Aufgabe der Gewerkschaftspolitik hat nicht den Zweck, individuelle Betriebspolitik zu betreiben. (Lebhafter Beifall.)“ (Ebenda S. 47) Die betriebliche Sozialpolitik habe vor allem den Zweck, die „Betriebsfamilien“ institutionell zu konstituieren, bis hin zur übertariflichen Bezahlung, die die Gewerkschaften sogar in ihrer ureigensten Domäne entmachtete.

Wie in der Mitbestimmung, so sieht Agartz auch in der Lohnpolitik einen Hebel für die Gewerkschaften, um „auf den Gang des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Geschehens Einfluß zu nehmen“.

„Eine Lohnpolitik, die nur darauf bedacht ist, einen Ausgleich für eingetretene Preiserhöhungen zu erreichen, beläßt die Arbeiter auf dem gegenwärtigen Stand des Lebensstandards ... Eine klassenpolitische Lohnpolitik hat auszugehen von den Rüstungsausgaben, von den Subventionen des Grünen Plans, von der Selbstfinanzierung, den Exportlösen, den Investitionen im Ausland und den hiermit im Zusammenhang stehenden Kapitalausfuhrungen, von der Zollpolitik, die gemeinsam zu sehen ist mit der Politik des Gemeinsamen Marktes, nicht zuletzt von der laufenden Entwertung des Geldes.“ (ebenda S. 119)

Die Lohnpolitik soll nicht nur dynamisch, also an der Preissteigerung orientiert, sein. Mit der Lohnpolitik kann auch die Preispolitik selbst in die Hand genommen werden. Jede Branche sollte wissen, daß eine Preiserhöhung automatisch eine Tarifankündigung zur Folge hat. Mit der Lohnpolitik könnte auch Druck ausgeübt werden auf die Wirtschaft, die veraltete Maschinerie zu modernisieren. Eine Exportpreissenkung geht nicht über den Lohn bzw. über die Lohnsenkung, sondern über den durch Sachkosten gesenkten Preis. Eine solche „expansive“ Lohnpolitik dürfe sich nur an einem steigenden Lohnanteil an den betrieblichen Gesamtkosten orientieren und damit an einem Reallohn, wie er international optimal erreicht ist.

„Gerade in der Lohnpolitik zeigt sich immer wieder, daß den Gewerkschaften in allen Fragen der Wirtschaft jedes Recht vorenthalten wird. In der Lohnpolitik sollen sie Verantwortung tragen für einen Lohn nach unten. Der Kapitalismus ist gewohnt, seine Preise an den Börsen spielen zu lassen. Warum sollen die Gewerkschaften den Preis für den Lohn nicht in gleicher Weise mitspielen lassen ... Die Vertreter der Marktwirtschaft haben uns immer entgegengehalten, daß sich der Preis nicht nach den Kosten, sondern nach Angebot und Nachfrage reguliere. Man soll dieses „Gesetz“ am Lohn ausprobieren.“ (ebenda S. 187).

Noch 1960 vertrat er die Auffassung, auch mit der Lohnpolitik

zumindest die wachsende Aufrüstung bekämpfen zu können. Die IG Metall sei nicht nur die größte Einzelgewerkschaft des DGB, sie sei auch die größte Rüstungsgewerkschaft der Welt. „Was könnte die IG Metall hindern, einen Stundenlohn von 10 DM zu fordern (der Stundenlohn lag damals etwa bei 3,50 DM, d. Verf.) da dieser Forderung keine ökonomischen Argumente entgegenzusetzen sind? Es gibt keinen Markt, keine Konkurrenz, ein höherer Preis könnte ungünstigstenfalls dazu führen, daß Panzer im Ausland gekauft werden. Dann aber würden Kapazitäten für Badewannen, d.h. für zivile Produktion frei.“ (ebenda S. 144).

Aufgrund dieser Vorstellungen zur Lohnpolitik lehnt Agartz auch Möglichkeiten wie Gewinnbeteiligung oder Aktienbesitz, also „Miteigentum“ ab.

„In der heutigen Zeit ist die Gewinnbeteiligung ein politisches Problem, das den Zweck hat, den Arbeitnehmer seiner Gewerkschaft zu entfremden, den Solidaritätsgedanken zu untergraben und gleichzeitig den Gruppenegoismus zu fördern. (Lebhafter Beifall.) Im übrigen ist eine Gewinnbeteiligung wieder nur in einer beschränkten Zahl von Unternehmungen möglich ... Sofern Gewinnbeteiligung eingeführt werden, handelt es sich um vorenthaltenen Lohn. (Lebhafter Beifall – Sehr gut!) In allen diesen Fällen sollte versucht werden, die eingeführte Gewinnbeteiligung tariflich zu binden. (Beifall – Zurufe: Sehr richtig!)“ (ebenda S. 63).

In der Stellung der Gewerkschaften zum Staat sieht Agartz die entscheidende Wende in der Politik der Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg. In seinem Artikel 1959 (Gewerkschaften in der Zeitwende) schreibt er zum Bekenntnis der Gewerkschaften zum Staat:

„Wenn aber dieses Bekenntnis als ein absolutes, unabdingbares aufgefaßt wird, verzichtet die Gewerkschaftsführung auf jede Dynamik und fortschrittliche Weiterentwicklung. Sie fordert dann das tausendjährige Reich der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie ... Wer das Funktionsverhältnis von kapitalistischer Gesellschaft und den Organen der Staatsgewalt nicht sehen will, verzichtet auf den Willen zur Emanzipation der Arbeiterklasse ... Es ist unwahrhaft und objektiv unehrlich, sich darüber zu beklagen, daß es in Westdeutschland wieder antisemitische Bestrebungen gibt ... daß restaurative Kräfte erneut die Oberhand haben und daß den Interessen der „Wirtschaft“ mehr gedient wird als den Gewerkschaften. Alle diese beklagenswerten Erscheinungen entsprechen aber den Bedürfnissen der Gesellschaft, zu deren politischen Organen sie sich bekennen. Dieses Bekenntnis wird von der herrschenden Gesellschaft durchaus anerkannt und mit dem Bundesverdienstkreuz am Schulterband und Stern an führende Gewerkschafter belohnt.“ (ebenda S. 178).

Ein Mittel zur theoretischen Klärung der Positionen der Gewerkschaftsbewegung war für Viktor Agartz die Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes (WWI) der Gewerkschaften in Köln, das er mitbegründete und bis 1955 leitete. Die Kampagne, die nach dem 3. DGB-Bundeskongreß 1954 die Vertreter der christlichen Soziallehre und der CDU außerhalb und innerhalb des DGB gegen den „gewerkschaftlichen Radikalismus“ eingeleitet hatten, findet ihren Höhepunkt in der Beschuldigung eines Mitarbeiters des WWI, Gleitze, Agartz unterhalte „landesverräterische Beziehungen“ zur DDR. Gleichzeitig werden Agartz „Dokumente“ gegen Gleitze zugespielt, die sich später als gefälscht erweisen. Agartz wird am 8. Oktober 1955 als Leiter des WWI beurlaubt, am 31.12. wird er dann gekündigt. Er wird daraufhin Mitbegründer der „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche Forschung mbH“, die die „Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (WISO) herausgibt. Die Zeitschrift erscheint ab März 1956 regelmäßig.

1957 wird Agartz unter dem Verdacht „landesverräterischer Beziehungen“ verhaftet. Unter anderem wird ihm vorgeworfen, die Zeitschrift sei vom FDGB geplant und finanziert worden (der FDGB, die Gewerkschaftsorganisation der DDR, hatte ein größeres Kontingent dieser Zeitschrift regelmäßig abonniert), die WISO sei von Anfang an als Auffangorgan für die zum Verbot anstehende KPD gedacht gewesen, der Inhalt sei in diesem Zusammenhang strafbar (es sei nicht klar, welches politische Leitbild Dr. Agartz vorschwebt – Anklageschrift S. 37), er habe „Kritik gegenüber dem Osten unterlassen“ usw. Agartz – der im übrigen von Gustav Heinemann, dem späteren Bundespräsidenten verteidigt wird – wird freigesprochen. Trotzdem schließt ihn die SPD 1958 aus der Partei aus, praktisch in Vorbereitung des Godesberger Programms. 1960 wird Viktor Agartz auch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Nachdem im März 1961 die Abonnements aus der DDR gekündigt werden, muß die Herausgabe der WISO gekündigt werden.

Quellenhinweis: Viktor Agartz, Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft; ausgewählte Schriften, in: Schriftenreihe Gewerkschaftspolitische Studien, Band 17, Berlin 1982; Luz Ziegenbalg (Hrsg.), Viktor Agartz, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München 1971; F. Doppe, G. Fulbert, H. J. Harrer u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 2. Aufl., Köln 1978; Hans Immer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, in: Geschichte und Staat, Band 116, 16. Aufl. München Wien 1973.

1954

„Sie stürmen jetzt wieder, die Deutschen“

Kein anderes sportliches Ereignis hat die (west)deutsche Bourgeoisie so zur Propaganda ihrer nationalen Interessen und zur ideologischen Befriedung im Inneren nutzen können wie die Fußballweltmeisterschaft 1954. 1950, bei der ersten Weltmeisterschaft nach dem Krieg, war der wiedergegründete DFB noch ausgeschlossen: Die meisten Länder waren nicht bereit, der BRD den Bruch mit der faschistischen Vergangenheit zu beschönigen. „Nach dem zweiten Weltkrieg“, schrieb der DFB im Rückblick, „schien der Deutsche Fußball-Bund in der Konkursmasse des Tausendjährigen Reiches unterzugehen.“ Aber schon bald, fuhr er triumphierend fort, habe man „im Umgang mit Menschen aller Sprachen und Rassen sich alle Herzen erobert“. Nachdem der DFB Ende 1950 in die FIFA aufgenommen wurde, konnte die DFB-Elf an der Weltmeisterschaft 1954 teilnehmen: „Deutschlands Fußball (kehrte) ins internationale Leben zurück ...“

Schon dies war für die westdeutschen Imperialisten ein bedeutender politischer Erfolg zur rechten Zeit. 1954 – in diesem Jahr zogen sie den Schlußstrich unter die Niederlage im zweiten Weltkrieg, machten sie ihren Anspruch geltend, wiederum den Kampf um die Neuaufteilung der Welt aufzunehmen, diesmal in mehr Erfolg versprechendem Bündnis. Am 23.10. unterzeichneten sie etliche Verträge, mit denen sie das hemmende Besatzungsstatut – bis auf einige Überreste – abschüttelten, dem westlichen Militärbündnis NATO/WEU beitraten und gegen heftigen Widerstand im Inneren ihrer Wiederaufrüstung den Weg bahnten. Am 2.7. 1954, während der Verhandlungen über die Souveränität und Wiederaufrüstung, erklärte Adenauer: „Als deutscher Bundeskanzler und Außenminister halte ich es für meine Pflicht, die beteiligten Mächte auf einen sehr einfachen Tatbestand nachdrücklich hinzuweisen. Nämlich darauf, daß die Bundesrepublik sich die Souveränität längst verdient hat.“ Zwei Tage später, am 4.7., besiegte die westdeutsche Fußballmannschaft im Endspiel um die Weltmeisterschaft die ungarische mit 3:2. Die britische „Times“ kommentierte: „Von einer hoffnungslos erscheinenden Position erkämpften sich die Deutschen durch ihre ungeheure Begeisterung, ihr Stehvermögen, ihre Stärke und Willenskraft den Weg zum Ruhm zurück.“ Der Triumph war perfekt, der „Deutsche Fußball“ hatte Weltgeltung erlangt.

Unzweifelhaft war es der Bourgeoisie gelungen, Hunderttausende in nationalistischen Taumel zu versenken. ... hallt das regennasse Berner Stadion noch von dem Gesang des Deutschlandliedes wider, mit dem die deutschen Zuschauer den größten Tag in der Geschichte des deutschen Fußballsports feierten“, schrieb der „Kölner Stadtanzeiger“. Die Entwicklung des Leistungssports wäre ohne die breite Basis des Massensports kaum möglich gewesen, die aber existierte bereits wieder, und sie konnte existieren, weil die Nachkriegsjahre des Hungers und der Entbehrungen abgeschlossen waren. So stand der sportliche Erfolg von elf Fußballern in Bern gewissermaßen für den gehobenen Lebensstandard von Millionen, und an das verschwommene Gefühl, daß dieser Lebensstandard durch „Leistung“ erreicht sei, knüpften die Bourgeoisideologen ungehemmt an, um für ein „gesundes“ nationales Selbstbewußtsein vom Leder zu ziehen.

Wiederum der „Kölner Stadtanzeiger“ schrieb: „Und unser Stolz ist umso edler, weil der in rein spielerisch-technischer Hinsicht kaum für möglich gehaltene Triumph ein verdientes Werk einwandfreier Leistung und untadeliger Haltung ist.“ Der DFB erinnerte unter der Überschrift „Triumph und Verpflichtung“: „Nicht von selbst ist der Weltmeisterschaftssieg unseren Nationalspielern in den Schoß gefallen; sie haben ihn sich schwer erkämpfen, ihn sich hart erarbeiten müssen. Sie haben ... vieles bewähren müssen, was nicht nur den Sportsmann ehrt, sie haben Tugenden bewiesen, die jedem Menschen wohl anstehen.“ Und an anderer Stelle rühmte er, „daß die elf Spieler es fertigbringen, das eigene Können dem Ganzen unterzuordnen, daß sie begreifen, daß sie allein wenig, als Teile einer Gemeinschaft alles sind“. So nähren die Bourgeoisideologen bis auf den heutigen Tag die Legende von den „Helden von Bern“; über die DFB-Elf von 1974 dagegen schreibt der „Kicker“: „Helden waren die 74er nie“ – sie spielten in der Tat weniger für den „deutschen Fußball“ oder die „Ehre Deutschlands“ als für Geld.

Quellenhinweis: Fußballweltmeisterschaft 1954, Hrsg. von Gerhard Bahr unter dem Patronat des DFB, Nürnberg 1954; Kölner Stadt-Anzeiger, 16.6. bis 20.7. Kicker, Sonderheft WM '54.

Umsatz und Pro-Kopf-Umsatz bei Groß- und Mittelbetrieben

Die statistischen Untersuchungen in den Politischen Berichten behandelten bisher Fragestellungen der Reproduktion der Arbeitskraft und insbesondere der Bewegung des Lohns, z.B. der Faktoren für die Lohnspreizung oder der Wirkung der Steuerabzüge. Die Untersuchungen der nächsten Monate sollen sich auf die Produktion und Reproduktion des Kapitals konzentrieren und dabei vor allem der Differenzierung unter den Kapitalen nachgehen, um so u.a. Aufschluß zu gewinnen über die jeweilige Politik von kleinen, mittleren und großen Kapitalen in Sachen Beschäftigung, Rationalisierung und Investitionen oder über die Entwicklung der Profite. Dabei wird es auch notwendig sein, betriebswirtschaftliche Größen wie z.B. Abschreibungen, Umsatz oder Gewinn vor Steuern zu klären, mit denen die Kapitalisten in ihrer Propaganda gegen die Arbeiterbewegung ständig operieren.

Als ersten Schritt zur Untersuchung der Differenzierung unter den Kapitalen haben wir die Beschäftigtenzahlen, den Umsatz und den Umsatz pro Beschäftigten der Betriebe der Investitionsgüterindustrie NRW nach dem Stand September 1979 nach *Beschäftigten*größenklassen der Betriebe verteilt. Als Betriebe sind in der amtlichen Statistik örtlich getrennte Niederlassungen von Unternehmen einschließlich der zugehörigen Verwaltungen geführt im Unterschied zum Unternehmen, einer rechtlich selbständigen und gesondert bilanzierenden Wirtschaftseinheit. Das Kriterium Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen als Achse der Verteilung hat den Vorzug, daß der Bezug zur Organisation des Produktionsprozesses und zur unterschiedlichen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Betrieben herstellbar ist, während in der Kategorie Unternehmen als bloßer Rechtsform des Kapitals dieser Bezug verschwimmen kann, wenn z.B. verschiedenste Betriebe unterschiedlicher Größenordnung zu einem Unternehmen gehören.

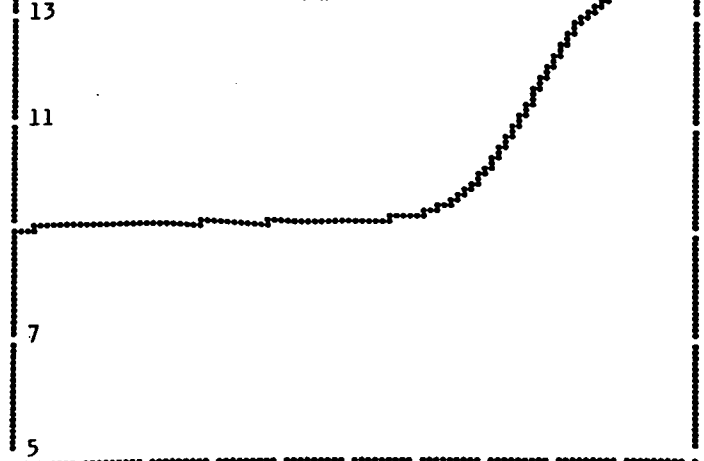
Allerdings hat die amtliche Betriebsstatistik Tücken: So ist – u.a. aus Gründen des Datenschutzes für die Kapitalisten – die Klassenbildung grob, sind alle Betriebe von 500–999 Beschäftigten und über 1000 Beschäftigten zu jeweils einer Klasse zusammengefaßt, außerdem sind die Daten für Betriebe unter 20 Beschäftigten nicht veröffentlicht. Wegen zu geringer Anzahl von Betrieben in einer Klasse sind ganze Branchen der Investitionsgüterindustrie „leer“, z.B. die Büromaschinen- und Computerbranche, um u.a. Herrn Nixdorf vor der Öffentlichkeit zu schützen.

Die nebenstehenden Verteilungen legen nahe, daß es zwischen den Mittel- und Großbetrieben nicht einen fließenden Übergang gibt, sondern eher einen schroffen Bruch. Außerdem deuten die Verteilungen darauf hin, daß es nicht nur Unterschiede der Größenordnung gibt, sondern daß auch die Organisation der Produktion und das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital qualitativ anders ist. Die Verteilung der Betriebe nach Umsatz pro Beschäftigten weist zwei verschiedene Plateaus auf, der Übergang zum Großbetrieb beginnt in der Zone von etwa 600–800 Beschäftigten. Unter Umsatz ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und Leistungen eines Betriebs (ohne MwSt.) erfaßt. Der Umsatz ist mithin ein grober Indikator für die in dem Betrieb stattfindende Wertbildung und Wertübertragung, d.h. für die Produktion von Kapital und für die Werterhaltung des flüssigen und fixen Teils des konstanten Kapitals. Wir vermuten nun – und weitere Untersuchungen müssen das aufklären –, daß der qualitative Unterschied des Pro-Kopf-Umsatzes zwischen Mittel- und Großbetrieb vor allem ausdrückt, daß im Großbetrieb die organische Zusammensetzung des Kapitals höher ist, daß der einzelne Arbeiter mehr Rohstoffe und Zwischenprodukte bearbeitet und der Wert der von ihm benutzten Produktionsmittel größer ist. Das deckt sich mit den praktischen Erfahrungen. Dagegen kann nicht direkt aus dem unterschiedlichen Pro-Kopf-Umsatz in Mittel- bzw. Großbetrieben auf eine unterschiedlich hohe Wertbildung pro Beschäftigten geschlossen werden.

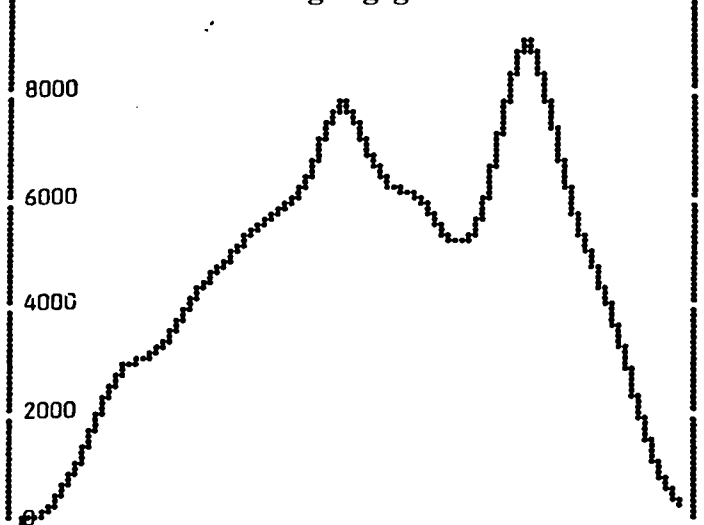
Die vorläufigen Ergebnisse werfen eine Reihe von Fragen auf: Sind die festgestellten Erscheinungen nur Besonderheiten der Investitionsgüterindustrie NRW, die sich für die BRD oder für andere Industriezweige nicht bestätigen lassen? Hängt das Ergebnis auch mit Besonderheiten der Statistik – z.B. der groben Klassenbildung – zusammen? Welches Bild ergibt sich aufgrund anderer Erhebungen über die Unterschiede zwischen Mittel- und Großbetrieben? Das soll in den nächsten Heften geklärt werden.

Quellennachweis: Statistisches Jahrbuch NRW 1980

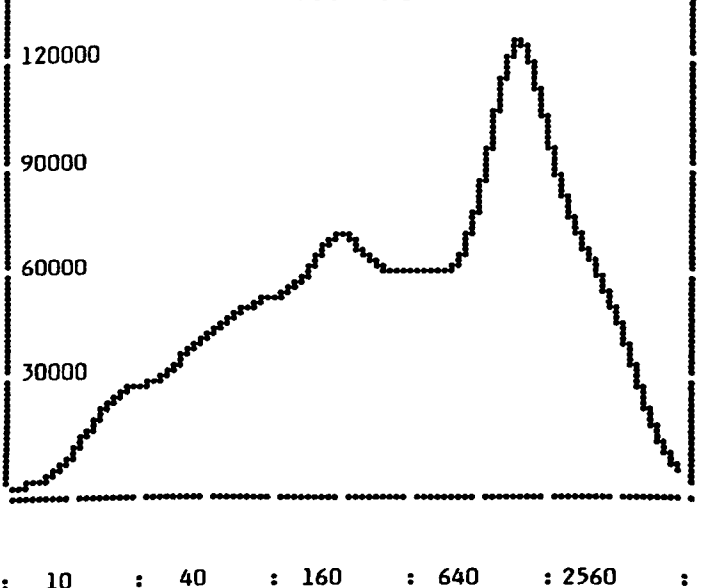
**Investitionsgüterbetriebe NRW 1979:
Umsatz pro Beschäftigten nach
Betriebsgrößenklassen
in 1000 DM**



**Verteilung der Beschäftigten nach
Beschäftigungsgrößenklassen**



**Verteilung des Umsatzes nach
Beschäftigungsgrößenklassen
in 1000 DM**



Diskussionsbeiträge zu methodischen Problemen einer Steuerindizierung

Wir dokumentieren im folgenden zwei Zuschriften, die wir zum Problem einer Steuerindizierung durch Bindung an den Index der Lebenshaltungskosten und speziell zu den Rechnungen in Nr.10/82, Seite 38/39, erhalten haben. Anschließend eine Stellungnahme des verantwortlichen Redakteurs. Die Diskussion um die dabei aufgeworfenen Fragen scheint uns wichtig, denn es geht darum, welche Forderungen gestellt werden müssen an eine Steuerreform, um eine Senkung der Steuerlast der niedrigen Einkommen zu erreichen, den laufenden Steuerraub per Inflation zu beseitigen und den Lohnkampf von der Fessel der überproportional wachsenden Steuerlast zu befreien.

„Ich halte die Methode des Vergleichs der Besteuerung von 1975 auf 1981, wie sie in den Schaubildern auf Seite 39 angewandt wurde, für eine Abschwächung der tatsächlichen Verhältnisse.

Der Vergleich über den Preisindex der Lebenshaltungskosten führt zu falschen Ergebnissen: 1. in einigen Jahren sind die Löhne mehr gestiegen als die Preise, 2. Steigerung der Kaufkraft erlaubt hier dem Staat eine höhere Besteuerung der Löhne. Das Mißverhältnis zwischen gestiegenen Steuern und dem Minimum gleichbleibende Besteuerung bei Lohninflation wird abgeschwächt.

Die in der Berechnung verglichenen Daten von 1975 auf 1981 haben einen Steigerungsfaktor von 1,31. Die Facharbeiterlöhne von Bau und Metall sind in der gleichen Zeit um den Faktor 1,5 gestiegen; auch ein Vergleich der Durchschnittslöhne der Rentenversicherung führt zu höheren Steigerungen. Ich habe die Durchschnittslöhne von 1980 und 1981 leider nicht, aber selbst wenn man den Durchschnittslohn von 1979 bis 81 jeweils um 5% erhöht, ergibt sich von 1975 auf 1981 ein Steigerungsfaktor von 1,4.

Nur so ist es zu erklären, daß bei der Steuerklasse III/2 fälschlicherweise noch eine Steuererleichterung herauskommt, während meines Erachtens bereits eine höhere Besteuerung stattfindet.

In dem beiliegenden Materialblatt von 1981 habe ich Vergleiche der Besteuerung durchgeführt, damals den Durchschnittslohn von 1979 bis 1982 jeweils um 7% erhöht, was wahrscheinlich zu hoch war, aber der Wahrheit näher kommt.

Ich bitte euch zu überprüfen, ob nicht der Vergleich der tatsächlichen Löhne von 1975 zu 1981 richtiger wäre, und wenn ihr ebenfalls der Meinung seid, eine neue Berechnung zu veröffentlichen ...“

Anlage (Auszug):

1. Vergleich der Besteuerung 1975 zu 1981

Die Lohnverhältnisse sind entwickelt a) Durchschnittslohn der Rentenversicherung von 1979 plus 2 mal 5% = Faktor 1,4 ...

STK	Faktor 1,4 1462,86 DM		2048,00 DM		Veränd. % Last zu 75
	Abzug	% Last	Abzug	% Last	
I	201,20	13,75	293,50	14,33	+ 4,22
II/2	136,90	9,36	223,70	10,92	+ 16,67
III/2	132,00	9,02	186,10	9,09	+ 0,78
IV/2	195,70	13,38	285,80	13,96	+ 4,33
V	346,60	23,69	563,00	27,49	+ 16,04

„Ich wollte mich gerade hinsetzen und einen Leserbrief an eine Gewerkschaftszeitung verfassen, weil dort ein ziemlich haarsträubender Artikel über den SPD-Parteitag zu finden ist, der sich u.a. auch dafür einsetzt, von einer Politik der ‚globalen Steuersenkung‘ abzugehen.

Für den Leserbrief wollte ich einige Daten aus den Schaubildern entnehmen, vermute aber nach genauerem Studium, daß die Lage dort nicht richtig dargestellt ist. Denn bei allen Berechnungen erfolgt die Kaufkraftbereinigung anhand des Bruttolohns, von dem kann ich mir aber bekanntlich nichts kaufen. Nehmen wir das erste Beispiel von Seite 39 (die Abzüge für die Sozialversicherung seien einmal vernachlässigt):

1975 beträgt der Bruttolohn 1563 DM, 1981 2048 DM, also eine Kaufkraftindexierung von 131%. Nach Abzug der Steuern ergibt sich in der Steuerklasse I für 1975 1342 DM, für 1981 1753,40 DM.

Das wäre ein Nettokaufkraftindex von 130,6%, tatsächlich kann sich also derjenige weniger kaufen. Deutlicher noch bei der Steuerklasse II/2,

wo sich netto ein Index von 129,6% ergibt. Bei den höheren Löhnen müßte sich dies noch stärker bemerkbar machen.

Die Kaufkraftbereinigung ist notwendig. Sie müßte aber gerade ausgehen von den Nettolöhnen, weil die Wirkung der Steuerprogression ja gerade ist, selbst dann die Kaufkraft zu verringern, wenn im Brutto Erhöhung entsprechend der Inflationsrate erfolgt. Und das ist es ja auch, wo die CDU/CSU demagogisch ansetzt, wenn sie z.B. betont, daß von einer Lohnerhöhung 60% im Durchschnitt weggesteuert werden. Ich hoffe, ich habe mein Anliegen verständlich ausgedrückt. Vielleicht ist es möglich, die Schaubilder noch einmal auf dieser Basis zu erstellen, ich fände es nützlich ...

In den Jahren seit 75 hat die Steigerung der Effektivverdienste zeitweilig deutlich über dem amtlich veröffentlichten Anstieg der Lebenshaltungskosten gelegen, wie in der ersten Zuschrift anhand von Daten belegt, auch wenn damit der gestiegene Verschleiß der Arbeitskraft im gleichen Zeitraum nicht annähernd ausgeglichen werden konnte. Die Steigerung der Brutto-Effektivverdienste war und ist begleitet von einem überproportionalen Anwachsen der Steuerlast. Diesen Sachverhalt anhand von Beispielsrechnungen darzustellen, die den Steuerraub belegen durch Gegenüberstellung der Steuerlast auf den ursprünglichen und den gestiegenen Effektivverdiensten, ist unbedingt notwendig.

Es handelt sich jedoch um ein anderes Problem als in unseren Steuerrechnungen der letzten Monate, die die sog. „heimlichen Steuererhöhungen“ behandelten, also die wachsenden Steuerabzüge auf inflationär aufgeblähte, aber nicht kaufkräftigere Löhne, und dagegen die politische Forderung nach Steuerindizierung (nach dem Index der Lebenshaltungskosten) zu entwickeln versuchten. In der ersten Zuschrift ist dagegen die Konstruktion des Steuertarifs in Frage gestellt, der real steigende Einkünfte aus Arbeitslohn, die aber kaum die gesteigerten Reproduktionskosten decken können, einer zunehmenden Steuerprogression unterwirft und damit faktisch Einkünften von Kapitalagenten gleichstellt, die weit über dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt werden. Von Steuerreformern wird in diesem Zusammenhang gern die Ausdehnung der Proportionalzone ins Spiel gebracht. Richtiger ist es dagegen, Steuerfreiheit bis zum Durchschnittslohn oder bis zur Einkommensteuer-Grenze und die ausschließliche Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft zu fordern.

Eine Forderung „Steuerindizierung nach dem Index der Effektivverdienste“ wäre problematisch, insofern sie nicht zwischen den Beziehern von Arbeitslohn und Kapitalagenten mit hohen Gehältern unterscheidet.

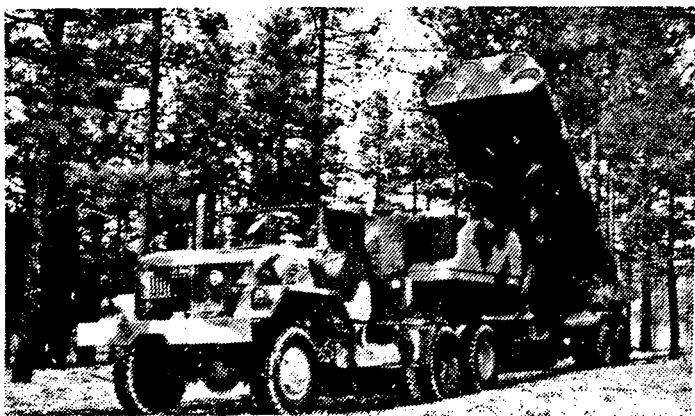
Die zweite Zuschrift behandelt die Steuerindizierung unter dem Gesichtspunkt des kaufkräftigen Einkommens, des Nettolohns, und schlägt eine Indizierung nach dem Index der Nettoverdienste vor. Bei der Betrachtung werden die Sozialabzüge ausgeklammert. Doch das ist der springende Punkt. Denn die Bewegung des Nettolohns ist nicht nur abhängig von der Entwicklung der Brutto-Effektivverdienste und der Gestaltung des Steuertarifs, sondern ebenso von der Entwicklung der Sozialabzüge. Mit Sicherheit ist in dem Zeitraum 75-81 die Abzugslast durch Sozialbeiträge auf den einzelnen Lohn stärker gestiegen als die Abzugslast aus Lohnsteuern. Sinnvoll wäre eine Untersuchung über den Zusammenhang der Nettoverdienste mit der Entwicklung der Steuer- und Sozialabzüge, die auch klären müßte, wieweit die Finanzbourgeoisie planmäßig die Steuerschraube angezogen und stattdessen nötige Erhöhungen der Sozialabgaben unterlassen hat, um die Sozialversicherungen von Reserven zu entblößen und Versicherungsleistungen zu streichen.

Jedenfalls kann über eine Steuerindizierung allein nicht die Höhe der Nettoverdienste gesichert, Kaufkraftverlust verhindert werden. Die vorgeschlagene Steuerindizierung nach dem Index der Nettoverdienste löst mithin das Problem nicht. Auch um evtl. nötige Steigerungen der Sozialabgaben durch Steuersenkungen in ihrer Auswirkung auf die Nettoverdienste abzufangen, müßten vermutlich andere Forderungen erhoben werden.

Im übrigen ist bei der in der Zuschrift auszugsweise dargestellten Rechnung (aus: Pol. Berichte 10/82) keine Steuerindizierung der Bruttoverdienste nach dem Index der Lebenshaltungskosten vorgenommen, vielmehr die Steuer nach den für die Jahre gültigen Steuertabellen ermittelt. Bei einer Steuerindizierung hätte sich die Steuerquote gegenüber 1975 nicht verändert und wäre der Lohn nach Steuerabzug von 1975 auf 1981 ebenfalls entsprechend dem Index der Lebenshaltungskosten gewachsen (zur Berechnung der Steuerindizierung siehe Pol. Berichte 3/82).

Abrüstungsvorschläge

Abrüstung und NATO-Vorherrschaft sind kein Gegensatz



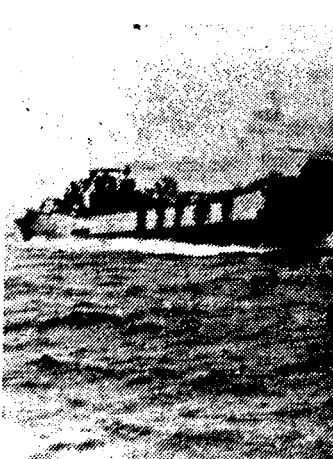
Die Abrüstungsexperten der Bonner Parteien unterbreiten Vorschläge für gemeinsame Abrüstung in Ost und West. Bahr (SPD) schlägt eine 300 Kilometer breite Zone in West und Ost vor, in denen keine nuklearen Gefechtsfeldwaffen kurzer Reichweite stationiert sein sollen. Möllemann (F.D.P.) fordert eine „atomwaffenfreie Zone“ für Europa. Im Zusammenhang mit den konventionellen Waffen bleibt die Überlegenheit der NATO unberührt.

Malwinenkrieg

Arbeiterbewegung gegen Krieg und Rüstung: Opposition genügt nicht

Im Malwinenkrieg steht die Arbeiterbewegung in Westeuropa dem Anschein nach neben dem Kriegsgeschehen und bleibt in Wahrheit bislang verfügbare Basis der räuberischen Politik ihrer herrschenden Klasse. Dies, obgleich die Arbeiterbewegung und gerade in Westeuropa in den letzten Jahren stapelweise Beschlußmaterial gegen Krieg und Rüstung

im allgemeinen hervorgebracht hat. Wir befürchten, daß die Opposition der Arbeiterbewegung gegen Rüstung und Krieg auf einer falschen politischen Voraussetzung beruht: daß nämlich ein Krieg niemals im richtig verstandenen Interesse der eigenen Kapitalistenklasse liegen könne, die deswegen durch geduldige Überzeugungsarbeit friedlich werde.



Baden-Württemberg

„Deutsche Frage“ verstärkt an die Schulen



Den 17. Juni hat Kultusminister Mayer-Vorfelder zum Anlaß genommen, sich in einem Rundschreiben an die Schulleiter zu wenden mit dem Verlangen, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Auf einer Lehrerfortbildungstagung wurde verkündet, der Minister dachte dabei an einen „Aktionstag 17. Juni“, dessen Niveau zwischen dem einer

Schulfeier und normalem Unterricht liegen sollte. Unterstützt führt die Landesstelle für Erziehung und Unterricht eine Veranstaltungsreihe und Ausstellung zur „Deutschen Frage“ durch, die von Schulklassen besucht wird. Beabsichtigt ist, dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in den Schülerköpfen stärker Geltung zu verschaffen.

DDR

Die Wirtschaft ist verhältnismäßig stabil

Schon in der Beobachtung des Kongresses des FDGB suchten die BRD-Berichterstatler nach Anzeichen von Klagen aus den Betrieben über unsichere wirtschaftliche Entwicklung und Krisenerscheinungen, um Ansätze zur Einmischung in die Arbeiterbewegung der DDR zu finden. Sie fanden so recht keine. Welche Wirtschaftspolitik betreibt die DDR-Regierung? Wie entwickelt sich die Wirtschaft?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57